

Not

Lösung



Nach Joe Bidens Rückzug und seiner Wahlempfehlung scheint alles auf Kamala Harris als Ersatzkandidatin hinauszulaufen. Sieht Trump jetzt endlich alt aus?
2-3

Höchste Zeit für einen Wechsel: US-Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris am 4. Juli auf dem Balkon des Weißen Hauses Foto: Evan Vucci/ap/dpa

Kommentar von **Barbara Junge** zu Bidens Rückzug von der Präsidentschaftskandidatur

Die Frage der Stunde

Kann US-Vize-Präsidentin Kamala Harris im November gegen Ex-Präsident Donald Trump gewinnen? Aller momentanen Euphorie der Demokraten in den USA zum Trotz: Die Wahrscheinlichkeit ist nicht sonderlich hoch. Die Vereinigten Staaten sind mutmaßlich noch nicht so weit, eine Frau ins Oval Office des Weißen Hauses zu wählen, zumal eine afroamerikanische Frau mit zugleich südasiatischen Wurzeln. Und dann auch noch eine Frau, die als Persönlichkeit und Rednerin zumindest bislang (noch) nicht besonders einnehmend herüberkam und als Vize-Präsidentin weder gemocht noch geliebt wird.

Könnte sie die falsche Kandidatin sein? Mag sein, aber das ist nicht die Frage der Stunde. Denn voraussichtlich wird keine und keiner der potenziellen anderen Kandidat:innen ohne massive Unterstützung nach vorne treten und Harris herausfordern. Die Gouverneurin von Michigan,

Gretchen Whitmer, hat schon abgewunken, Gavin Newsom, der Gouverneur von Kalifornien, ebenfalls. Und das, obwohl den beiden und weiteren Gouverneur:innen in den Umfragen größere Chancen gegen Trump eingeräumt werden.

Doch US-Präsident Joe Biden hat Harris offiziell als Kandidatin unterstützt. Wenig später kamen die immer noch einflussreichen Clintons, Bill und Hillary, und riefen die Demokraten und Demokratinnen auf, Kamala Harris zu unterstützen „und mit allem, was wir haben, zu kämpfen, um ihre Wahl zu erreichen. Amerikas Zukunft hängt von ihr ab.“ Die nächsten Tage werden mehr und mehr solcher Aufrufe bringen.

Aber es geht ja längst um viel mehr als um das Weiße Haus. Es geht um die Frage, ob es in der US-amerikanischen Demokratie noch irgendeine Form von Gewaltenteilung geben kann, bei der nicht Donald Trumps Maga-Sturmtruppen (Make America Great Again) alle Macht in den Händen

halten. Denn die Umfragen in den vergangenen Wochen haben gezeigt, dass Joe Bidens Name auf dem Wahlzettel auch die Kandidaten und Kandidatinnen für das Repräsentantenhaus und den US-Senat mit herunterziehen würde.

Zu viele, insbesondere junge Wähler:innen und Gegner:innen der Unterstützung Israels im Gaza-Krieg, schienen entschieden, dann gar nicht zur Wahl gehen zu wollen. Nach seinem katastrophalen Auftritt in der TV-Debatte gegen Donald Trump vor vier Wochen war das Vertrauen in den alternden Präsidenten geschwunden. Die Chancen für die Demokrat:innen, die Mehrheit im Senat zu behalten oder im Repräsentantenhaus wiederzugewinnen, schwanden mit. Das Wort ist sehr strapaziert, aber von der Demokratie bliebe in dem Fall möglicherweise wirklich nicht mehr viel übrig. Allein die Tatsache, dass Joe Biden jetzt nicht mehr als Kandidat antreten wird, erhöht die Chancen der Demokrat:innen,

in den USA eine Form von Checks und Balances zu erhalten.

Es gibt nun erste Zeichen, das Wahlkampf-Großspenden wieder anlaufen. Kommentator:innen aus dem demokratischen Camp bezeugten Biden noch Respekt – und ließen eine neue Wahlkampfenergie spüren. Der Rückzug Joe Bidens, des Mannes also, der 2020 Donald Trump aus dem Oval Office geschlagen hatte, gibt der demokratischen Mobilisierung ein neues Momentum.

Ob seine Vize-Präsidentin am Ende die Kandidatin wird? Auffällig ist, dass Kamala Harris im ersten Statement von Ex-US-Präsident Barack Obama mit keinem Wort erwähnt wird. Noch immer denken demokratische Funktionär:innen über die Möglichkeit nach, erst auf dem Nominierungsparteitag im August zu entscheiden, wer für sie antritt.

Ist also entscheidend, wer für die Demokraten antritt? Sicher. Aber sicher nicht so sehr wie dieser Schritt des Verzichts von Joe Biden.

Ausgabe Berlin
Nr. 13421
€ 3,40 Ausland
€ 2,80 Deutschland



Die taz wird ermöglicht durch
23.392

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren.
Infos unter geno@taz.de
oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30,
briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune
www.taz.de



Foto: Universal Music

Ohrwurm der Selbstoptimierung
„Bauch, Beine, Po“ von Rapperin Shirin David – idiotisch oder ironisch?
13

Arbeiten und bleiben
Das neue „Chancen-Aufenthaltsrecht“ für Geflüchtete in der Praxis
7

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Fun Fact: Für Joe Bidens Rückzug gibt es in seiner gesamten Rückzugserklärung

keinen Grund.

steile these

„De facto macht Deutschland die Unterstützung für die Ukraine von Orbáns Zustimmung abhängig“

Julia Friedrich, Osteuropaexpertin am Global Public Policy Institute, über die Haushaltspolitik der Ampel

12

Wirtschaft hui, Außenpolitik eher so lala

Industrie stärken, Waffen gegen Russland: Wie fällt Bidens bisherige Bilanz als Präsident aus?

Einer der wichtigsten Präsidenten in der US-Geschichte – so lobte der frühere Präsident Barack Obama seinen Nachfolger Joe Biden nach dessen Verzicht auf eine erneute Kandidatur. Aber was hinterlässt Biden, wenn er im Januar 2025 das Weiße Haus verlassen wird?

Gesellschaftlich sind wichtige Entwicklungen eher an Biden vorbeigelaufen. Er ernannte mit Kentanji Brown Jackson zwar die erste schwarze Frau zur Richterin des Supreme Court. Aber als das höchste US-Gericht 2022 das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche kippte, konnte Biden nur zuschauen; die Mehrheitsverhältnisse im Kongress verunmöglichten jede Gesetzesänderung. Gleiches gilt für das Waffenrecht.

Einen großen Abdruck hat der 46. Präsident dagegen in der Wirtschaftspolitik hinterlassen. Im Gedächtnis bleiben werden vor allem drei Buchstaben: IRA. Sie stehen für „Inflation Reduction Act“ und bezeichnen das vor knapp zwei Jahren verabschiedete Gesetzespaket, mit dem Biden die Konjunktur ankurbeln, neue Jobs schaffen und die Energiewende vorantreiben will. Mehr als zwei Billionen US-Dollar will er dafür mobilisieren.

Eine neue Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung lobt die Initiative. „Der IRA ist ein sehr ausgeklügeltes Programm zur Förderung CO₂-neutraler Energieerzeugungs- und Klimaschutztechnologie“, heißt es dort. Der IRA habe für eine Aufbruchstimmung in der US-Wirtschaft gesorgt – während in Europa weiter Sorge herrscht.

„Wenn ich an den Klimawandel denke, denke ich an Arbeitsplätze“, sagte Biden von Beginn an. Über 300.000 neue „grüne Jobs“ haben seine Investitionen laut der Klimaschutzorganisation Climate Power bereits geschaffen. Auch ein Projekt seiner Finanzministerin Janet Yellen war von Erfolg gekrönt: Auf ihre Initiative hin einigten sich die OECD-Staaten 2021 auf eine 15-Prozent-Mindeststeuer für Unternehmen.

Beim Ukrainekrieg steht der US-Präsident fest an der Seite Kyjiws

Außenpolitisch wird Bidens bisherige Amtszeit von drei Krisen bestimmt: Afghanistan, Ukraine, Israel – mit durchwachsener Bilanz. In Afghanistan erbte Biden einen Deal Trumps mit den Taliban, die nach 20 Jahren Truppenpräsenz einen Rückzug aus dem Land vorsah. Biden wollte diesen „forever war“ rasch abwikkeln – um jeden Preis: Als die Taliban im August 2021 Kabul einnahmen, versuchten afghanische Zivilisten auf der Flucht vor den Islamisten verzweifelt in den Flughafen zu gelangen, klammerten sich an ausfliegende amerikanische Transportflugzeuge und fielen in den Tod. In Ländern wie Somalia oder Jemen reduzierte Biden die amerikanischen Drohnenschläge im Vergleich zu Trump drastisch.

Resolut dagegen war die amerikanische Antwort auf den russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022. Seitdem haben die USA der Ukraine 175 Milliarden US-Dollar an Hilfen bereitgestellt. Biden zeigte sich unverbrüchlich an der Seite seines Amtskollegen Selenskyj und lieferte schweres Geschütz, damit die Ukraine dem russischen Angriffskrieg trotzen kann. Die Regierung in Kyjiw sorgt sich deshalb um einen möglichen Sieg des Isolationisten Trump.

Zum Ende seiner Amtszeit setzt der Gaza-Krieg Biden unter Druck. Unmittelbar nach dem Hamas-Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023 sicherte der Präsident dem jüdischen Staat seine bedingungslose Solidarität zu. Doch dann trug Israel den Krieg mit voller Wucht nach Gaza und attackierte nicht nur die Hamas, sondern auch die Lebensgrundlagen der Zivilbevölkerung, während Regierungspolitiker wie Premier Netanjahu genozidale Sprache bemühen. Trotzdem rückte Biden nur langsam von Netanjahu ab – was ihn bei studentischen und arabischstämmigen Wähler:innen politisches Kapital kostete. Beharrte Biden in der Ukraine noch auf dem Völkerrecht, blieb er hier stumm. „Internationales Recht für dich, aber nicht für mich“, ist ein lang bekanntes Motiv der US-Außenpolitik. Und es scheint auch in der Präsidentschaft Joe Bidens durch.

Leon Holly, Simon Poelchau

Die Zeichen stehen auf die Nummer zwei

Joe Bidens Rückzug als Kandidat setzt die US-Demokraten unter Zugzwang: Wer springt ein und tritt gegen Donald Trump an? Vieles spricht für Kamala Harris – sicher ist es nicht

Aus Washington **Hansjürgen Mai**

Nach der Ankündigung von US-Präsident Joe Biden, auf eine Kandidatur für eine zweite Amtszeit zu verzichten, deutet vieles darauf hin, dass die Demokraten bei der Wahl im November mit Vizepräsidentin Kamala Harris antreten werden. Eine Reihe demokratischer Spitzenpolitiker, darunter der ebenfalls als Biden-Ersatz gehandelte Gouverneur des US-Bundesstaates Kalifornien, Gavin Newsom, sprachen sich für die 59-Jährige aus. Auch der Präsident selbst hat seine Vize vorgeschlagen. Binnen weniger Stunden liefen Wahlkampfspenden in Millionenhöhe für Harris ein.

Nach seinem desaströsen Auftritt im TV-Duell gegen Herausforderer Donald Trump Ende Juni hatte sich Biden am Sonntag dem immer größer werdenden Druck aus seiner Partei gebeugt und seine Kandidatur zurückgezogen. Dies verkündete der 81-jährige Demokrat in einem Schreiben, das auf verschiedenen sozialen Plattformen

„Im besten Interesse meiner Partei und des Landes“: US-Präsident Biden will sich ganz auf seine restliche Amtszeit konzentrieren
Foto: Susan Walsh/ap

Demokraten im Rückstand

Führender Trump Aktuell sieht es so aus, dass es für die US-Demokraten am 5. November schwer werden dürfte, das Weiße Haus zu verteidigen. Laut der Webseite *realclearpolling.com*, die alle wichtigen US-Umfragen einbezieht, lag der bisherige demokratische Bewerber Joe Biden zuletzt mit 44,7 Prozent hinter seinem republikanischen Gegenüber Donald Trump (47,7). In den umkämpften Swing States ist das Bild ähnlich.

Unbeliebte Harris Bei den Beliebtheitswerten sieht es aus demokratischer Sicht wenig rosiger aus: Eine positive Meinung von Biden hatten zuletzt nur 39 Prozent der Befragten – Tendenz sinkend. Auch seine etwaige Nachfolgerin Kamala Harris ist nicht beliebter: Nur 38 Prozent fanden sie gut. Auf Trump blickten jüngst knapp 43 Prozent positiv – Tendenz steigend. (taz)

sein fortschreitendes Alter. Er ist schon jetzt der älteste Präsident in der Geschichte des Landes und nach seiner katastrophalen Leistung in der bislang einzigen TV-Debatte mit Trump, in der er müde und überfordert wirkte, haben sich immer mehr Menschen auch in seiner Partei die Frage gestellt, ob Biden in der körperlichen und geistigen Verfassung ist, weitere vier Jahre das Land zu führen. Vor seinem Rückzug am Sonntag hatten be-

für aussprechen, dass Kamala Harris dieses Jahr die Kandidatin unserer Partei wird. Demokraten – es ist Zeit, zusammenzukommen und Trump zu besiegen“, so der Präsident.

„Ich fühle mich geehrt, die Unterstützung des Präsidenten zu haben, und ich habe die Absicht, diese Nominierung zu verdienen und zu gewinnen“, teilte die ehemalige kalifornische Generalstaatsanwältin und Ex-Senatorin daraufhin mit. Die

Mehrere demokratische Kongressabgeordnete und politische Organisationen, unter anderem der einflussreiche Congressional Black Caucus, haben sich Biden angeschlossen und ihre Unterstützung Harris zugesichert. Neben Newsom aus Kalifornien zählen auch die anderen möglichen Bewerber Josh Shapiro aus Pennsylvania und Roy Cooper aus North Carolina dazu. Gretchen Whitmer aus Michigan ließ ihrerseits verlauten, kein Interesse an einer Kandidatur zu haben. Vom linken Flügel der Partei bekam Harris Unterstützung von der Abgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez.

Andere haben hingegen noch offengelassen, wer ihrer Meinung nach Biden ersetzen soll. So wie Obama oder die frühere Vorsitzende des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, die einen offenen Nominierungsprozess bevorzugen. „Wir werden in den kommenden Tagen Neuland betreten“, erklärte Obama.

Bei einer Art „Mini-Primary“ würden mehrere Kandidaten und Kandidatinnen gegeneinander antreten. Die demokratische Partei will vom 19. bis 22. August ihren Nominierungsparteitag in Chicago abhalten, bis dahin müsste ein Kandidat oder eine Kandidatin gefunden werden. Wenn nicht, könnte es zu einem offenen oder ausgehandelten Nominierungsparteitag kommen. In diesem Fall könnten die Delegierten entweder komplett frei wählen oder hochrangige Parteifunktionäre verhandeln in den Hinterzimmern darüber, wer die Spitzenkandidaten sein sollen. So wurde es bis 1968 regelmäßig gehandhabt.

Auch wenn Kamala Harris den einfachsten Weg zur Nominierung hat – Demokraten müssen in den kommenden Tagen und Wochen klären, wie sie weiter vorgehen. Und auch dann bleibt noch immer die Frage, ob der gefundene Ersatz Trump im November schlagen kann. Aktuelle Umfragen lassen daran eher zweifeln. Doch nicht nur dort können die Demokraten wohl bald – ohne sich an Bidens Alter abarbeiten zu müssen – anfangen, Trump dort zu attackieren, wo er und die Republikaner, Schwächen zeigen, allen voran bei Themen wie Abtreibung und Klimaschutz.

Und Trump selbst? Dieser nutzte Bidens Rückzugsankündigung dazu, diesen erneut als „schlechtesten Präsidenten“ in der US-Geschichte zu bezeichnen. Zudem warf der 78-jährige dem Demokraten „Betrug“ vor: Sein Team habe Zeit und Geld in „den Kampf gegen den betrügerischen Joe Biden“ investiert. „Jetzt müssen wir wieder von vorn anfangen“, schimpfte er auf der von ihm mitbegründeten Internet-Plattform Truth Social und forderte Entschädigung. Wenn Biden nicht fit genug sei, um für das Präsidentenamt zu kandidieren, dann sei er auch nicht fit genug, im Amt zu sein, sagte der Sprecher des Repräsentantenhauses, Trumps Parteifreund Mike Johnson. Biden solle das Weiße Haus sofort verlassen.

Zur Wahl im November 1968 trat übrigens ebenfalls der Vize des Präsidenten an, Hubert H. Humphrey. Er verlor gegen Richard Nixon.



men verbreitet wurde. Biden, der aktuell eine Corona-Infektion auskuriert, erklärt darin, dass er diese Entscheidung zugunsten seiner Partei und des Landes getroffen habe.

„Obwohl es meine Absicht war, mich zur Wiederwahl zu stellen, glaube ich, dass es im besten Interesse meiner Partei und des Landes ist, wenn ich zurückeretre und mich für den Rest meiner Amtszeit ausschließlich auf die Erfüllung meiner Pflichten als Präsident konzentriere“, schrieb er.

Zum ersten Mal seit mehr als einem halben Jahrhundert verzichtet damit ein amtierender US-Präsident auf eine erneute Kandidatur. Zuletzt hatte der Demokrat Lyndon B. Johnson im März 1968 verkündet, dass er nicht für eine zweite Amtszeit antreten werde. Der Grund dafür war damals die zunehmende Ablehnung des Vietnamkriegs in der Bevölkerung und die deswegen fallenden Umfragewerte Johnsons.

Bidens größtes Manko ist nicht seine Politik, sondern

reits mehr als 25 Abgeordnete des Repräsentantenhauses und eine Handvoll Senatoren den Präsidenten zum Rückzug aufgefordert.

Nach seiner Mitteilung huldigten viele Demokraten Bidens politische Karriere und seine Präsidentschaft. Ex-US-Präsident Barack Obama, unter dem Biden als Vizepräsident fungierte, bezeichnete ihn als einen der „bedeutsamsten Präsidenten“ in der Geschichte. Er sei ein „historisches Beispiel für einen echten Staatsdiener, der einmal mehr die Interessen des amerikanischen Volkes über seine eigenen stellt“, teilte Obama mit.

Biden erklärte in seinem Schreiben, dass er weitere Details zu seiner Entscheidung in den kommenden Tagen bekanntgeben werde. Er fügte hinzu, dass es die größte Ehre seines Lebens sei, den amerikanischen Menschen als Präsident zu dienen. Unter seiner Führung habe das Land riesige Fortschritte gemacht. Und: „Heute möchte ich meine volle Unterstützung da-

59-jährige Harris ist die erste Schwarze, die den Eid als US-Vizepräsidentin abgelegt hat und gilt als schlagfertig und kämpferisch. Sie ist 19 Jahre jünger als Trump, machte an der Seite Bidens in der öffentlichen Wahrnehmung aber nicht immer eine gute Figur.

„Wir werden in den kommenden Tagen Neuland betreten“

Barack Obama über die Suche nach einer Biden-Nachfolge

Auch wenn weniger als vier Monate vor der Wahl die Zeit drängt: Sicher hat Harris die Kandidatur noch nicht. Aber die ehemalige kalifornische Senatorin hat die mit Abstand besten Chancen, sich die Nominierung der demokratischen Partei zu sichern. Sie selbst erklärte, dass es ihre Absicht sei, die Nominierung „zu verdienen und zu gewinnen“.



Kann die brillante Staatsanwältin auch Präsidentin?

Schnell versammelten sich führende Demokrat:innen hinter einer Präsidentschaftsbewerberin Kamala Harris – aber nicht alle. Klar ist: Sie wird kämpfen

Von **Barbara Junge**

Nach sieben Minuten und 56 Sekunden fand sich Brett Kavanaugh in einem Zustand, den man wohl als *medium raw* bezeichnen könnte. Nur sieben Minuten und 56 Sekunden hatte Kamala Harris bei der Anhörung im Justizkomitee des US-Senats am 6. September 2018 gebraucht, um den von Donald Trump nominierten Richter für den Obersten Gerichtshof perfekt gegrillt der Öffentlichkeit zu servieren: „Hm, ich erinnere mich nicht. Aber wenn Sie etwas haben, dass Sie würden ... Ich muss wissen ... Ich bin nicht sicher, ob ich jeden kenne...“ stolperte sich Kavanaugh durch Harris' Befragung. Die US-Senatorin, spätere Vizepräsidentin und ehemalige Generalstaatsanwältin von Kalifornien tat dem Richter damals nicht den Gefallen, dessen Erinnerung aufzufrischen. Er habe doch selbst „ein tadelloses Gedächtnis“. Es war ein Harris-Auftritt für die Geschichtsbücher. Der Auftritt einer brillanten Staatsanwältin. Aber kann sie auch Präsidentin?

Er hat vier lange, quälende Wochen gebraucht, es bedurfte abstürzender Umfragen, einer Pandemie und dem Ausbleiben der Wahlkampffinanzien, bis US-Präsident Joe Biden das Unausweichliche einsah. Am Sonntag dann hat er Kamala Harris als politische Erbin eingesetzt. Und noch während einer wie Van Jones bei CNN Tränen für Bidens große patriotische Tat weinte – „Den Leuten bricht es das Herz, selbst wenn sie Biden selbst gedrängt haben“ – beanspruchte Harris die Kandidatur für sich. An Entschlossenheit mangelt es ihr schon einmal nicht. Sie ist auch keine, die sich von Zweifeln bremsen lässt.

Das Zweifeln überlässt Harris anderen. Zwar scharten sich am Montag demokratische Amts-

träger:innen um Harris. Der Hahn der Wahlkampfspendschienen wieder geöffnet. Allein am Sonntag, gibt die Spendenplattform BlueAct an, seien 46,7 Millionen Dollar an Kleinspenden geflossen. Doch auffällig still blieben Parteigranden wie Ex-US-Präsident Barack Obama, der demokratische Mehrheitsführer im Senat Chuck Schumer und der demokratische Minderheitsführer im Repräsentantenhaus Hakeem Jeffries.

Vermutlich erinnern sie sich an Kamala Harris' Kampagne, als sie im Wahljahr 2020 parteiintern gegen Joe Biden antrat. Die kann nicht als gutes Vorbild dienen. Kaum begonnen, implodierte die Kampagne. Das interne Management sei dysfunktional gewesen, heißt es.

Auf Harris' Mangel an Glaubwürdigkeit in entscheidenden Swing States gibt es noch keine wirkliche Antwort

Schnell fingen Leute aus ihrem eigenen Lager an, die Schuld dafür zu verteilen. Der starke Einfluss von Harris' Familie galt als Problem, insbesondere der ihrer Schwester Maya. Ein Händchen für Personal und gute Berater:innen sagt Harris niemand nach. Sie sei ohnehin keine, die sich gerne beraten lasse.

Als Gegenbild zu Donald Trumps Vizekandidaten J.D. Vance ist die kühle und unnahbare Kamala Harris dafür ein Problem. Vance ist ein Mann aus den vernachlässigten sogenannten *Fly over Countries*. Einer, der sich aus Armut hochgearbeitet hat

und die Stimme des (weißen) Volkes wortbegabt imitiert. Harris dagegen ist der Inbegriff jener Westküstenelite, gegen die sich das MAGA-Amerika verschworen hat.

Die 59-jährige mit jamaikanisch-indischen Migrationswurzeln wurde in Oakland in Kalifornien in eine Familie von Bürgerrechtsaktivist:innen geboren. Sie studierte Jura und machte eine schnelle Karriere in der kalifornischen Justiz. Im Schatten von Biden war ihre Herkunft von der liberalen Westküste kein Problem. Der Mann aus Scranton in Pennsylvania, ein harter Arbeiter aus dem vernachlässigten Rust Belt, hat mit seiner Politik Infrastruktur und industrielle Arbeitsplätze dorthin zurück gebracht. Auf Harris' Mangel an Glaubwürdigkeit in entscheidenden Swing States gibt es bislang noch keine überzeugende Antwort.

Der Vorwurf an Harris dagegen, sich in diesem Amt wenig Bekanntheit und Popularität verschafft zu haben, fällt auf Joe Biden selbst zurück. Als Vizepräsident steht man im Schatten des Präsidenten; Biden kennt das selbst und er hat es gehasst. Außenpolitik? Nur als Ersatzspielerin. Und wie sollte Harris auch mit dem ihr überlassenen Thema Migration, dem empfindlichsten Punkt der demokratischen Politik, Beliebtheitspunkte einsammeln?

Auch nach bald vier Jahren Regierungszeit wissen die US-Amerikaner:innen nicht, wofür Harris eigentlich steht. Sie blinkt identitätspolitisch und steht als Law-and-Order-Frau rechts von Biden. Sie sagte harte Worte zur US-mexikanischen Grenze, die sie anschließend wieder einsammeln muss. Ihr Programm: Kamala for President.

Jüngste Umfragen zeigen, dass dieses Programm ein wenig zu dünn sein könnte. Harris schneidet nur marginal besser ab als Joe Biden. Nach Zahlen der *Washington Post* lag Trump zuletzt 1,5 Prozentpunkte vor Harris, mit einem Vorteil von 1,9 Prozentpunkten gegenüber Biden. In der letzten NBC News' Umfrage (allerdings vor dem Anschlag auf Donald Trump) lagen sowohl Biden als auch Harris zwei Prozent hinter Trump. Harris' Beliebtheitswerte liegen seit vielen Monaten konstant deutlich unter 40 Prozent.

Ihre Mutter habe sie und ihre Schwester „zu stolzen starken Schwarzen Frauen erzogen“, hat Harris einmal gesagt. Sie wird kämpfen, davon kann man getrost ausgehen. Unterstützung kommt insbesondere von den Seiten der US-amerikanischen Frauen. Emily's List, ein amerikanisches politisches Aktionskomitee (PAC), für demokratische Kandidatinnen, die sich für Abtreibungsrechte einsetzen, zum Beispiel. Harris sei „unsere beste Kandidatin für das Weiße Haus“, sagte die Vorsitzende des PAC, Jessica Mackler. Mindestens 20 Millionen Dollar sollen von Emily's List für Harris' Kandidatur fließen. Und wenn Harris ein Thema mit überzeugendem Einsatz betreiben hat, dann ist es das Abtreibungsverbot. Ein Thema, das mit dem Wahlausgang viel zu tun haben wird.

Vier Wochen nach der Anhörung im September 2018 wurde Supreme Court Richter Brett Kavanaugh eingeschworen. In der Zwischenzeit verantworteten er und seine reaktionäre Mehrheit das Ende der progressiven Abtreibungsrechtsprechung. Es wird Kamala Harris eine Freude sein, gegen Kavanaugh erneut in die Schlacht zu ziehen.

Kamala Harris gilt als kühl und Inbegriff der liberalen Westküstenelite. Das wichtige Arbeitermilieu wird sie erst noch von sich überzeugen müssen
Foto: Mark Peterson/Redux/iaif

kamala harris

Kamala Harris ist ein progressiver Move

Eine Präsidentschaftskandidatin Harris hat eine Chance, wenn sie sich ihrer Versprechen von 2020 erinnert

Von **Simone Schmollack**

Kamala Harris könnte die erste Frau an der Spitze der Vereinigten Staaten werden. Momentan sieht jedenfalls alles danach aus, dass sie gegen Donald Trump antreten wird: Es dauerte nur etwa eine halbe Stunde, bis Joe Biden nach seinem Rückzug als Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten verkündete, fortan seine Vize Harris zu unterstützen. Sollte sie Trump, der in den Umfragen vorn liegt, am Ende an der Wahlurne tatsächlich überholen, wäre sie nicht nur die erste Frau an der Spitze der ältesten Demokratie der Welt. Sie wäre auch die erste schwarz-asiatische Person in dieser Position. Und das ist – trotz aller Kritik, die es an ihr in den vergangenen vier Jahren gab – ein progressiver Move.

Harris steht für ein diverses Amerika, sie könnte, wenn sie in vier Wochen auf dem Parteitag der Demokraten tatsächlich als Präsidentschaftskandidatin nominiert wird, migrantische Wähler:innen und vor allem Frauen für sich gewinnen. Das könnte sie erreichen, indem sie ihre Versprechen bei ihrem Amtsantritt 2020 einlöst: für eine bessere Bezahlung von Women of Color zu sorgen. Indem sie sich noch stärker als bisher für das Recht auf Abtreibung, eines ihrer Kernthemen, und gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen einsetzt.

Und auch das hatte sie als Bidens Vize angekündigt, indem sie sich stärker um die Karrierechancen von Mädchen kümmert: nicht als marktkapitalistischer Akt der Selbstoptimierung, sondern als feministischen Ansatz. Wie sonst sollen junge Frauen verstehen, dass sie nicht hinter Männern zurückstehen müssen, wenn sie es nicht deutlich gesagt und vorgelebt bekommen? Schon als Kind wollte sie Staatsanwältin werden und sich in dieser Rolle für finanziell und sozial Schwächere einsetzen.

Harris würde, sollte sie also tatsächlich die erste US-Präsidentin werden, nicht nur ein progressives Signal ins eigene Land senden, sondern auch ein internationales: Frauen können Staatsführung. Sie würde sich einreihen in die Riege von Politikerinnen, die viele Jahre erfolgreich und fortschrittlich ihr Land regierten, wenngleich auch nicht immer bis zum Ende konsistent – Jacinda Ardern in Neuseeland, Sana Marin in Finnland, Nicola Sturgeon in

Harris steht für ein diverses Amerika. Sie könnte vor allem bei Frauen gewinnen

Schottland, Vaira Vīķe-Freiberga in Lettland, Michelle Bachelet in Chile. Und nicht zu vergessen, Angela Merkel in Deutschland. Sie alle stehen und standen mehr oder weniger für eine Politik, die die Rolle von Frauen in der Gesellschaft verändert hat, oder die diese Rolle zumindest im Blick hatte.

Frauen in hohen und höchsten Ämtern sind, nur weil sie sich mit Biss in männlichen Gefilden hochgearbeitet haben, natürlich keine Garantie für eine fortschrittliche, schon gar nicht für eine linke Politik. Das beweisen rechtsextreme Politikerinnen wie Giorgia Meloni in Italien, Marine Le Pen in Frankreich und die AfD-Co-Chefin Alice Weidel in Deutschland. Diese Frauen zeigen die Grenzen des Feminismus auf: Die Gleichstellung schreitet in weiten Teilen der Welt voran und bietet Frauen die Möglichkeit zum Aufstieg. Aber natürlich wollen nicht alle Frauen die Welt automatisch ein bisschen besser machen, nur weil sie Frauen sind. Cristina Kirchner, die einstige Präsidentin Argentiniens, wurde wegen veruntreuter öffentlicher Gelder zu sechs Jahren Haft verurteilt.

Zurück zu Harris: Will sie ihre Chance nutzen, darf sie Fehler nicht wiederholen. Sie darf migrantische Communitys nicht instrumentalisieren, sondern muss sich wahrhaft für sie einsetzen. Sie muss präsent in der Öffentlichkeit und dabei authentisch sein. Sie muss die freiheitliche Demokratie im Auge behalten und gleichzeitig für Sicherheit im Land der Waffen sorgen. Sie muss Sozialpolitik können, die Wirtschaft ankurbeln, für Stabilität in der Welt sorgen. Das ist viel, das ist hart – und ist unabhängig vom Geschlecht.

ost
wahlen
2024



Alle Texte
dazu finden
sie hier auf
taz.de

Dieser Text ist Teil unserer
Berichterstattung zu den
Wahlen 2024 in Brandenburg,
Sachsen und Thüringen. Die taz
zeigt, was hier in diesem Jahr
auf dem Spiel steht.



Ganzjähriges
Weihnachts-
idyll?
Im Erzgebirge
ticken die
Uhren deutlich
anders
Foto: Martin
Kirchner/laif

Dein eigenen Quadratmeter verändern

Der Student Niclas Lange will seine Heimat, das Erzgebirge, in kleinen Schritten verbessern, die Menschen vom rechten Rand holen – und vor allem die Jugend ansprechen

Der erste Blick aus dem Garten des Einfamilienhauses, in dem Niclas Lange mit seiner Mutter wohnt, fällt auf einen Berghang mit dem Ort Bernsbach und dem Spiegelwald. Und die erste Frage muss aus diesem Blick übers malerische Erzgebirge folgen: Wie hältst du es mit deiner „Haamit“, mit dem stur-trotzigen, manchmal aufbrausenden, aber im Grunde sympathischen Bergvolk? Wie verbindet ein eloquenter und bodenständiger 24-jähriger seine Herkunft aus dem Weihnachtslandidyll mit dem Studium im aufgeklärten Jena?

Langes Weg zu aktivem Engagement vor allem für Jüngere folgten nicht einem „Erweckungserlebnis“ durch ein politisches Großereignis oder einer plötzlichen Erkenntnis. Während der Großdemonstrationen Ende Januar gegen rechte „Remigrationspläne“ lag Lange mit Lungenproblemen im Krankenhaus.

Nach dem fordernden dualen Studium der Elektrotechnik macht er 2022 mit einem Kumpel eine Reise und erkennt: Das Erzgebirge, und dieser Feststellung widersprechen nur wenige Einheimische, funktioniert eher als geschlossene Gesellschaft. Er spricht von einem „Kulturshock“ nach seiner Rückkehr aus Australien und Asien, wo er viel zufriedener Menschen erlebt haben will. Diese Zufriedenheit mit dem eigenen Zuhause, hat Lange sich gedacht, das sei doch etwas Erstrebenswertes.

Seitdem will er verhindern, dass unzufriedene Gleichaltrige aus seiner Heimat, dem Erzgebirge, wegziehen. „Ich habe auf Reisen gemerkt, dass das meine Haamit ist, wo ich auch wirken

will“, erklärt er nachdrücklich am Gartentisch. Dabei meint er keine spektakulären Großaktionen. Menschenmassen brachten auch die NPD gegen Flüchtlinge oder die Impfgegner in Zwönitz nicht auf die Straße. Bundesweites Aufsehen erregten sie trotzdem. Für die erzgebirgische Scholle passe eher der Begriff Graswurzelarbeit, sagen auch Demokratieinitiativen.

Gerade weil Niclas Lange im akademisch geprägten Jena einen Master in Wirtschaftsingenieurwesen erwerben will, treibt ihn die Erfahrung des Stadt-Land-Gegensatzes um. „Der wird auch durch die Rechtsparteien getrieben“, stellt er fest. Ob sich Gefühle des Abgehängtheits durch Statistiken belegen lassen oder nicht – die AfD rekrutiert ihre Wähler vor allem jenseits der Städte.

Um am allgegenwärtigen Ningeln, dem schon fast ritualisierten Klagen über schlechte Zeiten, etwas zu ändern, sah sich der Student in seiner Haamit um. Und stieß in Aue auf den noch relativ jungen Verein mit dem sperrigen Titel „Kompetenzzentrum für Gemeinwesenarbeit und Engagement“, kurz: KGE. Projektleiter Felix Sell machte Lange auf den verfallenen Bahnhof im Stadtteil Bad Schlema aufmerksam. Ein zweistöckiger Backsteinbau aus dem Jahr 1858, der nur noch als Graffiti-Kulisse dient. Das KGE bekam eine kleine Zuwendung aus dem Regionaltopf für die Europa-Kulturhauptstadt Chemnitz 2025.

Seit vergangenem Jahr ist das Gebäude sein zentrales Lebensprojekt. „Was mich wirklich getriggert hat, ist, dass es im Erzgebirge keine kulturellen Dinge



Erzgebirger Student Niclas Lange
Foto: Michael Bartsch

für Jugendliche gibt.“ Mit dem Jugendtreff, den er hier einrichten will, unternimmt er den Versuch, „alternative Modelle her einzubringen und so vielleicht ganz konservative Strukturen aufzubrechen“. Denn auch die Erzgebirger sollten einsehen, „dass nicht alles schlecht ist, was neu oder anders ist“.

Zunächst will die Stadt Aue das Gebäude für die Landesgartenschau 2026 instandsetzen, danach soll der noch zu gründende Verein die Nutzungsrechte erhalten. Dafür arbeitet man mit dem Lehrstuhl für Denkmalschutz an der TU Dresden zusammen. Und Lange macht die Erfahrung, dass sich 10 bis 15 „coole junge Leute“ für das Projekt begeistern lassen.

Noch hat niemand dagegen geschossen, aber Lange weiß, dass Ortschafts- und Stadträte auch überzeugt werden müssen. Einer von ihnen ist der frühere NPD-Organisator der „Lichtläufe“ gegen die Schneeberger Flüchtlingsunterkunft Stefan

Hartung, jetzt Vizechef der rechtsextremen Freien Sachsen. Auch deshalb holen sich Lange und seine Mitstreiter Rechtsberatung, um die Satzung für die anstehende Vereinsgründung zu formulieren. Der Verein soll zwar grundsätzlich offen für alle, die Unterwanderung und schleichende Übernahme durch extreme Rechte aber ausgeschlossen sein. Ein „dritter Ort“ könne der Schlemaer Bahnhof werden, so die Vision des Studenten: „Eine Mischung von links und rechts, jung und alt, ein Miteinanderquatschen jenseits von Netz und jeweiliger Kleinstblase.“

Durch sein Engagement wurde er im Mai vor den Kommunalwahlen als einer von drei jungen Fragestellern während einer Wahlkampfveranstaltung in den Bürgergarten Aue eingeladen und fiel dort durch seine Kompetenz auf: Bürgermeister sprachen ihn danach wegen vergleichbarer Jugendprojekte in ihren Kommunen an.

Lange ist klug genug zu wissen, dass man seine Berglandsleute nicht mit „großer Politik“ überfallen darf. Dass es eher nachbarlicher Ansprache bedarf, um sie „von den Rändern wegzuholen und Aggressivität rauszunehmen“. Man könne zunächst „nur den eigenen Quadratmeter verändern“, und das auch nur geduldig.

Bis zur Landtagswahl am 1. September, sagt Lange nüchtern, werde eine Trendwende wohl kaum gelingen. Der in Jena und in Lauter-Bernsbach gleichermaßen beheimatete junge Mann stellt sich die Milieufolge: „Wie mache ich, was in Großstädten verankert ist, erzgebirgstauglich?“

Wo die Graswachsen

Der Kampf gegen rechts funktioniert im Osten anders als in westdeutschen Großstädten. Kumpel weiß das besser als die, die hier leben. Drei Porträts von Menschen, die Dinge im Klein verändern wollen

Aus dem Erzgebirge, Dresden und Nordhausen
Michael Bartsch



Die Leute mit einem Minimalkonsens abholen

Eigentlich war Melanie Schade, Ende 30, ihre Thüringer Heimat zu engstirnig. Doch dann kehrte sie nach Nordhausen zurück und engagiert sich seitdem mit einem Bündnis gegen rechts

Beim Abendbrot am Rande von Nordhausen sorgt Melanie Schades dreieinhalbjährige Tochter Mathilda für gute Stimmung. Sie ist das Ergebnis einer Beziehung, wegen der die Mama überhaupt wieder in ihre heimliche Südharzregion zurückkehrte. In Sangerhausen geboren, hatte Schade diese Rückkehr eigentlich ausgeschlossen, als sie 2004 nach dem Abitur die Region verließ. „Hierbleiben ging nicht. Das Miteinander hat mir immer gefehlt, dazu viel Engstirnigkeit.“

Im Ruhrpott lernte sie Industriekauffrau, studierte abends BWL, arbeitete zuletzt als Produktmanagerin für Gold- und Diamantenschmuck. Bis Mathildas Vater auftauchte, und mit ihm die alte Heimat.

Schade, Ende 30, engagierte sich im Bündnis Nordhausen zusammen gegen rechts. Eine „Profilinke“ ist sie keineswegs. Eher eine Frau, die einen Erkenntnis- und Entwicklungsprozess durchlaufen hat. Für die Unternehmen, bei denen sie im Westen gearbeitet hatte, war „Gewerkschaft“ ein Fremdwort, meist gab es nicht einmal Betriebsräte. Aber das Einkommen stimmte, immerhin. Das änderte sich bei ihrer Rückkehr. „Bei meinen ersten Vorsprachen für einen Job im Osten wusste ich nicht, ob ich angesichts der Gehaltsangebote lachen oder

weinen sollte!“ So landete sie hauptberuflich bei der IG Metall und wurde politisch aktiv.

Auf der Nordhäuser IG-Metall-Seite findet sich noch ein persönliches Statement von Schade vom 15. Februar 2020, Hashtag #nichtmituns. Da war gerade eine Großdemonstration durch Erfurt gelaufen, denn wenige Tage zuvor hatten FDP und CDU, mit den Stimmen der AfD, den FDP-Kandidaten Thomas Kemmerich zum Kurzzeit-Ministerpräsidenten Thüringens gewählt.

Sie sei zuvor noch nie auf die Straße gegangen, sagt Melanie Schade im Rückblick. Aber die Demo in Erfurt habe ihr damals das Gefühl gegeben, dass es einen Ausweg aus der gefühlten Hilflosigkeit gebe. Sie ist heute, mehr als vier Jahre später, immer noch aufgeregt, wenn sie zurückdenkt, ihre Stimme wird emotional: „Jeder von uns ist sich darüber bewusst, dass die AfD eine Ideologie vertritt und propagiert, auf der die dunkelsten und schrecklichsten Jahre dieses Landes gründen.“

Den entscheidenden Schritt tut sie nach dem ersten Wahlgang der Nordhäuser Oberbürgermeisterwahlen vom vorigen September. Wie viele andere auch war sie davon alarmiert, dass der AfD-Kandidat Jörg Prophet mit 42,1 Prozent vorn lag. In den beiden Wochen

bis zur Stichwahl konstituierte sich spontan das Bündnis Nordhausen zusammen, und die Gewerkschafterin Schade war sofort dabei. Mit Erfolg: Der parteilose Kai Buchmann fing mit 54,9 Prozent den AfD-Kontrahenten noch ab. Sogar die *New York Times* berichtete über die demokratische Sternstunde von Nordhausen.

Eine aktivistische Stimmung habe in den zwei Wochen zwischen den Wahlgängen geherrscht. Noch 336 Stunden bis zur Stichwahl, so habe man gedacht, beschreibt Schade. Schnell und möglichst wirksam aufklären, eine Social-Media-Kampagne starten, ein Demokratiefest organisieren: Sie habe kaum geschlafen. Umso grenzenloser die Erleichterung, als die Freunde im EineWelt-Laden die Auszählung der Stimmen verfolgten und dann jubelnd zum Rathaus zogen.

Die Parteien hätten wesentlich zum Erfolg beigetragen, „indem sie sich herausgehalten haben“, glaubt Schade im Rückblick. Denn viele Wähler hätten das Vertrauen in Regierungen verloren. Politikern bescheinigt sie vielfach gute Ideen und Argumente, aber „das muss den Leuten von anderen erzählt werden, damit sie es wieder glauben“.

Im Anschluss habe sich das Bündnis erst mal in Ruhe or-



Melanie Schade und Tochter Mathilda Foto: Michael Bartsch

ganisiert und strukturiert, Melanie Schade zu einer von drei Sprecherinnen gewählt. An einige im Wahlkampf erprobte Prinzipien halten sie sich aber bis heute: Keine demonstrative Einheitsfront „Alle gegen die AfD“ propagieren. „Keine Aktionen, die Massen aufregen, sondern den Minimalkonsens suchen. Kein Extremismus, sondern Menschen abholen, die wir noch abholen können“, formuliert Melanie Schade.

Bei manchen mag das zu spät sein, auch Bedrohungen sind für Melanie Schade persönlich längst greifbar: „Ich werde auf Veranstaltungen bespuckt,

beim Einkauf beschimpft, beleidigt. Mein Nummernschild wird fotografiert und ich bekomme Bier ins Gesicht geschüttet“, berichtet Melanie Schade.

Im Januar dann lösten die *Correctiv*-Berichte zur Potsdamer Konferenz über „Remigration“ einen weiteren Schub für ihr Bündnis aus. „Ich war so empört – aber dann die Demos, wie geil ist das denn!“

Auf ihrer Facebook-Seite schreibt sie nach den *Correctiv*-Enthüllungen einen Kommentar „An die stille Mehrheit“, sich zu engagieren, laut zu werden. Und hilft es? Am Bündnis Nordhausen zusammen beobachtete sie jedenfalls Veränderungen. War zuvor eher das „kommunale Klein-Klein“ wichtig, so ging es nun um grundsätzliche Themen und größere Demos. In der „harten Arbeit“ miteinander lernten die Gruppen zunehmend, „dass es nicht zuerst um Mitgliederinteressen geht, sondern darum, wie wir Menschen erreichen“.

Messen könne man den Erfolg der Nordhäuser Demokratiebewegung freilich schwer. „Die nachhaltige Bindung anderer Menschen an uns ist noch nicht gelungen“, muss die Bündnissprecherin konstatieren. Es bleibe Kleinarbeit: Aktionen durchführen, Flyer verteilen, mit Bürgern ins Gespräch kommen.

Landtagswahlen im Osten

Thüringen

Am 1. September wählt Thüringen einen neuen Landtag. Eine Umfrage vom 26. Juni zufolge würde die AfD mit 29 Prozent der Stimmen stärkste Kraft werden, gefolgt von CDU (22 Prozent) und dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) mit 20 Prozent. Die Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, die Linkspartei, käme nur auf 14 Prozent, die SPD auf 7 und die Grünen und FDP wären mit 4 bzw. 2 Prozent der Stimmen raus aus dem Landtag.

Sachsen

Auch Sachsen wählt am 1. September sein neues Landesparlament. Umfragen vom 20. Juni sehen die AfD sogar mit 30 Prozent vorne, dicht gefolgt von der CDU mit 29 Prozent. Das BSW erreicht demzufolge 15 Prozent, Grüne und Linke kommen auf je 7 Prozent. Die Linkspartei würde mit 3 Prozent der Stimmen mit einem Wiedereinzug scheitern, die FDP wird nicht einmal mehr erfasst. Dafür kommen die Sonstigen auf immerhin 9 Prozent.

Brandenburg

Die Menschen in Brandenburg sind am 22. September aufgerufen, den Landtag in Potsdam neu zu wählen. Eine Umfrage im Auftrag des rbb vom 11. Juli sieht ebenfalls die AfD vorne, allerdings nur mit 23 Prozent. Dahinter folgen CDU und SPD mit je 19 Prozent der Stimmen. Das BSW erreicht demzufolge 16 Prozent, die Grünen 7. Die Linkspartei, in der vergangenen Legislatur immerhin Regierungspartei, würde mit 4 Prozent am Wiedereinzug scheitern. (sny)

Politischer Salon für Bürger:innenengagement

Mit 80 Jahren will Dresdens ehemaliger Umweltbürgermeister Klaus Gaber den Kampf gegen rechts nicht aufgeben. Er setzt auf Bildung, Debatten und christliche Gemeinschaft

Schöner als am Weißen Hirsch hoch über dem Elbtal kann man in Dresden kaum wohnen. Künstler und Intellektuelle müssen es seit jeher gespürt haben, die nach 1990 zugezogene Westelite strebte ebenfalls hier hinauf.

Es ist ein Abend Mitte Januar. In der Kirche am Weißen Hirsch hat gerade das „Politische Nachtgebet“ stattgefunden. Rund 20 der zahlreichen Besucher sind der Einladung der Gabers gefolgt, in ihrem nur wenige Hundert Meter entfernten Wohnzimmer bei Imbiss und Rotwein noch weiter zu diskutieren. Seit etwa vier Jahren organisiert der mittlerweile 80-jährige Klaus Gaber seine diskursive Reihe. Und die heutige Diskussion mit dem Titel „Die Ostdeutschen und die Demokratie“ wird einige Wochen später auch gleich nochmal wiederholt. Anlass: Die Veröffentlichung der *Correctiv*-Recherchen zur Potsdamer „Remigrations“-Konferenz ultrarechter Kreise.

Der Ernst der Lage ist bei der Veranstaltung Anfang Februar spürbar. Was die Menschen vor allem umtreibt, sind die konkreten Machtoptionen der AfD, aber auch Grundsatzfragen: Wa-

rum nur herrsche, wenn es doch laut Sachsen-Monitor eine hohe Zufriedenheit mit den Lebensumständen gebe, dennoch eine solch defätistische Motz- und Meckerstimmung?

Klaus Gaber, der diesen Austausch im eigenen Wohnzimmer mit hoher Energie betreibt und das in einem Alter, in dem sich andere kaum noch aus dem Lehnstuhl erheben, ist ein neuerlich von Unruhe Ergriffener. Von Jugend an lebt er in der DDR wie ein typisch preußisch-protestantischer Pfarrerssohn: kein Mitglied bei den Pionieren oder der FDJ-Staatsjugend, Wehrdienstverweigerer, Vertrauensstudent in der Dresdner Studentengemeinde. Obendrein noch, natürlich, in der christlichen Umweltbewegung aktiv und dort etwa mit Ernst Paul Dörfler, dem Mitbegründer der Grünen Partei in der DDR, bestens befreundet. „Immer in der Defensive, so hat man argumentieren gelernt“, blickt er zurück.

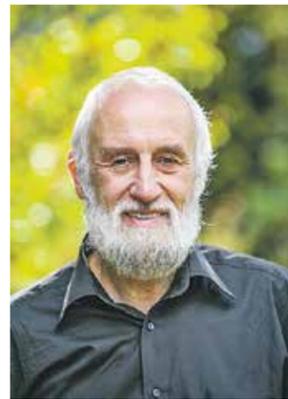
Eine solch kritische Haltung konnte er sich dank seiner wissenschaftlich-technischen Begabungen leisten. Das Studium prädestinierte ihn für die Halbleitertechnik, damals so ein

Hype wie die KI heute. Sein Ardenne-Projekt, die Keimabtötung bei Getreidesamen durch Elektronenstrahlen statt mit chemischer Beize, ist eine heute auch in der Biolandwirtschaft akzeptierte Erfindung.

Gabers politisches Engagement nach dem Fall der Mauer, 1989, erscheint wie eine logische Fortsetzung. Ab 1993 saß er der Fraktion der Bündnisgrünen im ersten sächsischen Landtag vor. Von 1994 an amtierte er als Bürgermeister für Umwelt und Kommunalwirtschaft in Dresden und trieb die Rekommunalisierung voran.

Ein Schlaganfall 2001 markierte einen gesundheitlichen Einschnitt. Die anschließende Versetzung in den Ruhestand bezeichnet er heute als „das größte Geschenk, das mir je gemacht worden ist“. Nicht nur mehr Zeit für die Kinder, sondern auch für die Generalthesen, die ihn seit jeher umtreiben: die „Zerfaserung der Mitte“, die verbindliche gesellschaftliche Grundlagen vermissen lasse.

„Ich bin Ingenieur, ich will konkrete Dinge tun“, postuliert er. Etwa mit der Lokalen Agenda Dresden, also der Graswurzel-



Klaus Gaber Foto: imago

bewegung und Vernetzungsebene bürgerschaftlichen Engagements, die jetzt erst in Fahrt komme. Auch hier geht es Gaber vorrangig um Bildung und Diskussion, etwa darum, wie man den Klimaschutz in Zeiten des Rechtsrucks unter die Leute bringt. „Ich bin von Unruhe getrieben, aber kenne meinen begrenzten Lebenshorizont. Und ich bin Politiker genug, um zu wissen, wie lange Prozesse dauern!“ Voraussichtlich 102 Jahre müsse er alt werden, um Deutschland klimaneutral zu erleben, rechnet er vor.

Christliche Verpflichtungen, wie Gabers langjährige Unterstützung zweier Geflüchteter, diskutierte er in den Jahren 2015 bis 2017 auch in der Kirche. „Ich sehe Jesus immer noch als Revolutionär“, sagt er. In diesem Rahmen entstanden auch die Politischen Nachtgebete in der Kirche am Weißen Hirsch. Dystopien werden dort nicht zelebriert. Gaber habe die „Selbsterfleischung“ und den Geist der Verzweiflung zunehmend satt, von dem vor allem rechte Kräfte profitierten, sagt er. Und die „Nach uns die Sintflut“-Mentalität sowieso schon lange: „Jeder will noch ein Stückchen vom Kuchen haben, obschon er längst gegessen ist!“

Deshalb wolle er lieber darüber sprechen, dass es Alternativen gebe, und den Schwerpunkt der monatlichen „Nachtgebete“ in eine positive Richtung drehen. So gehe es in der Reihe etwa um die Werte des Projekts Europa, um die Vor- und Nachteile künstlicher Intelligenz oder um Friedenstüchtigkeit in Zeiten einer Militarisierung des Denkens: „Wir müssen den neuen Kuchen backen!“, fordert der Weltbürger, der sich, wie er sagt, überall zu Hause fühle.

ostrentenwetter

Ungemütlich kann es zum Lebensabend auch für lang Versicherte über 45 Jahre werden. Jede Fünfte von ihnen, mehr als eine Million Menschen in Deutschland, kommt lediglich auf eine Rente unter 1.200 Euro. So die Antwort der Bundesregierung an Sahara Wagenknechts Gruppe im Bundestag laut dpa. Ostdeutsche seien öfter betroffen. Ähnlich die Durchschnittsrente: Im Westen sind es 1.663 Euro, im Osten 1.471 Euro. Wo ging noch mal die Sonne auf? In Berlin sind es grad 21 Grad, Niesel und Wolkenhimmel.

Teilzeitquote auf Rekordhoch

Fast 40 Prozent arbeiten in Teilzeit, Frauen deutlich häufiger als Männer

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten erreichte 2023 mit 39 Prozent einen neuen Rekord. Das geht aus Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung auf eine Anfrage der Gruppe Die Linke hervor. Frauen arbeiten mit knapp 60 Prozent viel häufiger in Teilzeit als Männer (20,7 Prozent).

Die Teilzeitquote von Frauen hat sich damit seit 2013 kaum verändert, bei den Männern ging sie leicht nach oben. Doch arbeiten Frauen heute viel häufiger in regulärer Teilzeit, das heißt sozialversicherungspflichtig oder als Beamtinnen. Rund 14 Prozent der teilzeitbeschäftigten Frauen arbeiten als prekär Beschäftigte in Minijobs, als kurzfristig Beschäftigte oder in 1-Euro-Jobs. Zehn Jahre zuvor traf das noch auf jede fünfte Teilzeitbeschäftigte zu.

Über die Gründe für die hohe Teilzeitquote bei Frauen geben die Daten des IAB keine Auskunft. Laut einer Mitteilung des Statistischen Bundesamts vom April nennt mehr als jede vierte teilzeitbeschäftigte Frau Kinderbetreuung als Grund für die reduzierte Arbeitszeit. Das Statistische Bundesamt ermittelt für das vergangene Jahr eine Teilzeitquote von 31 Prozent. Die unterschiedlichen Quoten basieren auf unterschiedlichen Erhebungsmethoden.

„Gegen den Fachkräftemangel helfen vor allem Investitionen in Kinder- und Altenbetreuungsstrukturen“, schlussfolgert Susanne Fersch, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Gruppe Die Linke im Bundestag. Die fehlende Infrastruktur sei der Grund, warum noch immer überwiegend Frauen in Teilzeit beschäftigt sind. Hier müsse die Bundesregierung den Hebel ansetzen, „anstatt über Prämien für Arbeitszeit-Ausweitungen zu diskutieren.“ Die Ampelkoalition plant im Rahmen einer Wachstumsinitiative Steuerbefreiungen für Überstunden.

Anna Lehmann

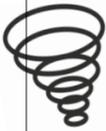
brief des tages

Grüne in der Defensive

„Opfer der Agenda“, taz vom 19. 7. 24

Dass die taz die Grünen mit Samthandschuh anfasst, ist nicht neu. Zuviel Kritik darf nicht sein, denn die Grünen sind ja „erst einmal Opfer einer europäischen Agenda“ mit Krieg und Migration, obwohl sie alles mittragen. Und das andere, was schief ging, nur Petitesen. Wirklich? Zur Erinnerung: Lützerath – längst vergessen? Der menschenverachtende Asylpakt der EU, Schwamm drüber! Gas-Kotau vor den Saudis – sorry, aber wir brauchen den Brennstoff! Tempolimit durchsetzen, nein! Wir nehmen Rücksicht auf die Fossilisten der Ampel, Heizungsgesetz, war da was? Klimaschutzgesetz verwässert – bloß den Verkehrssektor nicht antasten. Kindergrundsicherung, Fehlanzeige! Stationierung von US-Marschflugkörpern und anderen Raketen auf deutschem Boden – muss sein, der Russe steht bald vor der Tür. Frieden, Umweltschutz und Asylrecht, gegen Militarismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie für die Durchsetzung universeller Menschenrechte und ein solidarisches Miteinander: Wofür sind wir eigentlich auf die Straße gegangen in den 1980er Jahren? Zählt das alles plötzlich nichts mehr?

Peter Lessmann-Kieseyer, Köln



Haasenburg-Urteil macht Opfer nochmals betroffen

Das Urteil, wonach die Schließung der Kinderheime 2013 rechtswidrig war, wird nun rechtskräftig. Das Oberverwaltungsgericht lehnt Berufung ab, ohne die Opfer zu hören

Von Kaija Kutter, Hamburg

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg erlaubt im Prozess um die Haasenburg-Heime keine Berufung. Das gab das brandenburgische Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) bekannt. Wie berichtet, hatte das Verwaltungsgericht Cottbus im November 2023 entschieden, dass die zehn Jahre zuvor erfolgte Schließung von drei Kinderheimen rechtswidrig war, und zugleich eine Berufung verboten. Das MBJS hatte im März dagegen beim OVG Beschwerde eingelegt, die wurde jetzt abgelehnt.

Das Urteil vom November war für betroffene ehemalige Bewohner der Heime erschütternd und für Beobachter unerwartet. Denn die selben Ge-

richte hatten vor zehn Jahren, als die private Heimfirma per Eilklage versuchte, die Schließung zu verhindern, dies abgelehnt und anders entschieden. Es spreche Überwiegendes dafür, dass das Wohl der dort untergebrachten Kinder und Jugendlichen nicht gesichert sei. Die Haasenburg GmbH betrieb drei Heime in Jessern, Neuen- und Müncheberg mit 114 Plätzen, von denen ein Teil zur geschlossenen Unterbringung zählte. Das Jugendministerium reagierte mit der Schließung auf den Bericht einer damaligen Untersuchungskommission, die auch mit früheren Bewohnern sprach.

Als besonders kritisch sah die Kommission, dass die Kinder dort oft lange in einer „roten Phase“ mit wenig Rechten ver-

bleiben mussten und es häufig zu körperlichen Zwangsmaßnahmen kam, „Anti-Agressionsmaßnahmen“ genannt. Brandenburgs Jugendministerin Martina Münch (SPD) erklärte die Haasenburg für „nicht reformierbar“, da es zu viele Mängel gebe.

Doch in diesem Punkt kam das Verwaltungsgericht Cottbus im November 2023 anhand der Aktenlage zu einem anderen Ergebnis. Das Ministerium hätte dem privaten Heimbetreiber noch mal eine Chance geben können, statt Schließung hätten Auflagen genügt. Zum Maßstab nahmen die Richter allerdings nur die Zeit ab März 2013, wo die Haasenburg schon unter öffentlicher Beobachtung stand. Immerhin 115 Anti-Agressionsmaßnahmen (AAM) an Kindern und Jugendlichen hatte die Heimfirma sogar im Jahr 2013 an das aufsichtsführende Landesjugendamt gemeldet. In den meisten Fällen aber, so die Cottbuser Richter in der Urteilsbegründung, handelte es sich um eine „akute Eigen- oder Fremdgefährdung“, welche die AAM erforderte. Beispiele führen sie nicht aus. Nur in vier Fällen sei das nicht eindeutig so gewesen, das reiche nicht für eine Schließung. Zwar gebe es einzelne Ju-

trauen. Doch die Ergebnisse der Hoffmann-Kommission flossen in das Urteil kaum ein, da sich nur drei dort aufgeführten Vorfälle auf das Zeitfenster 2013 bezögen. Die Richter zitieren zwar aus dem Bericht die Aussage eines Jugendlichen, er sei über die Türschwelle gegangen und schon festgehalten und von vier Betreuern auf den Boden gelegt worden. Doch zu dem Fall gebe es keine passende Meldung des Heims und auch keinen Namen des Betreuers, sodass „keine weiteren Ermittlungsansätze“ bestünden.

Wenig Raum nimmt in der 100 Seiten langen Urteilsbegründung die Verteidigung des Jugendministeriums ein. Das MBJS war zuletzt „wegen des laufenden Verfahrens“ auch nicht bereit, der taz Fragen zu beantworten. Etwa, ob das Gericht neben der veröffentlichten Fassung des Untersuchungsberichts auch die Anhänge mit Aussagen und Dokumenten erhalten habe. Schließlich seien das mögliche „Ermittlungsansätze“.

Zudem hatte die Interessengemeinschaft der ehemaligen Haasenburgkinder, die sich „Bündnis gegen repressive Pädagogik“ nennt, dem MBJS Unterstützung im Beschwerdeverfahren angeboten, aber keine Rückmeldung erhalten. Die Betroffenen nehmen den OVG-Beschluss „mit tiefer Trauer und großem Schmerz“ zur Kenntnis, schreiben sie in einer Stellungnahme. Im Grunde hätten hier zwei belastete Parteien vor Gericht gestanden, da das MBJS seiner Kontrollpflicht nicht ausreichend nachgekommen sei.

Um die Perspektive der Opfer einzubringen, ist es jetzt zu spät. Das OVG entschied, das beklagte Ministerium habe weder ernstliche Zweifel an der Richtigkeit der erstinstanzlichen Entscheidung noch Verfahrensmängel dargelegt. Die Haasenburg GmbH kann jetzt auf Grundlage des rechtskräftigen Urteils zivilrechtlich sogar Schadenersatz einklagen. Betroffene können ihrerseits Entschädigung beantragen und viel Zeit mitbringen.

Ein Betroffener im Verwaltungsgericht während des Prozesses um die Haasenburg-Heime, wo es ab 2005 zu Selbst- und Fremdverletzungen von Jugendlichen gekommen war
Foto: Patrick Pleul/picture alliance/dpa



Gericht beruft sich vorrangig auf Dokumente der Haasenburg selbst

gendliche, die sehr viele AAM erlebten und in dem Heim nicht passend untergebracht gewesen seien. Doch das zu verhindern, sei auch Sache der Gerichte und Jugendämter.

Dass sich das Gericht nur auf Dokumente der Haasenburg beruft, ist bemerkenswert. Hatte doch der Vorsitzende der Untersuchungskommission, der Psychologe Martin Hoffmann, seinerzeit gewarnt, deren Dokumenten könne man nicht

Gute Arbeit – für alle?

Migrantische Beschäftigte arbeiten häufiger in prekären Verhältnissen, zeigt eine Untersuchung des DGB

Von Sabrina Osmann

Menschen mit Migrationsgeschichte sind häufiger in Helfer*innen- und Anlernertätigkeiten, befristeten Arbeitsverhältnissen und zu geringeren Einkommen tätig. Das geht aus einer Untersuchung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) hervor, die der taz vor Veröffentlichung vorliegt. Grundlage des sogenannten Index für Gute Arbeit ist eine repräsentative Beschäftigtenbefragung, die bundesweit prekäre Beschäftigungsmerkmale bei Arbeitnehmer*innen mit und ohne Migrationshintergrund vergleicht.

„Leider landen Menschen mit Migrationshintergrund immer noch überproportional oft in schlechten und unsicheren Arbeitsverhältnissen mit niedrigen Löhnen“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel mit

Blick auf die Umfrageergebnisse. Einer schnelleren und besseren Integration in den Arbeitsmarkt stehe laut Piel entgegen, dass das Bundesinnenministerium dem Haushaltsentwurf 2025 zufolge weniger als die Hälfte des aktuellen Budgets für Integrationskurse vorsieht.

Der DGB-Studie nach arbeitete ein Drittel der migrantischen Beschäftigten in Helfer*innentätigkeiten, auch „Einfacharbeit“ genannt. Ohne Migrationshintergrund sind lediglich 18 Prozent der Menschen in Deutschland in diesen Berufen. Hier sind die Tätigkeiten besonders von stärkeren körperlichen Anforderungen und Einkommen im Niedriglohnbereich geprägt. Unter den migrantischen Beschäftigten in Einfacharbeit stammte mit 46 Prozent der größte Anteil aus Ländern außerhalb des europä-

ischen Wirtschaftsraums. Knapp jede*r vierte Beschäftigte mit Migrationshintergrund sorgte sich laut der DGB-Studie um die eigene berufliche Zukunft, im Vergleich zu 13 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund. Der Anteil an befristeten Beschäftigungsverhältnissen war bei Beschäftigten mit Migrationsgeschichte mit 17 Prozent mehr als dreimal so hoch wie bei der Vergleichsgruppe. Hinzu kommt, dass sie mit 21 Prozent häufiger in Schichtarbeit tätig waren, während es 12 Prozent der Menschen ohne Migrationsgeschichte waren. Von den Beschäftigten ohne Migrationshintergrund arbeiteten 2 Prozent in einem weiteren prekären Verhältnis: der Leiharbeit. In der Gruppe mit Migrationshintergrund war der Anteil mit 6 Prozent dagegen dreimal so hoch. Schließlich gaben

40 Prozent der migrantischen Beschäftigten an, dass ihr Einkommen gar nicht oder gerade so zum Leben reicht.

Misbah Khan, Grünen-Innenpolitikerin und Bundestagsabgeordnete, sagte der taz: „In den letzten zehn Jahren konnten unsere Unternehmen über die Hälfte des Beschäftigungswachstums nur durch Zuwanderung bewältigen.“ Einwanderung biete eine unverzichtbare Chance, dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Weiterhin forderte Khan: „Wir brauchen, sind gleichwertige Beschäftigungsverhältnisse für alle, die in diesem Land arbeiten und Steuern zahlen. Wir müssen endlich damit aufhören, gefährliche Falschnachrichten dazu zu verbreiten, Menschen mit Migrationsgeschichte würden in diesem Land bevorteilt. Das Gegenteil ist der Fall.“



Szene bei der Berliner Firma Florida Eis im Juli: Fast die Hälfte der Mitarbeitenden des Unternehmens sind Geflüchtete
Foto: Christian Ditsch

Ackern für das Bleiberecht

Rund 70.000 geduldete Geflüchtete haben über das neue sogenannte Chancen-Aufenthaltsrecht 18 Monate Zeit, eine Arbeit oder Ausbildung aufzunehmen. Hinter ihnen liegen oft Jahre der erzwungenen Untätigkeit

Von **Barbara Dribbusch**

Die Uhr läuft. „Wir haben nicht viel Zeit, um eine Ausbildung, eine Arbeit zu finden“, sagt Nadia Hadid*. Seit Anfang des Jahres verfügen die 38-Jährige und ihr Mann über einen sogenannten „Chancen-Aufenthalt“. Das neue Gesetz gewährt geduldeten Geflüchteten eine Aufenthalts- und Beschäftigungserlaubnis für 18 Monate, in denen sie eine Arbeit finden müssen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend sichert. Sie können auch eine Ausbildung beginnen, die ihre finanzielle Unabhängigkeit in der Zukunft erwarten lässt.

Klappt es mit der Job- oder Ausbildungssuche, bekommen die Hadids eine reguläre längerfristige Aufenthaltserlaubnis. Andernfalls fallen sie wieder zurück in die Duldung. „Das Jobcenter hat gesagt, wir müssen uns selbst etwas suchen“, erzählt Nadia Hadid.

Es ist heute zwar leichter als früher, dass Geduldete eine Beschäftigungserlaubnis von den Ausländerbehörden bekommen, wenn sie ein Jobangebot vorweisen können. Doch Arbeit allein verschafft Menschen, die in Deutschland nur geduldet sind, keinen Abschiebeschutz. Der Chancen-Aufenthalt beinhaltet dagegen eine befristete Aufenthaltserlaubnis. Dies verbessert auch die Chancen auf einen Job, da allein das dazugehörige Dokument die Aufschrift „Aufenthaltstitel“ trägt und die Duldung ablöst. In einer „Duldung“ steht in roten Lettern und mit Ausrufezeichen versehen: „Aussetzung der Abschiebung (Duldung). Kein Aufenthaltstitel! Der Inhaber ist ausreisepflichtig!“ So etwas schreckt Arbeitgeber ab.

„Wer den Chancen-Aufenthalt nutzen kann, für den ist das Gesetz eine tolle Sache“, sagt Nyla

Becker. Sie ist Coach bei einer Hamburger Gesellschaft namens Passage, in der in einem Projektverbund auch die Hadids beraten werden.

Die Geduldeten haben oft sehr wechselhafte Erfahrungen mit Arbeitsgenehmigungen und der Jobsuche hinter sich und mitunter viele Jahre gar nichts machen können. Ihr Mann habe eine Weile als Küchenhelfer in einem Restaurant gearbeitet, berichtet Hadid. Doch dann erhielt er keine Arbeitsgenehmigung mehr und verlor seinen Job. Sie wollte eine Ausbildung machen, was ihr die Behörden nicht gestatteten. Auf der Abendschule lernte sie Deutsch.

Die Hadids waren mit zwei Söhnen im Jahre 2015 aus Bagdad nach Hamburg gekommen und stellten einen Asylantrag. Dieser wurde abgelehnt, die Familie aber geduldet wegen der prekären Sicherheitslage im Irak.

„Das Gesetz öffnet ein Tor.“

Bojan Mijalkovic, 30, will eine Ausbildung zum Lagerlogistikler absolvieren

Der 22-jährige Sohn ist heute Industriemechaniker mit Berufsabschluss und will seinen Meister machen, erzählt die Mutter. Der 13-jährige Sohn geht auf das Gymnasium. Jetzt, mit dem Chancen-Aufenthalt möchte Nadia Hadid ein Praktikum in einem Krankenhaus beginnen. „Danach arbeite ich vielleicht in der Pflege“, erzählt sie. Mittelfristig würde sie gerne eine Ausbildung zur Arzthelferin machen. Früher, in Bagdad, habe sie als Kosmetikerin gearbeitet. Ihr Mann habe in Deutschland eine Weiterbil-

dung zum Busfahrer gemacht und suche einen Job.

Zum Mai diesen Jahres besaßen fast 70.000 Personen das Chancen-Aufenthaltsrecht nach Paragraph 104c des Aufenthaltsgesetzes, so die Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Auf den Paragraph, der seit Januar 2023 gilt, können sich jedoch nur Geflüchtete beziehen, die zum Stichtag am 31. Oktober 2022 mindestens fünf Jahre ununterbrochen in Deutschland gelebt haben. Für die 18 Monate im Chancen-Aufenthalt haben sie dann auch Anspruch auf Bürgergeld.

„Das Gesetz öffnet ein Tor“ sagt Bojan Mijalkovic*, 30 Jahre alt. Er kam im Jahre 2016 mit seiner Frau und der ersten Tochter, damals ein Baby, aus Nordmazedonien nach Deutschland. Der Asylantrag war chancenlos, aber die Familie wurde nicht abgeschoben, aus medizinischen Gründen, die Tochter ist schwerstbehindert.

Als Geduldete aus einem sicheren Herkunftsland bekamen die Mijalkovics hier keine Beschäftigungserlaubnis, keine Sprachkurse. „Es war schade, dass wir so viele Jahre nicht arbeiten konnten“, sagt der Vater, „Deutsch haben wir uns selbst beigebracht, auch durch das Fernsehen.“ Inzwischen hat er einen Abschluss auf dem Level B1 und kann sich gut verständigen.

In Nordmazedonien hatte er eine Ausbildung zum Bankkaufmann gemacht und dort in einem Supermarkt gearbeitet, erzählt er. Hier möchte er im September eine Ausbildung zur Fachkraft für Lagerlogistik beginnen. Es wäre nach acht Jahren in Deutschland, in denen er nicht arbeiten durfte, der erste Job. „Die Duldungen wurden immer wieder verlängert, dieses Warten ist ein dauernder Stress“, schildert Mijalkovic.

Becker von der Initiative Passage erzählt, sie habe Geflüch-

tete beraten, die inzwischen bei der Deutschen Bahn in der Wartungshälften, in die Pflege gingen oder bei der Post Briefe sortierten. Nur wenige Menschen seien im Chancen-Aufenthaltsrecht. „Die Voraussetzungen erfüllt nur eine kleine Gruppe“, so Becker. Schon allein der Stichtag grenze die Gruppe ein.

Becker erlebt öfter, dass ihre Klient:innen in prekären Jobs arbeiten, etwa bei Lieferdiensten und im Versandhandel. „Oft geht es darum, die Probezeit zu überstehen, die Firmen können es sich leisten, die Leute schnell rauszuwerfen“, berichtet sie. Unternehmen mit Arbeit, für die nur geringe oder gar keine Deutschkenntnisse erforderlich sind, können auf einen Pool an Migrant:innen zugreifen, die auf Jobs mit wenig Anforderungen an Deutschkenntnisse angewiesen sind. „Zum Beispiel große Logistikunternehmen stellen ständig neue Leute ein, die nicht Deutsch sprechen. Die Arbeit ist hart. Und sie tun nicht viel, um die Leute zu halten“, berichtet Becker, „die Unternehmen profitieren letztlich von der prekären aufenthaltsrechtlichen Situation der Arbeitssuchenden.“

Frank Langner ist Berater für Geflüchtete mit unsicherem Aufenthaltsstatus bei einem Hamburger Projekt des Trägers Basis und Woge. Er habe Geduldete in Mechaniker-Lehren und Ausbildungen als Altenpflegehelfer:innen vermittelt, erzählt er. Seine Klient:innen profitieren von der „Ausbildungsduldung“, einem Gesetz, das Geduldeten während der Zeit der Lehre und einer Beschäftigungszeit danach einen Abschiebeschutz gewährt. „Es gibt unerseriöse Ausbildungsbetriebe“, so Langner, „aber die vermeiden wir. Die unerseriösen Ausstellungsverhältnisse kommen manchmal zustande, wenn die Leute sich selbst etwas suchen.“

Langner beriet auch Anwar Bakar*, der mit 14 Jahren

als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling aus Ägypten nach Hamburg gekommen war und dessen Asylantrag abgelehnt wurde. Bakar hatte damals keinen Pass, also konnte er nicht zurück nach Ägypten abgeschoben werden. Er erhielt eine Duldung, besuchte die Schule, bekam aber lange Zeit keine Erlaubnis, zu arbeiten oder eine Ausbildung zu machen. Als er sich aus der Heimat einen Pass beschaffen konnte, war für ihn der Weg in eine Ausbildungsduldung frei.

Bakar, heute 25, absolvierte in einer Baufirma ein Praktikum

und fiel dort durch gute Arbeit auf. „Ein Praktikum schlägt alles, wenn es die Arbeitgeber überzeugt“, sagt Langner.

Inzwischen ist Bakar gelernter Tiefbaufacharbeiter und sätelt noch ein Jahr Ausbildung drauf, dann ist er auch Straßenbauer mit Berufsabschluss, erzählt er. Sein Unternehmen will ihn unbedingt halten. Er hat jetzt eine reguläre Aufenthaltserlaubnis. „Viele Jahre nicht arbeiten zu dürfen“, sagt Bakar, der fließend Deutsch spricht, „was ist das für eine Verschwendung“.

*Namen geändert

taz * panterstiftung

Podcasts

Freie Rede
alle Podcasts zum Projekt EU-Migration unter taz.de/stiftung/podcasts und überall dort, wo es Podcasts gibt

„Die Regierung versucht, den Zugang für Journalisten zu Aufnahmestellen für Geflüchtete zu versperren“

Stavros Malichudis, Chefredakteur
Solomon (Griechenland)

Spenden Sie unter taz.de/spenden



Foto: Wolfgang Kunz

RUDI HÄLT UNS DEN RÜCKEN FREI

taz  **genossenschaft**

Betongold? Wir haben eine Immobilie, in der dein Geld wirklich glänzen kann: Wenn du jetzt deinen Anteil aufstockst (oder neu zeichnest!), hilfst du mit, unser *geliebtes altes Haus* in der Rudi-Dutschke zu sanieren. Dies ist nicht nur notwendig, sondern schafft auch ein langfristiges finanzielles Fundament, auf dem unser unabhängiger Journalismus auch in Zukunft stürmischen Zeiten trotzen kann. Alle Infos und Mitmachen auf

genossenschaft.taz.de

Restrukturierung auf schwäbische Art

Der Batteriehersteller Varta steht kurz vor der Insolvenz. Die E-Auto-Sparte läuft gar nicht nach Plan

Von **Clemens Schreiber**

Um die drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwehren, hat der Batteriehersteller Varta am Montag beim Amtsgericht Stuttgart ein vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren anmelden. Zuvor gab das angeschlagene Unternehmen aus Baden-Württemberg bekannt, sich im Zuge eines Sanierungsverfahrens von großen Teilen seiner Schulden befreien zu wollen.

Mit Verbindlichkeiten im Wert von knapp 500 Millionen Euro ist Varta hoch verschuldet. Deswegen appelliert das Unternehmen nun an seine Gläubiger: Sie sollen dem krisenbeutelten ihm einen Teil der Schulden erlassen. In der Hoffnung, dass die Gläubiger das auch machen, forciert das Varta eine groß angelegte Restrukturierung. Diesem Plan zuzustimmen wäre für die Gläubiger besser als die Firma in die Insolvenz abdriften zu lassen, so das Argument.

Doch um weiterhin zahlungsfähig zu bleiben, braucht Varta eine ordentliche Finanzspritze. Knapp 100 Millionen Euro seien notwendig, sagte der Vorstandschef Michael Ostermann. Als potenzielle Geldgeber kommen derzeit der Luxusautohersteller Porsche und der bisherige Varta-Großaktionär Michael Tojner in Frage. Ein Porsche-Sprecher bestätigte bereits, dass man Verhandlungen mit Varta aufgenommen habe. Porsche dürfte sich insbesondere für die Varta-Tochter V4Drive, die die Lithium-Ionen-Batterien für E-Autos herstellt, interessieren. Bereits vor Bekanntwerden der Schieflage kündigte der Autobauer an, V4Drive von Varta übernehmen zu wollen. „Das Ziel unseres Engagements wäre, diese Schlüsseltechnologie am Standort Deutschland zu erhalten“, bekräftigte ein Porsche-Sprecher gegenüber dem *Handelsblatt*.

Das Unternehmen befindet sich schon länger in der Krise

Um dieses Ziel weiterhin zu verfolgen und V4Drive zu retten, müsste sich Porsche eventuell auch an Varta beteiligen. Denn um eine Insolvenz zu vermeiden, müssen Gutachter dem Batteriehersteller eine positive Prognose ausstellen. Und dafür braucht das gesamte Unternehmen, nicht nur V4Drive, das frische Geld.

Das Unternehmen versucht indes seine Kapitalstruktur neu aufzustellen. Um unbelastete Geschäftsanteile zu schaffen, will Varta sein Stammkapital auf null herabsetzen. Dadurch würden die Aktien komplett an Wert verlieren. Noch am Freitag hatten die Varta-Aktien einen Gesamtwert von 440 Millionen Euro und eine Aktie wurde für 10,32 gehandelt. Am Montagmorgen, nach der Verkündung der Hiobsbotschaft aus Ellwangen, sank der Kurs zwischenzeitlich auf nur 2,20 Euro. Ein dickes Minus von 80 Prozent.

Schon seit einiger Zeit befindet sich das Unternehmen in einer Krise. Zum Beispiel konnte Varta wegen eines Hackerangriffs im Februar seinen Jahresabschluss für 2023 nicht rechtzeitig vorlegen. Die Probleme bei Varta sind aber auch auf eine Reihe von Geschäftsvorhaben zurückzuführen, die sich als Fehlinvestitionen entpuppten. Gerade in der Autobatterie-Sparte verlief nicht alles nach Plan. Nachdem die öffentliche Hand Varta im Jahr 2020 mit 300 Millionen Euro für Projekte rund um Batteriezellen gefördert hatte, kündigte Varta an, eine Produktionsstätte für Lithium-Ionen-Zellen für E-Autos zu bauen. Dem Druck ausgesetzt, Kosten zu senken, entschied sich Varta jedoch zwei Jahre später gegen den angekündigten Neubau. Letztes Jahr kündigte Varta dann an, 800 Arbeitsplätze – fast die Hälfte davon in Deutschland – zu streichen.

Die Probleme bei Varta seien aber nicht nur hausgemacht, sagte IG-Metall-Sprecher Artur Siemens. Den Unternehmen fehle es an Planungssicherheit, um Investitionen zu tätigen und um Investoren anzuziehen. Mit Argwohn beobachtet die Gewerkschaft, dass immer mehr Projekte für Batteriezellproduktionen in Deutschland auf Eis gelegt werden. „Wir sehen darin auch eine Folge der oft negativen Diskussionen über den Antriebswechsel beim Pkw, die von Politikern immer wieder öffentlich geführt werden,“ so IG-Metall-Sprecher Siemens. Man denke nur an das Hin und Her beim Verbrenner-Aus.

Zahl des Tages

50 Arten

Man weiß es eigentlich, aber eine Studie des Helmholtz-Instituts demonstriert es auch praktisch: Vielfalt macht widerstandsfähiger – auch gegen die Folgen der Erderhitzung. Die Forscher:innen verglichen artenreiches, selten gemähtes oder wenig beweidetes Grünland mit intensiv genutzten Wiesen mit wenigen Arten. Sie legten Parzellen an, auf denen teils 5, teils **50 Arten heimischer Gräser und Kräuter wuchsen**, und untersuchten die Wirkung von Niederschlag und Temperatur. Zunächst waren die artenarmen Flächen produktiver. Auf Dauer aber kippte das Verhältnis. Die bunten Wiesen hielten dem Stress stand, die intensiv genutzten nicht. Klare Lehre für die Landwirtschaft, oder?

Eine Preiszone für alle

Gewerkschaften, Industrieorganisationen und Verbände für erneuerbare Energien warnen vor der Teilung des deutschen Strommarkts

Von **Anja Krüger**

Ein ungewöhnliches Bündnis warnt vor der Aufteilung des einheitlichen deutschen Strommarktes in mehrere Zonen. 15 Organisationen fordern die Beibehaltung der sogenannten Stromgebotszone. Dazu gehören der Deutsche Gewerkschaftsbund, die IG Metall, der Bundesverband Erneuerbarer Energien, der Verband der Automobilindustrie und der Bundesverband der Deutschen Industrie. Sie wenden sich gegen einen Aufruf von zwölf Ökonom:innen, die in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* lokale Strompreise gefordert hatten.

Der Hintergrund: In Deutschland gibt es nur eine Stromgebotszone, in der ein einheitlicher Großhandelsstrompreis

gilt. Kosten wie für den Ausbau des Stromnetzes für die Windkraft werden dann regional auf den Strompreis aufgeschlagen. Deshalb ist Strom dort teurer, wo neue Windräder entstehen. Immer wieder werden Forderungen erhoben, die einheitliche Preiszone zu teilen und die Kosten grundsätzlich anders zu verteilen. Der Weg solle frei gemacht werden für Strompreise, die Angebot und Nachfrage regional ausgleichen und dadurch den lokalen Stromwert widerspiegeln, fordern etwa die zwölf Ökonom:innen. „Lokale Strompreise bedeuten auch, dass neue Industrieinvestitionen vom lokalen Grünstromüberschuss profitieren können.“

Das sehen Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände anders. Sie warnen davor, die einheitliche Zone aufzugeben. „Die

negativen Folgen für die Realwirtschaft sind nicht abzusehen und überlagern die Vorteile“, heißt es in dem Appell.

Die unterzeichnenden Organisationen heben hervor, dass eine Umstellung mehrere Jahre dauern würde. In dieser Zeit wäre die Unsicherheit für Energieerzeuger und Industrie groß. „Dringend erforderliche Investitionen fallen geringer aus, der Ausbau der Erneuerbaren wird gehemmt“, fürchtet das Bündnis. Eine Aufteilung der einheitlichen Zone würde dazu führen, dass Strom gerade im industriestarken Süd- und Westdeutschland teurer würde. Schon jetzt seien die hohen Strompreise ein Standortnachteil. Die Verbände erwarten, dass größere Neuinvestitionen der Industrie vor allem außerhalb Deutschlands oder Europas erfolgen würden.



Manchmal gibt es noch Probleme bei der Wegfindung: Schienenersatzbusse für die Riedbahn
Foto: Andreas Arnold/dpa

Neuer Anstrich für die Deutsche Bahn

Seit einer Woche ist die Riedbahn gesperrt. Doch nicht nur dort ändert die DB den Fahrplan. Die Linke will derweil eine Bahnreform

Von **Nanja Boenisch**

Mit der Bahn in den Alpenurlaub mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern, zum Beispiel von Hamburg nach Garmisch-Partenkirchen? Das koste diesen Sommer im Flexpreis und ohne BahnCard-Rabatt 311,40 Euro für eine Richtung, rechnet Ates Gürpinar, Bundesgeschäftsführer der Linkspartei vor. „Bahnfahren ist zu teuer“, kritisiert er. „Wir brauchen eine Bahnpreismbremse.“ Eine Familie müsse mit dem Zug in den Urlaub fahren können, ohne dass ihr ganzes Budget schon für die Anreise draufgeht, sagt Gürpinar.

Die Vorschläge sind Teil eines 7-Punkte-Plans, mit dem die Linkspartei den Bahnverkehr in Deutschland wieder zuverlässig und bezahlbar machen will. Am Montag stellte der Bundesgeschäftsführer den Plan für eine „Bahnreform 2.0“ vor. Die Privatisierung habe den Staatskonzern ins Chaos gestürzt, meint Gürpinar. „Die Züge sind zu spät, weil über Jahrzehnte gekürzt wurde.“ Bei der Sanierung von Schienen und Fahrzeugen

hätten der Bund und auch die Deutsche Bahn AG gespart, „damit die Bahn irgendwie Profite machen kann“.

Abgesehen von der Bahnpreismbremse steht deshalb noch folgendes in dem 7-Punkte-Plan: Aus der Aktiengesellschaft Deutsche Bahn müsse eine Anstalt öffentlichen Rechts mit gemeinnütziger Satzung werden. Vertreter:innen von Beschäftigten, Fahrgästen und Umweltverbänden sollten einen Beirat gründen, um demokratische Teilhabe zu ermöglichen und das Bahn-Management zu kontrollieren. Für Manager:innen, die trotz schlechter Leistungen bei Pünktlichkeit und Kund:innenzufriedenheit hohe Löhne und Boni einstrichen, müsse eine Gehaltsobergrenze gelten. Die Arbeit in den Zügen der Deutschen Bahn solle attraktiver werden.

In neue Schienen und Fahrzeuge müsse mehr Geld fließen, Milliardeninvestitionen in die Bahn-Sanierung müssten über mehrere Jahre hinweg geplant und gesichert werden. „Es liegt auf der Hand, dass un-

ser Vorschlag für eine Bahnreform 2.0 nicht aus dem laufenden Bundeshaushalt bezahlt werden kann“, räumt Gürpinar ein. Der Sanierungsstau betrage mittlerweile 92 Milliarden Euro – eine Vermögenssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe besonders reicher Menschen, eine Abschaffung der Schuldenbremse und die Umschichtung klimaschädlicher Subventionen könnten einen Großteil

„Züge sind zu spät, weil über Jahrzehnte gekürzt wurde“

Ates Gürpinar, Die Linke

davon decken, heißt es in dem Papier seiner Partei.

Bis 2030 will die Deutsche Bahn 40 stark befahrene Strecken vollsperrn und generalsanieren, also Schienen, Weichen, Stellwerke, Bahnhöfe, Oberleitungen und technische Anlagen in einem Rutsch instandsetzen. Vor einer Woche star-

tete die erste Generalsanierung auf der rund 70 Kilometer langen Riedbahn zwischen Frankfurt am Main und Mannheim. Bis Dezember weichen Fernverkehrszüge auf umliegende Strecken aus. Statt Nahverkehrszügen und S-Bahnen fahren rund 150 Schienenersatzbusse. Gleich am Montag der vergangenen Woche beklagten einige Fahrgäste, dass sich Busse verfahren hätten. Andere Reisende freuten sich, die Ersatzbusse führen pünktlicher als die gewohnten Regionalbahnen. Ebenso zufrieden zeigte sich die Deutsche Bahn selbst. „Der Ersatzverkehr ist wie geplant gestartet“, sagte Felix Thielmann, Projektleiter für Neuen Ersatzverkehr bei der DB Regio.

Der Fernverkehr der Riedbahn könne auf gleich zwei Strecken ausweichen, erklärt Alexander Kaas Elias, bahnpolitischer Sprecher des ökologischen Verkehrsclubs VCD der taz. Auf der Trasse zwischen Berlin und Hamburg, wo die nächste Generalsanierung ansteht, gebe es teilweise nur eine einzige, eingleisige Ausweichstrecke. „Hier kommen auf die Fahrgäste dann nicht nur längere Fahrtzeiten zu, sondern auch deutlich weniger Verbindungen.“

Weniger Verbindungen plant die Deutsche Bahn demnächst auch in einer anderen Region – und sorgte damit vor wenigen Tagen für Aufsehen. Ab dem 5. August will der Konzern den Fernverkehr in Nordrhein-Westfalen erheblich einschränken, vor allem auf Strecken, die aus dem Rheinland in Richtung Berlin, Hamburg und Frankfurt am Main führen. Die DB betont, dass sie das Angebot nicht grundsätzlich reduzieren oder Linien streichen wolle. Außergewöhnlich viele Baustellen auf Schienen in ganz Deutschland, insbesondere in NRW wirkten sich jedoch „auf die verfügbare Kapazität auf der Infrastruktur aus“, wie in einem Statement des Konzerns steht. Ab Mitte Dezember sollen demnach wieder alle Züge fahren.

Diese Reduzierung von Verbindungen sei irritierend, schreibt NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer (Grüne) in einem Brief an DB-Vorstand Richard Lutz, der der taz vorliegt – „auch wenn mir die Herausforderungen in der Bahnbranche sehr wohl bewusst sind“. Viele dieser Verbindungen seien erst vor Kurzem als klimafreundliche Alternative zu Flug- oder Autoreisen geschaffen worden. Deshalb dürfe die Ausdünnung kein Dauerzustand werden.

G20 reden über eine globale Reichensteuer

Brasiliens Präsident Lula fordert höhere Belastungen für MilliardärInnen

Von Hannes Koch

Die internationale Mindeststeuer für MilliardärInnen ist diese Woche eines der Themen in der brasilianischen Küstenstadt Rio de Janeiro. Dort treffen sich VertreterInnen der 20 wichtigsten Wirtschaftsmächte weltweit, der sogenannten G20-Gruppe.

Was ist die Milliardärsteuer? Brasiliens Präsident Inacio Lula da Silva, der augenblickliche Vorsitzende der G20-Gruppe, präsentiert einen Vorschlag nach einem Konzept des französischen Ökonomen Gabriel Zucman. Die etwa 3.000 Privatpersonen weltweit, die mindestens eine Milliarde US-Dollar (rund 900 Millionen Euro) besitzen, sollen jährlich mindestens zwei Prozent ihrer Einkommen oder Vermögen an den Staat zahlen. Zucman zufolge brächte dies global zusätzliche Steuereinnahmen von 200 bis 250 Milliarden Dollar. Vor allem wäre es ein Mittel gegen Steuerflucht.

Was spricht für eine Reichen-Steuer? Sehr reiche Privatpersonen zahlen oft deutlich weniger Steuern als NormalverdienerInnen. Das zeigen etwa Statistiken Zucmans und der Europäischen Steuerbeobachtungsstelle. Während beispielsweise in Frankreich ArbeitnehmerInnen zwischen 40 und 50 Prozent ihrer Einkommen an den Staat abtreten, sind es bei den MilliardärInnen nur noch gut 20 Prozent. Ein Grund: Sehr vermögende Personen können sich BeraterInnen leisten, die das Kapital bestmöglich anlegen. So fehlen vielen Regierungen Mittel, um in Bildung, Gesundheit oder Umweltschutz zu investieren. Deshalb sprechen sich PolitikerInnen wie Lula oder Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) für eine Milliardärsteuer aus. Konservative oder liberale Politiker wie Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) halten dagegen, dass Reiche schon hohe Steuern zahlten.

Gibt es aktuell Vorgaben?

In Deutschland wären jährlich 5 bis 17 Milliarden Euro extra drin

Seit 2017 tauschen die Steuerbehörden von mehr als 100 Ländern Informationen über Einkommens- und Vermögensverhältnisse ihrer StaatsbürgerInnen aus. Sie teilen sich zum Beispiel gegenseitig mit, wenn Privatpersonen Kapital ins Ausland transferieren. Nach Angaben der Steuerbeobachtungsstelle ist die Steuervermeidung dadurch um etwa zwei Drittel zurückgegangen. Außerdem gibt es das Abkommen über die Mindestbesteuerung von Unternehmen, die in mehreren Ländern aktiv sind. Diese sollen mindestens 15 Prozent Abgaben auf ihre Gewinne entrichten. Liegt der Steuersatz im Ausland darunter, kann das heimische Finanzamt nachversteuern. Einige Staaten nehmen jedoch nicht teil. Prominentestes Beispiel: „Die USA beteiligen sich am automatisierten Informationsaustausch nur partiell, am Abkommen über die Mindeststeuer für Unternehmen praktisch gar nicht“, sagt Markus Meinzer vom Netzwerk für Steuergerechtigkeit.

Wie verhält sich die EU?

Meinzer: „Spezielle Steuerregeln einzelner EU-Staaten für bestimmte Individuen und Unternehmen sind ein Riesenproblem.“ Die Steuerbeobachtungsstelle nennt etwa Frankreich, Irland, Luxemburg oder Malta, die bestimmte Regeln aushöhlten. Ökonom Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung hat ausgerechnet, dass Zucmans Konzept in Deutschland „zwischen 5 und 17 Milliarden Euro jährlich einbringen“ könnte.

Wäre die Steuer praktikabel?

Experten wie Zucman und Bach sind der Ansicht, dass die Staaten eine Steuer auf Milliardenvermögen durchsetzen könnten, weil sie schon heute über notwendige Basisinformationen verfügen – etwa die Gewinnaufteilung von Firmen zwischen einzelnen Staaten oder Angaben über vererbtes Kapital.

Gibt es politischen Willen?

Dass sehr reiche Privatpersonen und Unternehmen immer noch Steueroasen finden oder Vergünstigungen genießen, liegt daran, dass einzelne Regierungen sich davon mehr Vorteile versprechen als von international koordinierter Besteuerung. Die gespaltene geopolitische Lage verspricht keinen großen Einigungswillen.

Anti-Walfang-Aktivist droht Auslieferung

Der Sea-Shepherd-Gründer Paul Watson ist bei einem Zwischenstopp in Grönland festgenommen worden. Japan möchte den Meeresschützer vor Gericht stellen



Paul Watson auf einer Demo, noch in Freiheit
Foto: Markus Schreiber/ap/dpa

Walfangverbot mit Ausnahmen

Seit 1986 gibt es weltweit ein **Verbot für die kommerzielle Jagd** auf Großwale. Dieses sogenannte Moratorium war einer der größten Erfolge des internationalen Artenschutzes. Aktuell stehen aber immer noch 5 Walarten und 19 Unterarten und -populationen als „vom Aussterben bedroht“ auf der Roten Liste. Einige Länder haben Widerspruch gegen das Moratorium eingelegt: **Aktiv bejagt werden Wale derzeit von Japan, Norwegen und Island.** Daneben gibt es **indigene Gruppen, die für den Eigenbedarf bestimmte Walarten töten** und zu zeremoniellen Zwecken nutzen dürfen. (taz)

Aus Tokio **Martin Fritz**

Die Polizei in Grönland hat den Anti-Walfang-Aktivist Paul Watson festgenommen. Grundlage ist ein internationaler Haftbefehl von Japan gegen den 73-jährigen kanadisch-amerikanischen Staatsbürger. Der Zugriff erfolgte am Sonntag im Hafen Nuuk, der Hauptstadt von Grönland, eine autonome Region von Dänemark. Polizeibeamte enterten das Schiff „John Paul DeJoria“ der Captain Paul Watson Foundation und führten den Tierschützer in Handschellen ab.

Der völlig überraschte Watson wurde offenbar das Opfer einer japanischen List

Das 72 Meter lange Flaggschiff mit 25 freiwilligen Besatzungsmitgliedern legte dort einen Zwischenstopp zum Nachtanken ein. Das Schiff wollte über die Nordwestpassage in den Nordpazifik fahren und dort Japans neues Walfangschiff „abfangen“. Das 9.300 Tonnen schwere und 112 Meter lange Mutterschiff der japanischen Walfangflotte „Kangei Maru“ wurde im März in Betrieb genommen. Es kann bis zu 21 Meter lange Finnwale zerlegen, die mithilfe kleinerer Schiffe auf hoher See geschossen werden. In seine 40 Kühlcontainer passen 15 Tonnen Walfleisch.

Der völlig überraschte Watson wurde offenbar das Opfer einer japanischen List. Der internationale Haftbefehl stammt aus

fang einzusetzen. Nach einem Gerichtsurteil gegen den angeblichen wissenschaftlichen Walfang trat Japan 2019 aus der Internationalen Walfangkommission aus und beschränkte sich auf die Waljagd in den eigenen Küstengewässern. Doch im Mai kündigte die Regierung ihre Absicht an, nach über drei Jahrzehnten die Jagd auf Finnwale wiederaufzunehmen. Bisher dürfen japanische Fischer nur Brydewale, Zwergwale und Seiwale fangen.

Das einzige Walfang-Fabriksschiff der Welt mit einer Reichweite von 13.000 Kilometern folgt auf die „Nisshin Maru“, gegen die Watson einst in den Gewässern vor der Antarktis gekämpft hatte. Seine Stiftung vermutet, dass Japan den Hochseewalfang im Nordpazifik und im Südpolarmeer wieder aufnehmen will, um das 44 Millionen

Euro teure neue Fabrikschiff auszulasten. Die heimliche Reaktivierung des Interpol-Haftbefehls falle daher nicht zufällig mit dem Stapellauf der „Kangei Maru“ zusammen.

Im Mai 2012 wurde Watson schon einmal – in Deutschland – verhaftet, nachdem er bei einer Zwischenlandung auf dem Frankfurter Flughafen festgenommen wurde. Grund war ein in Costa Rica ausgestellter Haftbefehl von 2006. Dort hatte Watson mit Wasserkanonen Fischer in Seenot gebracht, die Haien bei lebendigem Leib die Rückenflossen abtrennten. Die Flossen gelten vor allem in Asien als Delikatesse. Damals stellte auch Tokio sofort einen Auslieferungsantrag. Nach der Zahlung einer Kaution von 250.000 Euro tauchte Watson unter, erhielt später Asyl in Frankreich und reiste 2016 in die USA aus.



Susanne Knechten & Manuel Schubert
Abteilungsleitung Marketing, Kommunikation & Kreation

**NENNEN WIR ES
DEMOKRATIE-
SCHUTZGELD**

Runter von der Bank, rein ins Geschehen!

In der taz Genossenschaft bewegt dein Geld etwas – gegen Rechtsruck und für eine stabile Demokratie. Keine 2,5% Zinsen, dafür 100% Einsatz für unabhängigen Journalismus und eine offene Gesellschaft.

Bereits ab 500 Euro gehört dir so ein Teil der taz und du wirst Miteigentümer*in.
Alle Infos auf taz.de/genossenschaft

Krieg in der Ukraine

Ermordete Iryna Farion in Lwiw beigesetzt

Das Bild eines jungen 20-Jährigen mit schwarzer Jacke, Schlapphut und Sonnenbrille ging am Montag durch alle ukrainischen Medien. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit der Mörder der Philologin, Politikerin und Professorin Iryna Farion, die am 19. Juli vor ihrem Haus ermordet wurde. Nachbarn hatten diesen Mann kurz nach dem Mord als auffälligen Verdächtigen beschrieben, die Überwachungskameras verfestigten diesen Verdacht. Am frühen Montagnachmittag ist Farion in Lwiw auf dem Lytschakowski-Friedhof beerdigt worden, seit über 200 Jahren Ruhestätte bedeutender Persönlichkeiten – Polen und Ukrainer, Russen, Österreicher und Armenier. Zuvor äußerte die ukrainische Schriftstellerin Oxana Sabuschko öffentlich ihre Angst vor einem möglichen von Moskau gesteuerten Terroranschlag bei der Beerdigung. Unterdessen gibt Juri Butusow, Chefredakteur von *Censor.net* zu bedenken, dass der Mord an Farion in erster Linie Russland in die Hände spiele. Die ukrainischen Behörden, so Butusow, müssten nun alles tun, um den Mörder ausfindig zu machen und das Verbrechen aufzuklären. Daran zeige sich, ob der Staat die Lage im Griff habe oder ob ein russischer Agent einfach straffrei im ukrainischen Hinterland Terroranschläge ausführen könne.

Bernhard Clasen, Saporischschja

Drohnenangriff zerstört russische Ölraffinerie

Bei einem massiven ukrainischen Drohnenangriff auf südrussische Grenzregionen ist in der Nacht auf Montag eine Erdölraffinerie in Flammen aufgegangen. Aus ukrainischen Militärkreisen hieß es, den zuvor von russischen Stellen gemeldeten Angriff auf eine Raffinerie in der am Schwarzen Meer gelegenen Stadt Tuapse in der Region Krasnodar habe der ukrainische Militärgeheimdienst mit Drohnen ausgeführt. Bei dem Angriff sei niemand zu Schaden gekommen. Den Angaben aus ukrainischen Militärkreisen zufolge wurde die Raffinerie vom staatlichen russischen Energiekonzern Rosneft betrieben, es werde „derzeit geklärt“, wie stark der Schaden am „militärisch-industriellen Komplex des Aggressorstaats“ sei. Das russische Verteidigungsministerium fing nach eigenen Angaben in der Nacht insgesamt 75 ukrainische Drohnen über grenznahen Regionen ab. Allein 47 davon seien über der Region Rostow abgefangen und zerstört worden, 17 weitere über dem Schwarzen Meer und dem Asowschen Meer. (afp)

Weiteres deutsches Patriot-System im Einsatz

Die Ukraine hat ihre Flugabwehr gegen russische Angriffe gestärkt und fühlt sich ein wenig sicherer. „Die deutsche Patriot ist angekommen“, sagte Präsident Wolodymyr Selenskyj am späten Sonntag in seiner allabendlichen Videoansprache. Deutschland hat der Ukraine drei Patriot-Flugabwehrsysteme zur Verfügung gestellt, das dritte hat nach Selenskyjs Worten wohl Einsatzbereitschaft gemeldet. „Wir werden in der Lage sein, mehr am Himmel zu tun“, sagte Selenskyj weiter. „Natürlich gibt es noch viel zu tun, und der Schutz ist noch lange nicht garantiert, aber es ist dennoch ein Gewinn für die Ukraine.“ Russland überzieht die Ukraine mit immer neuen Luftangriffen. Dabei wird die ukrainische Flugabwehr entweder von sogenannten Kamikaze-Drohnen geprüft, die meist in Wellen angreifen, oder von Raketen- und Luftangriffen mit speziellen ferngesteuerten Gleitbomben, die von Kampfpiloten ins Ziel gelenkt werden. (dpa)

Schuldenerlass in Milliardenhöhe vereinbart

Die Ukraine sichert sich weitere Gelder für den Abwehrkampf gegen Russland. Finanzminister Sergej Martschenko verkündete am Montag eine Grundsatzvereinbarung mit internationalen Gläubigern über ausstehende Anleiheschulden der Ukraine im Volumen von 19,7 Milliarden Dollar. Bestehende Zugeständnisse der Gläubiger laufen in den nächsten Tagen aus. Nun verzichten die Gläubiger auf 37 Prozent der Gelder. Die Ukraine werde damit in den nächsten drei Jahren 11,4 Milliarden Dollar für andere Zwecke zur Verfügung haben, so Martschenko. (rtr)

Nach Washington auf schweren Zionsflügeln

Der israelische Premier will mit seiner Rede vor dem US-Kongress innenpolitisch punkten. Einige Geiselngehörige begleiten ihn, andere wollen dort gegen ihn demonstrieren

Aus Tel Aviv Lisa Schneider

Im brandneuen Regierungsflieger „Flügel von Zion“ macht sich der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu auf in die USA. Mit an Bord ist nicht nur die übliche Armada von Beratern, Sicherheitskräften und mitreisenden Journalisten – sondern auch Angehörige von Geiseln, die sich noch immer in der Gewalt der Hamas befinden, sowie eine befreite Geisel selbst, Noa Argamani.

Die Diskussion um die Mitreise Argamanis und der Angehörigen offenbart, unter welchen innerisraelischen Spannungen Netanjahu seine Reise antritt. Shelly Shem-Tov, Mutter des am 7. Oktober vom Nova Festival entführten Omer, berichtet, sie habe die Einladung des Premiers in letzter Sekunde angenommen. Seit neun Monaten warte sie darauf, dass ihr Sohn zurückkomme.

„Nun habe ich mich entschlossen zu handeln“, sagt sie über ihre Entscheidung. Und:

„Ich fliege, um meinem Schrei und dem aller Familienangehörigen von Geiseln Gehör zu verschaffen. Es ist Zeit, das Abkommen zu unterzeichnen, um sie nach Hause zu bringen.“

Nun sei allerdings nicht die Zeit für eine Reise, sagt hingegen Ayelet Levy Shachar, deren Toch-

Eine „korrupte PR-Kampagne“ für „inländische Zwecke“

Yair Golan

ter Naama am 7. Oktober von dem Armee-Außenposten Nahal Oz entführt wurde. An den Regierungschef gewandt, sagt sie: „Netanjahu, erst ein Deal, dann kannst du reisen.“ Auch Yair Golan, der Chef des neugegründeten linken Parteienbündnisses Die Demokraten, verurteilt Netanjahus Reise deutlich. Sie sei eine „korrupte PR-Kampagne“ für „inländische Zwecke“ und habe nichts mit Israels Bezie-

hung zu „seinem wichtigsten Verbündeten“ zu tun.

Die Unterzeichnung des Abkommens, das Levy Shachar fordert, schien in den vergangenen Monaten oft ganz nah und dann doch wieder fern. Die Hamas soll die Geiseln freilassen, und Israel im Gegenzug dafür – so die Forderung der Hamas – den Kampf in Gaza ganz einstellen. An dieser Forderung der dauerhaften Waffenruhe scheitert der Deal bis heute. Jedes Mal, wenn ein Fortschritt möglich scheint, rudert eine der beiden Parteien zurück – jüngst Benjamin Netanjahu, als er noch weitere vier Bedingungen aufstellte.

Das israelische Militär müsse seine Präsenz im Philadelphia-Korridor an der Grenze zu Ägypten behalten dürfen, erklärt er unter anderem. Und es müsse die Option behalten, in Gaza zu kämpfen, bis seine Kriegsziele erfüllt seien. Diese Ansagen stoßen nach Medienberichten auch bei mit der Causa befassten israelischen Offiziellen und Militärs auf Unverständnis, wie auch bei

vielen Geiselngehörigen selbst.

Andere Vertreter von Angehörigen reisen nun ebenfalls in die USA – nicht mit ihrem Premier, sondern um gegen ihn zu protestieren. Die große Demonstration soll stattfinden, während Netanjahu am Mittwoch vor dem US-Kongress spricht.

Die Rede hält er auf Einladung der US-Republikaner. Und während der republikanische Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Mike Johnson, bereits angekündigt, dass die Polizei jeden festnehmen werde, der versuche, Netanjahus Ansprache zu stören, wollen einige US-Demokraten der Rede ganz fernbleiben. Sie haben angekündigt, Netanjahus Auftritt einfach ganz zu boykottieren und zeigen damit auch, wie kompliziert und vorbelastet das Verhältnis der US-Politik zu Netanjahu ist.

Während der Rücktritt des amtierenden US-Präsidenten Joe Bidens von seiner erneuten Kandidatur um das Amt in den USA für Tumulte sorgt, könnte Netanjahu letztlich davon profitieren, analysiert das israelische Medium *The Times of Israel*. Die Demokraten würden nach dem Rückzug der Kandidatur wohl vermeiden wollen, dass sich die Partei über den Boykott der Rede für die Republikaner einfacher angreifbar macht. Es sei möglich, dass nun weniger Demokraten der Rede fernbleiben. Auch Biden werde sich öffentlich wohl weniger auf die bekannten Meinungsverschiedenheiten konzentrieren – etwa darauf, dass Netanjahu nach wie vor keinen Plan für ein Nachkriegsgaza hat. US-Außenminister Antony Blinken hat derweil angekündigt, dass Netanjahu während seines Besuchs eben diese Pläne für den Gazastreifen skizzieren werde.

Am Donnerstag soll Israel nach zweiwöchiger Unterbrechung an den Verhandlungstisch zurückkehren. Der Premier habe mit ihnen vor seiner Abreise gesprochen, erklärte sein Büro.

Proteste wie diese werden ihm auch in Washington begegnen: Protestierende am Ben-Gurion-Flughafen in Tel Aviv zu Netanjahus Abreise
Foto: Ricardo Moraes/reuters



Brüssel zollt Biden Respekt

Auf dem Treffen der EU-Außenminister sprechen viele ihre Achtung für Joe Bidens Rückzug aus dem US-Wahlkampf aus. Derweil sorgt Viktor Orbán mit seiner „Friedensmission“ für Uneinigkeit

Aus Brüssel Eric Bonse

Es sollte um den Krieg in der Ukraine und die Eskalation im Nahen Osten gehen. Doch beim Treffen der EU-Außenminister am Montag in Brüssel drängten andere Themen nach vorn.

Mit dem Verzicht von US-Präsident Joe Biden auf eine erneute Kandidatur bricht eine tragende Säule der europäischen Außenpolitik weg. Gleichzeitig sorgt Ungarns rechter Regierungschef Viktor Orbán mit seiner eigenmächtigen „Friedensmission“ weiter für Unruhe. Bei beiden Themen tun sich die EU-Politiker schwer. So wollte die wiedergewählte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Abgang Bidens ebenso wenig kommentieren wie Ratspräsident Charles Michel. Das seien innere Angelegenheiten der USA, sagte von der Leyens Sprecher.

Weniger zimperlich war Außenministerin Annalena Baerbock. Schon bei ihrer Ankunft in Brüssel lobte sie Bidens für seine Entscheidung. „Joe Biden stellt die Interessen seines Landes über seine eigenen“, sagte die Grünen-Politikerin. Dafür habe sie „großen Respekt“. Die EU-Länder müssten nun stärker in die Sicherheit investieren, „Europa muss stärker werden“, fügte sie hinzu. Auch der Außenbeauftragte Josep Borrell würdigte Biden. Es mache einen großen Unterschied, wer im Weißen Haus sitze, betonte er mit Blick auf den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump. Mit Trump hatte die EU in der ersten Amtszeit äußerst schlechte Erfahrungen gemacht.

Der französische Außenminister Stéphane Séjourné sagte, Europa werde auch künftig seine Interessen verteidigen – egal wer in den USA regiere.

„Das ist nicht nur im Interesse der Europäer, sondern auch im Interesse der Stabilität der Welt“, unterstrich Séjourné. Das Problem: Die EU hat ihre Außenpolitik auf Biden ausgerichtet; einen Plan B für Trump sucht man vergebens. Das gilt nicht nur für Deutschland, das seine Ukrainehilfe eng mit Washington koordiniert. Auch Polen und die Balten sind auf US-Hilfe angewiesen. Dort mehren sich sogar Stimmen, dass man sich mit Trump arrangieren müsse. Eine Politik gegen die USA dürfe es nicht geben.

Uneinig und unentschlossen sind die Europäer auch in der Frage möglicher Friedensverhandlungen zur Beendigung des Ukrainekriegs. Dies zeigt der Streit über eine „Friedensmission“, die der EU-Ratsvorsitzende Orbán ohne Abstimmung mit der EU gestartet hatte. Orbán hat dabei nicht nur Trump, sondern auch Kremlchef Wla-

dimir Putin, den chinesischen Präsidenten Xi Jinping und den ukrainischen Staatschef Wolodymyr Selenskyj getroffen. In einem Brief an Ratspräsident Michel gibt er sich nun sicher, dass Trump bei seiner Wiederwahl eine Verhandlungslösung mit Putin suchen werde. Deshalb solle die EU ihren Kurs ändern und einen Draht zu Putin suchen.

Doch damit beißt Orbán in Brüssel auf Granit. Es stehe 26 zu eins, hieß es bei dem Treffen der EU-Außenminister. Orbán sei isoliert. Doch bei der Frage, was das für praktische Konsequenzen haben könnte, war man sich dann wieder uneinig. Ein möglicher Boykott sorgt für Streit. Fast anderthalb Stunden diskutierten die Außenminister über mögliche Konsequenzen, ohne Ergebnis. „Die Einigkeit ist nicht größer geworden“, hieß es. Eine Entscheidung wird nun erst nach der Sommerpause erwartet.

Italiens „breites Feld“ gegen Giorgia Meloni

In Italien verbünden sich die traditionell zerstrittenen Mitte-links-Parteien gegen die Rechtsregierung von Giorgia Meloni. Erste Erfolge feiern sie beim Sport

Aus Rom **Michael Braun**

Quer durchs Land waren sie am letzten Wochenende zu sehen: Die Tische, an denen so gut wie alle Parteien des italienischen Mitte-links-Lagers Unterschriften gegen eine wichtige Reform der Rechtsregierung unter Giorgia Meloni sammelten. Nächstes Wochenende soll die Aktion weitergehen, und im August wollen die Oppositionsparteien auch an die Strände ziehen, um die 500.000 nötigen Unterschriften zu sammeln.

Die Reform soll in Zukunft Schul-, Gesundheits- und Energiepolitik, aber auch Verkehrsplanung und Industriepolitik den Regionen übertragen. In dem ökonomisch und sozial gespaltenen Land fürchten viele, dass damit die Kluft zwischen dem prosperierenden Norden und dem abgehängten Süden noch weiter wachsen wird.

Ungewöhnlich ist dabei, dass diesmal fast das ganze Mitte-links-Lager an einem Strang zieht, von der radikal linken Allianz der Mitte-links-Parteien über die gemäßigt linke Partito Democratico (PD) und die Fünf Sterne bis hin zu den kleinen Mitte-Parteien +Europa und Italia Viva. Damit sitzen Kräfte in einem Boot, die sich in der Vergangenheit immer wieder bekämpft und so auch 2022 Melonis Wahlsieg ermöglicht hatten. Melonis Rechtsallianz holte damals 44 Prozent der Stimmen, alle Mitte-links-Parteien insgesamt 47 Prozent. Doch während die Rechte geeint angetreten war, präsentierte sich das Mitte-links-Lager gespalten in drei Formationen: die PD im Bund mit AVS, die Fünf Sterne allein, Italia Viva im Pakt mit einer anderen kleinen Mitte-Partei. Und da in Italien mehr als



Giorgia Meloni schaut skeptisch rüber zum Mitte-links-Bündnis
Foto: abacapress/imagio

ein Drittel der Parlamentssitze in Personenwahlkreisen vergeben werden, räumte die Rechte dort ab und hat heute mit 44 Prozent der Wahlstimmen 60 Prozent der Sitze in Abgeordnetenhaus und Senat.

Die Spaltungen haben eine lange Tradition. Matteo Renzi, bis 2018 PD-Vorsitzender, hatte 2019, angesichts des Linksrucks der PD, seine eigene Kleinpartei Italia Viva gegründet. Auf der anderen Seite hatten sich PD und Fünf Sterne über Jahre in gegenseitigem Hass verbunden gezeigt. Zwar hatten sie von 2019 bis 2022 gemeinsam in der Regierung gesessen, dann aber vor den Parlamentswahlen 2022 wieder den Bruch vollzogen.

Elly Schlein, seit Februar 2023 amtierende PD-Vorsitzende, darf für sich beanspruchen, an der Überwindung der Gräben zu arbeiten. Die 38-jährige erklärte

Renzi-Gegnerin mit klarem linkem Profil schaffte es, in der eigenen Partei zum ersten Mal seit rund 10 Jahren wieder Einigkeit herzustellen. Und sie arbeitet genauso beharrlich daran, das gesamte Oppositionslager zu einen. „Stur für die Einheit“ sei sie, erklärt Schlein immer wieder, und gemeinsam mit den Fünf Sternen und der radikal linken AVS trieb sie in den letzten Monaten Kampagnen für den gesetzlichen Mindestlohn und gegen die Kürzungen im öffentlichen Gesundheitswesen voran. Ihr Rezept: „Keine Personalismen, sondern Themen“ müssten im Mittelpunkt des Dialogs zwischen den Mitte-links-Parteien stehen. Die Rechnung scheint aufzugehen. Bei der jetzt begonnenen Unterschriftensammlung ist plötzlich auch Matteo Renzi im Boot. Letzte Woche hatte er, der immer gegen

Schlein und den Fünf-Sterne-Chef Giuseppe Conte polemisiert hatte, in einem Zeitungsinterview überraschend erklärt, das Bündnis mit PD und Fünf Sternen sei „die einzige Alternative, wenn wir nicht auf Jahre Giorgia Meloni behalten wollen“.

Zumindest auf dem Fußballfeld funktioniert das Schema Campo largo, das „breite Feld“ bereits. Als letzte Woche bei einem Benefizspiel eine Politiker*innenmannschaft gegen ein Team von italienischen Popstars antrat, spielten Schlein, Conte und Renzi gemeinsam im Sturm, samt von Schlein auf Steilvorlage von Renzi geschossenem Tor. Das wurde zwar wegen Abseits aberkannt – doch die beiden umarmten einander, als hätten sie immer schon davon geträumt, endlich zusammen auf Sieg zu spielen.

Politdynastien im Clinch

In den Philippinen sind aus den mächtigen Familienclans der Dutertes und Marcos' längst erbitterte Gegner geworden. Sie hatten die letzten Wahlen als politische Verbündete noch haushoch gewonnen

Von **Michael Lenz**,
Kuala Lumpur

Der philippinische Präsident Ferdinand Marcos Jr. hat am Montag im Parlament die jährliche „Rede zur Lage der Nation“ gehalten. SONA, wie die „State of the Nation Address“ in den Philippinen genannt wird, ist der jährliche Höhepunkt des Politikbetriebs und ein gesellschaftliches Megaereignis. Neben Abgeordneten und Vertretern weiterer Verfassungsorgane nahmen 2000 geladene und feierlich gekleidete Gäste aus Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur teil.

Zwei Damen stachen dabei hervor: die Präsidentenschwester und Senatorin Imee Marcos durch ein grün-goldenes langes Kleid im traditionellen „Baro at say“-Stil im Design einer historischen Rüstung plus goldener Krone auf dem Kopf. Und Vizepräsidentin Sara Duterte. Die glänzte durch demonstrative Abwesenheit. Ihre ganze Verachtung für Marcos Jr. machte die Tochter des Expräsidenten Rodrigo Duterte am Montag mit der Ankündigung deutlich, nicht einmal die Liveübertragung verfolgen zu wollen.

Im Wahlkampf 2022 waren Marcos Jr. und Sara Duterte mit ihren jeweiligen Politclans noch ein Herz und eine Seele. Ihr „Team der Einheit“ gewann mit einem Erdrutschsieg. In den Philippinen werden Vizepräsidenten direkt vom Volk gewählt, haben aber keine andere Funktion, als im Falle des Todes oder der Amtsunfähigkeit des Staatsoberhauptes die Macht zu übernehmen. Traditionell beruft der Präsident den Vizepräsidenten aber in ein Ministeramt. Duterte wurde Bildungsministerin.

Seit Ende 2023 ist es aber mit der Einheit vorbei und die Kluft zwischen den beiden Familienclans wurde seitdem immer tiefer. Streitpunkte waren unter anderem die Ablehnung eines Geheimetats für Duterte durch das Parlament sowie die von Marcos befürwortete Verfassungsreform zur Lockerung der Regeln für ausländische Investitionen. Außenpolitisch sorgte die Wiederbelebung des Bündnisses mit den USA durch Marcos für Konflikte. Präsident Duterte hatte sich von den USA ab- und China zugewandt.

Ihren Machtkampf tragen die beiden Clans auch mit Dif-

famierungen aus. Rodrigo Duterte warf Marcos vor, Drogen zu konsumieren. Marcos konterte kühl: „Ich denke, es ist das Fentanyl.“ Duterte macht keinen Hehl daraus, dass er seit vielen Jahren regelmäßig das starke und süchtig machende Schmerzmittel Fentanyl einnimmt.

Wenige Stunden vor SONA kursierte im Internet ein Video, das Marcos bei Drogenkonsum zeigen soll. Für einen politischen Paukenschlag sorgte Sara Duterte bereits im Juni mit ihrem überraschenden Rücktritt als Bildungsministerin. Ihr Rückzug aus der Regierung Marcos ist ein politischer Schachzug, um die Bühne für einen potentiellen Machtkampf zwischen den Dutertes und Marcoses für die kommenden Zwischenwahlen zu bereiten. 2025 werden das Abgeordnetenhaus, die Provinzgouverneure, Stadt- und Gemeindebürgermeister sowie Kommunalvertretungen gewählt und damit die Weichen für die wichtigere Präsidentschaftswahl 2028 gestellt.

Da die Verfassung Präsidenten und Vizepräsidenten keine zweite Amtszeit erlaubt, können 2028 nach Ansicht vieler Be-

obachter zwei Frauen das Bewerberfeld anführen: Sara Duterte und Imee Marcos, deren Krone zur SONA ihres Bruders durchaus als Symbol des Machtanspruchs gedeutet werden kann.

Marcos' diesjährige Ansprache dominierten innenpolitische Themen wie Bildung, Digitalisierung, Klima, Kampf gegen die ausufernde Kriminalität und angesichts des schwellenden Territorialkonflikts mit China im Südchinesischen Meer die Stärkung von Armee und Küstenwache.

Mit stehendem Applaus und Jubelrufen wurde die Ankündigung von Marcos gefeiert, das Geschäft der „Philippinischen Offshore-Glücksspielbetreiber“ (POGOs) bis zum Jahresende einzustellen. Zugleich wies er das Arbeitsministerium an, neue Arbeitsplätze für die philippinischen Mitarbeiter der POGOs zu finden. Die seit Präsident Duterte boomenden POGOs werden auf den Philippinen weithin als Ausdruck der kriminellen Unterwelt wie als Symbol für staatlich geförderte chinesische Investitionen gesehen.

Über die Dutertes verlor Marcos Jr. jetzt kein Wort.

Zwei Tage Pause bei Protesten in Bangladesch

Bisher mindestens 163 Tote und 532 Festnahmen bei Eskalation der Gewalt bei Antiquotenprotesten

Von **Natalie Mayroth**, Mumbai

In Bangladesch hat die wichtigste Organisation hinter den massiven Studierendenprotesten ihre Demonstrationen vorübergehend unterbrochen. Sie würden für 48 Stunden ausgesetzt, sagte der Anführer von Students Against Discrimination, Nahid Islam, am Montag der Nachrichtenagentur AFP. Laut Polizei wurden bisher 532 Menschen bei den Protesten festgenommen. Getötet wurden nach einer AFP-Zählung mindestens 163 Menschen.

Seit einer Woche haben die Proteste Bangladesch in Atem gehalten. Am Sonntag lenkte das Oberste Gericht ein und reduzierte die umstrittene Jobquote für Angehörige von Unabhängigkeitskämpfern im Staatsdienst stark. Die Wiedereinführung dieser Quote hatte junge Menschen auf die Straße getrieben. Das Gericht entschied, dass begehrte Stellen im öffentlichen Dienst nur zu fünf statt 30 Prozent an jene Gruppe gehen. Zwei weitere Prozent sind für Minderheiten, Menschen mit Behinderungen und trans Personen vorgesehen.

Doch inzwischen fordern Protestierende, dass die Regierung auch die Verantwortung für die Gewalt übernimmt. Die Frage der „Quoten“ scheint nicht mehr im Mittelpunkt zu stehen. Mehrere Studentenfürher:innen sollen davor bedroht und festgenommen worden sein. Von einer Entwarnung kann deshalb noch keine Rede sein, der Unmut bleibt. Laut Professorin Naomi Hossain von der SOAS University of London sehe oder bemerke die Regierung nicht, dass sie jeglichen Rückhalt in der Bevölkerung verloren habe. Die Regierung erklärte, sie habe eine Kommission eingesetzt, um die Todesfälle zu untersuchen. Sie macht politische Gegner für die Eskalation verantwortlich.

Die oppositionelle Nationalpartei BNP forderte den Rücktritt von Premierministerin Sheikh Hasina. Die Proteste seien Ausdruck aufgestauter Frustration über eine schwächelnde Wirtschaft, Inflation, Preissteigerungen, Korruption sowie die Aushöhlung der Meinungsfreiheit und des Wahlrechts, sagte der im Exil lebende BNP-Funktionär Tarique Rahman auf X. Bislang bot Hasinas Partei Awami-Liga der Bevölkerung – trotz Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit – eine gewisse Stabilität. Jetzt könnte sich diese Wahrnehmung geändert haben.

meinung + diskussion 12



Äthiopien

Tausende Flüchtlinge bekommen digitale Ausweise

Die Regierung von Äthiopien und UN-Hilfswerke haben eine positive Bilanz der Ausgabe digitaler Personalausweise an Geflüchtete gezogen. 6.750 Menschen hätten seit Ende 2023 die biometrischen Identitätskarten erhalten, teilten die Behörden mit.

Das Programm startete in der Hauptstadt Addis Abeba und wird nun auf Alemwach im nördlichen Bundesstaat Amhara und in Tsore im nordwestlichen Bundesstaat Benishangul-Gumuz ausgeweitet. Geflüchtete erhalten ähnlich wie äthiopische Staatsbürger eine 12-stellige Identitätsnummer, genannt „Fayda“, auf biometrischen Ausweisen. „Dies erleichtert die Bewegungsfreiheit und gibt Flüchtlingen Zugang zu essenziellen Diensten, was ihre Integration in die Gesellschaft fördert“, sagt Kristin Halvorsen vom UN-Kinderhilfswerk Unicef. Es geht um Schulbildung und Arbeitsplätze, oder auch um die Eröffnung von Bankkonten.

Äthiopien beherbergt über eine Million Flüchtlinge, zumeist aus Südsudan, Somalia und Eritrea. Auf dem Weltflüchtlingsgipfel 2023 hatte Äthiopien zugesagt, mit dem neuen ID-System 814.000 Flüchtlinge zu erreichen.
Adane Bikila, Addis Abeba



debatte

Freiwilliges Händebinden

Weil Deutschland an der Schuldenbremse festhält, wird die Ukraine-Hilfe auf ein wackliges Konstrukt gestützt – und gegen soziale Projekte ausgespielt

Seit Monaten steht er auf der deutschen innenpolitischen Agenda auf Platz eins: der Haushalt. Es war klar, es würde schwierig werden. Aufgrund der Weigerung der FDP, an der Schuldenbremse zu rütteln, war ebenfalls schon im Vorfeld klar, dass priorisiert werden muss – dass es unrückbare Posten gibt und Dinge, bei denen man sich darauf verlässt, dass sich vielleicht noch etwas Kleingeld in der Sofaritze findet. Vor dem Hintergrund, dass die Spitzen der deutschen Politik seit zweieinhalb Jahren ihren Wählern immer wieder erklären, dass die Unterstützung der Ukraine im ureigenen deutschen Sicherheitsinteresse ist, der beste Schutz vor Russland und obendrein noch moralisch richtig und völkerrechtlich eindeutig, würde man denken, die Ukraine stünde im Haushalt auf der Liste der festen Prioritäten.

De facto macht Deutschland mit diesem Haushalt die Ukraine-Unterstützung von Orbáns Zustimmung abhängig

Nun hat die Bundesregierung einen Haushalt im Kabinett beschlossen und es stellt sich bei näherer Betrachtung heraus: Ausgerechnet die Finanzierung der angeblich obersten außenpolitischen Priorität haben die Spitzen von FDP, SPD und Grünen auf besonders wacklige Beine gestellt. Dort ist zu lesen: Die Bundesregierung gehe davon aus, dass „die Ukraine mit Hilfe der von den G7 beschlossenen und sich in der Umsetzung befindlichen zusätzlichen Finanzhilfe im Umfang von circa 50 Milliarden US-Dollar einen wesentlichen Teil ihres militärischen Bedarfs decken wird.“ Das spiegelt sich im Rest des Haushalts wider, denn die Waffenhilfen für Kyjiw wurden fast um die Hälfte gekürzt. Die Mittel für humanitäre Hilfe werden ebenfalls halbiert – was Kyjiw als einen der größten Empfänger humanitärer Hilfe wiederum besonders trifft. Ähnliches gilt für die Kürzungen im Entwicklungsministerium, welche auch die Ukraine betreffen.

Die im G7-Kreis beschlossenen 50 Milliarden Dollar (ungefähr 46 Milliarden Euro) an Hilfe für die Ukraine sollen durch die sogenannten „windfall profits“ aus eingefrorenem russischem Vermögen abgesichert und zurückgezahlt werden. So solle Russland selbst für den Wiederaufbau der Ukraine zahlen. So weit, so gut. Allerdings: Diese Pläne existieren derzeit nur auf dem Papier. Wie genau die Erträge genutzt werden können, muss erst einmal rechtlich geprüft werden. Es ist beispielsweise noch zu klären, was passiert, wenn aufgrund einer ausbleibenden Verlängerung der Russland-Sanktionen auf EU-Ebene – beispielsweise durch ein ungarisches Veto – eingefrorenes Vermögen aufgetaut wird und die erwarteten Profite ausbleiben. De facto macht Deutschland hiermit die gesicherte Unterstützung für die Ukraine von Orbáns Zustimmung abhängig.

Die Hilfen für die Ukraine wurden nicht ersatzlos gestrichen. Das allein ist beachtlich, ge-

rade in Anbetracht der weiteren haushaltspolitischen Entscheidungen bei den Themen Außenpolitik und Verteidigung, die stark reduziert oder, im Fall des Verteidigungsministeriums, nicht wie gefordert aufgestockt wurden. Doch solange unklar ist, wann und wie die G7-Staaten das Geld tatsächlich mobilisieren, wäre der verantwortungsvolle Umgang mit den erwarteten Mitteln gewesen, diese als eventuellen „Bonus“ zu betrachten.

Weitere nötige Ukraine-Hilfen sind damit nicht garantiert. Und dies zu einem Zeitpunkt, an dem eine zweite Amtszeit von Donald Trump nach dem kürzlichen Attentat auf ihn so wahrscheinlich wie nie erscheint. Sein vor kurzem ernannter Kandidat zum Vizepräsidenten, J. D. Vance, vertritt prominent, dass Europa für seine eigene Verteidigung aufkommen muss und wirbt offen dafür, die Ukraine nicht länger militärisch zu unterstützen. Durch Joe Bidens Rückzug werden die Karten zwar neu gemischt – doch seit Monaten herrscht Konsens darüber, dass sich Europa auch unter einer erneuten demokratischen Präsidentschaft stärker an der eigenen Verteidigung und der Unterstützung der Ukraine beteiligen muss.

In einer solchen Situation die eigene Handlungsfähigkeit und Flexibilität zur Unterstützung der Ukraine auf unsicheren Boden zu stellen, ist grob fahrlässig. Natürlich kann man sagen: erst mal abwarten. Sollte Trump gewählt werden, wird über den Haushalt neu nachgedacht und möglicherweise weitere Unterstützung für die Ukraine freigegeben. Sollte das der Fall sein, setzte sich wieder einmal die Politik des letzten Drückers durch – obwohl es nach zweieinhalb Jahren an der Zeit wäre, die „Pakete“-Logik der Ukraine-Unterstützung in einen ständigen Fluss an Geldern und Militärmitteln umzuwandeln.

Somit sendet Berlin mit diesem Haushalt ein fatales Signal in die EU und darüber hinaus: Auch die Bundesregierung stellt am Ende, wenn es Spitz auf Knopf kommt, andere Prioritäten über die Ukraine-Unterstützung. Damit verspielt Deutschland wieder Vertrauen, das in Kyjiw, im Baltikum und in Polen nach Jahren völlig fehlgeleiteter Russlandpolitik erst langsam wieder entstanden ist. Und auch im Kreml lehnt man sich wieder entspannt zurück, bestätigt in der Annahme, dass die Entschlossenheit der westlichen Unterstützung der Ukraine ein Verfallsdatum hat. Auch von Berlin hängt ab, wie der russische Angriffskrieg weitergeht; nun bindet sich die Bundesregierung freiwillig die Hände.

Es war klar: Dieser Haushalt wird niemanden zufriedenstellen und komplizierte Abwägungen erfordern. Aber dieser Befund führt zur Frage zurück, warum in einer Zeit, in der die Schienen marode und Krankenhäuser unterfinanziert sind, während die Klimakrise fortschreitet, sich die Bundesregierung eines der kreditwürdigsten Länder der Welt solche Fesseln anlegt. Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form führt so zu einer an Zynismus kaum zu überbietenden Debatte, in der suggeriert wird, man müsse sich eben entscheiden zwischen stabilen Renten und dem Schutz ukrainischer Kinderkrankenhäuser. Wer sowohl in Sicherheit leben möchte, als auch Rente beziehen und den Kürzeren. Das ist einfach nur verantwortungslos.



Julia Friedrich forscht am Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin zu sicherheitspolitischen Fragen mit Bezug auf Russland und die Ukraine. 2022 bis 2023 war sie für die EU-Beratungsmission in der Ukraine in Kyjiw tätig.

Sven Hansen über die Proteste in Bangladesch

Berechtigte Fundamentalkritik

Mit einer Ausgangssperre, zwei verordneten Feiertagen, Internetblockaden, Massenverhaftungen, heftiger Militärgewalt bis hin zum Schießbefehl ist es der Regierung in Bangladesch gelungen, die massiven Proteste der vergangenen Woche einzudämmen. Besonders hilfreich dürfte die vorgezogene Entscheidung des Obersten Gerichts vom Sonntag gewesen sein, das den Forderungen der Protestbewegung nach Abschaffung des als ungerecht empfundenen und wieder eingeführten Quotensystems weitgehend entgegenkam.

Die größten regierungskritischen Proteste in Bangladesch seit der Unabhängigkeit 1971 verdeutlichen der Welt die tiefe politische Krise des Landes. Diese ist samt der Ursachen trotz des Abflauens der Proteste überhaupt nicht zu Ende. Die Regierung der seit 2009 regierenden und immer autoritärer werdenden Ministerpräsidentin Sheikh Hasina hatte selbst noch Öl ins Feuer gegossen. Sie ließ nicht nur die Mitglieder der Studentenorganisation ihrer Partei gewaltsam gegen die zuerst friedliche Protestbewegung vorgehen.

Hasina beschimpfte die Demonstranten auch noch pauschal als Kollaborateure mit dem früheren Kriegsgegner (West)Pakistan. Sie scheint damit nicht anerkennen zu wollen, warum die ihre Partei bevorzugenden Quoten für Veteranenkel und -kinder der Unabhängigkeitskämpfer 53 Jahre nach der Staatsgründung als ungerecht empfunden werden.

Dabei war es Hasina zunächst gelungen, vor allem mittels Textilexporten einen Wirtschaftsboom zu erreichen und damit dem armen Land die Hoffnung auf Wohlstand zu geben. Doch dies kollabierte in der Coronakrise und der dann folgenden Inflation. Zu Jahresbeginn ließ sich die Regierung im Amt bestätigen, nachdem sie zuvor die Bedingungen der Wahl so unfair gestaltet hatte, dass die Opposition erneut boykottierte. Die Proteste sind deshalb längst zu einer Fundamentalkritik an der zunehmend selbstherrlichen Regierung geworden. Leider ist die auch zur Gewalt neigende und mit Islamisten paktierende Opposition keine wirkliche Alternative.

ausland 11

Jan Feddersen über HIV und Aids

Let's talk about Sex

Aids ist keine Bagatellinfektion, auch wenn das Thema inzwischen kaum mehr Aufregung verbreitet als der Ausbruch einer Schweinegrippe irgendwo in Europa. Oder anders formuliert: Aids, die potentiell tödliche Infektionskrankheit, ist ziemlich weit weg. Weniger als 2.000 Menschen stecken sich jährlich mit dem HI-Virus an. Aber sie sind durch eine Fülle von Medikamenten so geschützt, dass es bei ihnen nicht zu einem Zusammenbruch des körpereigenen Immunsystems kommen muss.

Aids ist zu einer Langfristerkrankung geworden, wie es Diabetes schon lange ist: Jene, die erkrankt sind, müssen sich lebenslanglich medikamentös einstellen, aber geheilt werden sie durch pharmakologische Interventionen im Leben nicht mehr. Zu einer Pandemie ist Aids in volkswirtschaftlich wohlhabenden und gesellschaftlich liberalen Staaten nie geworden. Und das, weil vor allem schwule Betroffene der Pharmaindustrie vor 40 Jahren Beine gemacht haben, damit diese aus durchaus an Homosexuellen desinteressierten Gründen nicht mit der Entwicklung von Medi-

kamenten aufhört.

Der Fortschritt in Sachen Aids-Bekämpfung war auch die Folge von sexueller Aufklärung: Wer Prävention wollte, musste über sexuellen Praktiken sprechen. In Ländern wie Russland und Belarus, aber auch in arabischen und afrikanischen Staaten, in denen Minderheiten, schwule Männer, Sexarbeiterinnen*, Drogenabhängige verfolgt und stigmatisiert werden, konnten die Infektionskrankheit nicht eingedämmt werden. Allein deshalb, weil Homosexualität dort so repressiv diskriminiert und jede Aufklärung über Infektionswege sowie ihre Verhütung verhindert wird. Es ist nicht verwunderlich, dass solche Länder höchste Infektionsraten aufweisen.

Das ist die wichtigste Botschaft, die von der 25. Welt-Aids-Konferenz in München ausgehen sollte. Sie ist bedeutender als jedes Reden über pharmakologische Fortschritte: Wer Aids nicht grassieren lassen will, muss öffentlich über Sexuelles sprechen. Das wäre eine politische Botschaft von Wucht – keine andere verdient es, so deutlich formuliert zu werden.

Erich Rathfelder über die Rolle Serbiens in der Energiewende

Rehabilitation für Putin-Freund

Lithium heißt der Stoff, der für die Energiewende in Europa ausschlaggebend wichtig ist. Ein willkommener Anlass für Berlin und Brüssel, unnötigen Ballast in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte abzuwerfen? Um an den von der Autoindustrie und den Batterieproduzenten so sehnsüchtig erwünschten Rohstoff zu kommen, scheint man in den liberalen Demokratien Europas auch bereit zu sein, den autokratischen Positionen des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić entgegenzukommen.

Dem serbischen Präsidenten ist es gelungen, aus dem Lithiumvorkommen in Serbien bestmögliches Kapital zu schlagen. Der wegen seiner Putin-Nähe, seiner repressiven Innenpolitik und seiner nationalistischen Rhetorik scharf kritisierte Staatschef hat es geschafft, die von ihm lange verhohlene EU und das von ihm oftmals verdammte „feindliche“ Deutschland als Bündnispartner zu gewinnen. Wie jetzt öffentlich wurde, hat er dabei finanzkräftige Unterstützung: Die australische Rio Tinto Company, der größte Lithiumproduzent der Welt, kooperiert

schon seit längerem mit Vučićs Serbien, um im Jadartal Lithium abzubauen.

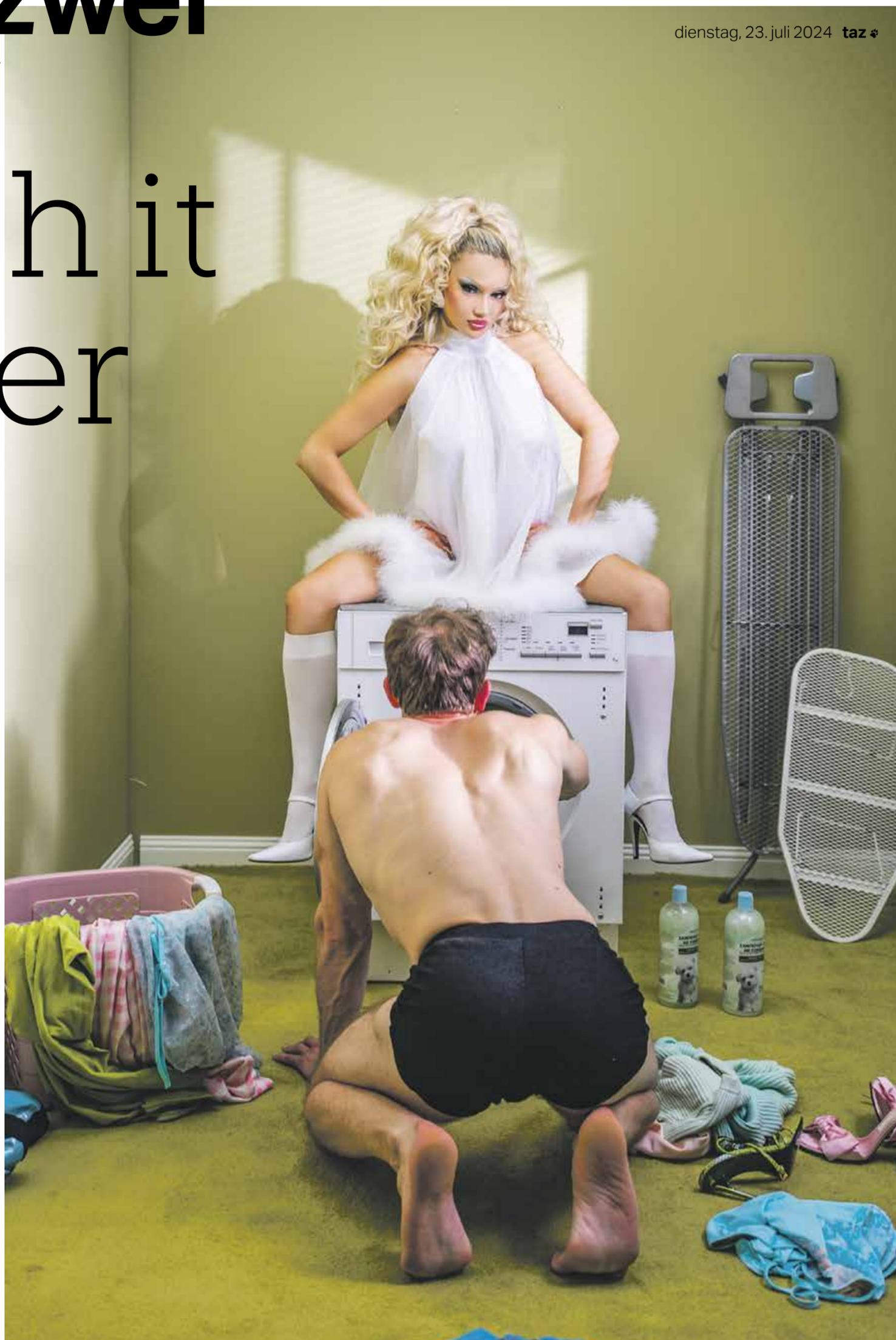
Dahinter stehen strategische Entscheidungen. Vor allem die deutsche Autoindustrie braucht Lithium. Serbien spielt zwar mit China und Russland. Doch Vučić hofft bei einem Lithiumdeal zwar auch auf Investitionen, aber vor allem auf ein europäisches Entgegenkommen in der Bosnien- und Kosovopolitik. Um Serbien zu gefallen, könnten im Gegenzug Grundsatzzpositionen der EU zu Menschenrechten und der Geschichtsinterpretation aufgegeben werden. Schon jetzt beginnen EU-Diplomaten, Opfer und Täter auf eine gleiche Stufe zu stellen. Steht der Westen noch hinter der Souveränität Bosniens und des Kosovo?

Vor allem aber die Umweltbewegung in Serbien ist enttäuscht – ganze Landstriche werden wohl mit der Lithiumproduktion verwüstet werden. Vor drei Jahren führten die Proteste zu einer riesigen politischen Bewegung gegen Vučić, dessen Machtgefüge zu wackeln begann. Insbesondere die deutschen Grünen werden wohl einen neuen Grundsatzzkonflikt auszutragen haben.

talkshow

Push it Tiger

Der neue Song der Rapperin Shirin David heißt „Bauch, Beine, Po“. Heiß diskutiert wird, ob sie darin den Trend zu dünnen Körpern propagiert oder alles Satire ist



Immer nie ganz eindeutig in ihrer Message: Shirin David Foto: Tobias Kloek/universal music

Von Mengna Tan

„Bauch, Beine, Po“ heißt der neue Hit. Kein Witz. Was wie ein Work-out aus den Urzeiten des Aerobics klingt, ist der Titel eines neuen Songs von Shirin David, einer der zurzeit populärsten deutschen Rapperinnen.

Darin singt sie beispielsweise:
„Du willst ein'n Body?
Dann musst du pushen
Bist du ein Hottie.
Werden sie gucken
Geh ins Gymmy, werde skinny, mach
daraus eine Show
Wir sind pretty im Bikini, das ist
Bauch, Beine, Po.“
Die erst am 26. Juli offiziell erschei-

nende Single geht auf Tiktok bereits viral. Unter anderem auch, weil heiß diskutiert wird, ob der Song problematische Körperbilder promotet oder als Satire gemeint ist.

Wer im Subtext der Lyrics eine Botschaft findet, die den Skinny-Bikini-Body-Kult kritisiert, verspottet oder übermäßig humoristisch überzeichnet oder anderes subversives Potenzial entdeckt: herzlichen Glückwunsch.

Allein die Kommentarspalten unter dem kurzen Video zu dem Song, das vorab schon zu sehen ist, scheinen den Song aber nicht als Satire zu erkennen: Kommentare wie „Meld' mich wegen dem Song jetzt im Fitnessstudio an“ oder „Der Song macht einfach Bock,

sich sportlich zu betätigen“ findet man dort und die werden von Shirin Davids Accountmanagern auch gelikt. Die Botschaft scheint anzukommen: ein hotter Body ist geil, Fitness ist geil, Disziplin, Fleiß und Selbstopfimerung für einen hotten Body ist megageil.

Damit liegt Shirin Davin im Trend. Sie propagiert in ihrem Song das, was als Clean-Girl-Ästhetik bekannt ist. Das Clean-Girl-Phänomen steht für ein ungeschminktes, makelloes und dünnes Aussehen, was paradoxerweise durch ein geeignetes Make-up hergestellt wird: Make-up-Produkte wie Lippenöle von Dior, teure Gegenstände wie der Thermobecher der Marke Stanley oder Reformer-Pilates-Kurse, wo eine Stunde

schon mal 30 Euro kosten kann, werden im Zuge dieses Trends vermarktet.

Der Clean-Girl-Lebensstil gilt deshalb als klassistisch und fettfeindlich. Klassistisch, weil es mit einem sehr teuren Lebensstil verbunden ist, und fettfeindlich, weil es Teil der Ästhetik ist, dünn zu sein.

Auch Shirin David protzt in ihrem Songs mit einem luxuriösen Lebensstil. In „Bauch, Beine, Po“: kombiniert sie Zeilen wie „Zum Frühstück ein'n Champagner bei Bottega Veneta“ mit sexy Work-out-Sprech: „Atme ein, atme aus, das war noch nicht genug, push it, tiefer, komm, noch zwei, gib nicht auf, verdammt, du machst das gut, push it, Tiger“.

Interessant ist, dass Shirin David der Cleangirl-Ästhetik so gar nicht entspricht. David inszeniert sich stets in opulenter Kleidung und imitiert einen luxuriösen Lebensstil mit viel Bling-Bling. Irgendwie mag das nicht so recht zur „Bauch, Beine, Po“-Disziplin passen. Bedient sie sich nur eines Trends, um sich besser vermarkten zu können? Oder ist das ganze eine Provo-Masche, die sich nie eindeutig interpretieren lässt? Setzt sie darauf, dass sich jetzt alle über sie aufregen?

Musikalisch hat der Song jedenfalls Ohrwurm-potenzial. Nicht unwahrscheinlich, dass er bald in allen Gyms rauf und runter laufen wird.



Mit der Simson durch den braunen Schlamm
Foto: Jessica Ramczik

Zwischen Pferdestärke und White Power

Im sächsischen Zwickau findet jährlich das größte Simson-Treffen Deutschlands statt. Tuner dort teilen nicht nur die Liebe zu den Mopeds, sondern auch zu rechten Ideologien

Aus Zwickau **Jessica Ramczik**

Wer aus dem dörflichen Osten kommt, kennt das Geräusch: das schrille Dröhnen eines Simson-Zweitakters, das nachts in der Ferne verhallt und kurz aussetzt, wenn an einem Hügelchen ein Gang nach unten geschaltet werden muss oder man kurz die Hand vom Gas nimmt. Meistens gefahren von jemandem, der es noch eilig nach Hause schaffen wollte, dorthin, wo kein Bus mehr fährt. Wer davon nostalgische Gefühle bekommt, für den gibt es sogenannte Simson-Treffen. Das bundesweit größte ist der viertägige STZ, der Simsontreff Zwickau auf dem Zwickauer Flugplatz.

Die Simson S 51 – gebaut im volkseigenen Betrieb Fahrzeug-

und Jagdwaffenwerk „Ernst Thälmann“ in Suhl – wurde zwischen 1980 und 1991 etwa 1,6 Millionen Mal produziert. Der Neupreis begann bei 1.200 Ostmark, umgerechnet etwa 120 Euro. Heute bekommt man eine gut erhaltene Simson S 51 für rund 3.500 Euro. Die Farben unterscheiden sich je nach Modell: Erzianblau, Feuerrot, Apfelgrün, Billardgrün und Saharagelb.

Im infrastrukturell schwachen Osten wurde die „Simme“ eine Selbstverständlichkeit: Wo kein Bus fuhr, da war Mutti oder Vatis alte „Simme“. Und die wird bis heute gepflegt, lackiert, getunt. Es geht um Leistung und Geschwindigkeit: Laut lokalen Zeitungsberichten sollen junge Männer schon mit annähernd 125 km/h auf einer vogtländischen Landstraße erwisch worden sein. Vor allem aber ist die Simme kein „Plastik-

roller“, in Zwickau synonym für ein minderwertiges Moped. Die Simson S 51 kann mehr: Statt der üblichen 45 km/h darf man auf ihr 60 km/h fahren.

Am westlichen Stadtrand, auf dem Flugplatz, der groß genug für die 3.000 Camper und 6.000 Tagesgäste ist, findet das STZ statt. Was ein bisschen wie eine Mischung aus Mad Max und Dorrfest daherkommt, ist ein Festival für Simson-Fans. Neben den üblichen Rennkategorien gibt es Wettbewerbe für Leistung und bestes Tuning. Es riecht nach Benzin. Sekundlich braust jemand auf seinem Moped vorbei. Organisiert wird das STZ von Dominik Würfel. Er nennt es sein viertes Kind. Mit 16 Jahren fing er an, Simson-Fans zu versammeln, damals mithilfe seines Vaters. 2002 war das. Später organisierte er das STZ dann allein und heute mit einem 70-köpfigen Team.

Gegen die unerbittliche Sonne und die fehlenden Bäume auf dem Segelflugplatz helfen Fischerhüte mit der Aufschrift „Ostdeutschland“, selbstverständlich in Fraktur, und schnelle Brillen wohl am besten. Unter ihnen wird gegrölt, gesoffen, am Gashahn gerissen, gemeinsam auf dem Zeltplatz durch eine gemeinschaftlich erzeugte Pfütze gefahren und sich darin gebadet.

Doch es gibt auch jene, die nicht nur wegen des Bieres und der Eskalation kommen, sondern, auch um sich in der Simson-Szene auszutauschen und ihre Bastel- und Schrauberprojekte vorzustellen. Darunter junge Männer, kaum 16, die 2.400 Euro in eine schrottreife Simson investiert haben, nur um sie erst einmal ihr Eigentum zu nennen. Sie erzählen stolz, wie viele Jahre sie schon an ihrer Simson schrauben und wie sie die Trommelbremsen gegen Scheibenbremsen ausgetauscht

haben oder von den eloxierten Felgen.

Wer von weither kommt, wird prämiert. Die weiteste Anreise in diesem Jahr: 686 Kilometer, verhaltener Applaus. Einer von denen ist Sebastian Colditz, schnelle Brille, Oberlippenbärtchen. „Rennleitung“ steht in Polzeimotorrad-Optik auf seinem Gefährt. Er ist etwas Besonderes, wenn auch keine Einzigartigkeit hier: ein Wessi. Mit seinem breiten Augsburger Dialekt erklärt er mir: „Mein Vater hatte schon eine Simson, der ist auch hier.“ Seine Simson erreicht im Leistungstest vor Ort 15,8 PS. „Die kommt gut unten raus“, sagt der Prüfer und Schrauber Thomas Pleißner, alias Thomas Prüfstand, unter dem wissenden Nicken der Umstehenden.

Die beste Party ist bekanntermaßen auf dem Zeltplatz. Junge Männer, oberkörperfrei, mehr rot als braun gebrannt, bieten einem freundlich Dosenbier an, präsentieren stolz im Schatten ihrer Pavillons ihre Simson, lächeln freundlich, auch bei dummen Fragen, freuen sich, wenn man erzählt, dass man mit 16 Jahren selbst Simme gefahren ist, staunen, wenn man erzählt, was man für das eigene Moped bezahlt hat. „Der Wiederverkaufswert.“ „Jaja.“ Man nickt. Ob er sich vorstellen könne, sein Hobby jemals aufzugeben? „Niemand“, sagt ein junger Mann aus Eberswalde.

Er erzählt, dass er das erste Mal hier und vermutlich auch das letzte Mal da ist. Er ist extra aus Eberswalde gekommen. Die Nächte seien laut, zu laut: Hard Tekk – also harte Techno-Musik. Das sagt er und zeigt auf eine Gruppe junger Erwachsener, vielleicht gerade einmal 20. Einer zeigt den Hitlergruß, vier grüßen mit demselben zurück, darunter eine Frau im Bikini-Oberteil. Erst schüchtern, aber dann macht sie doch

mit, reckt den Arm in die Höhe, lacht, dreht sich weg. Mit Filzstift haben sie sich Hakenkreuze auf die nackten Oberkörper gemalt. Ein Mann aus der Gruppe trägt ein Shirt mit der Aufschrift „Kraft durch Freude“.

Ob das hier die ganze Zeit so sei, frage ich. „Na ja, nein, ja, die wollen nur provozieren, die wissen nicht, was sie machen.“ Ein junger Mann, Simson S 51, erzianblau, kommt vor unseren Füßen zum Stehen. Auf seinen Knien gut sichtbar gekritzelt: White Power. Auf die Frage, ob man die konfrontieren könnte, sagt der Eberswalder: „Auf gar keinen Fall. Schon gefährlich.“

Im letzten Jahr geriet das Treffen erstmals medial in Verruf. Der Grund: Hitlergrüße auf dem Gelände

Im letzten Jahr geriet das Treffen erstmals medial in Verruf. Der Grund: Hitlergrüße auf dem Gelände. Es gab vier Anzeigen. „Wir zeigen das sofort an, die Leute fliegen vom Gelände“, so Würfel. Mit Rechten wolle hier niemand etwas zu tun haben, so zumindest das Lippenbekenntnis. Über die Strafen habe Würfel sich gefreut. Man will es dem sympathischen Mann, der Ruhe und Autorität ausstrahlt, abnehmen, dem unpolitischen Selfmade-Unternehmer, dem Simson-Enthusiasten. Die AfD fährt selbst für sächsische Verhältnisse hier Rekordergebnisse ein. Und so steht inmitten des Zeltplatzes ein Bierzelt, regelrecht eine Burg. Über Eck hat man wohl nicht nur zum Sonnenschutz eine Plane gespannt:

2,5 mal 4 Meter, blauer Hintergrund, roter Pfeil, drei Buchstaben: ein riesiges AfD-Banner. Niemand stört sich daran.

Für Zwickauer Verhältnisse ist das STZ ein Großevent, Samstag der besucherstärkste Tag. Würfel hat sich um regionale Sponsoren bemüht, und diese sind gekommen: Zwickauer Sparkasse, einige auf Simson-Tuning spezialisierte Firmen, eine Reihe an Szene-Youtubern. Nach dem letzten STZ ist EinsEnergy ausgestiegen. Würfel macht dafür eine Lokalreporterin der *Freien Presse* verantwortlich, die über die Hitlergrüße der Gäste schrieb. Würfel nennt sie Einzelfälle, die auch durch das STZ konsequent verfolgt werden, Rechte seien nicht willkommen. Es gehe um Simsons, die ökologischer seien als die Plastikroller, die man nicht umbauen könne, die taugen nichts, die haben nicht die gleiche Qualität wie die stahlstige Simson. Würfel lenkt ab. Ob er eine Antifa-Fahne ebenfalls ablehnen würde? „Ja, auf jeden Fall“, sagt Würfel. Eigentlich aber auch egal. Es gibt keine.

Mit dem Thema konfrontiert, zeigt sich Würfel überrascht, gibt das an einen Security weiter. Was eine schwarze Sonne ist, wisse er allerdings nicht. Ich zeige sie ihm auf meinem Handy. So richtig kann man ihm das nicht glauben, angesichts der Schwarzen-Sonne-Tattoos, der Landser-, Kraft-durch-Freude-, Blut-und-Ehre- und „Good Night Left Side“-Shirts, der „Döp dödö döp“-Sylt-Sticker, der vielen Reichsadler und der Tattoos mit dem Emblem der Partei „Dritter Weg“, die einem binnen einer Stunde auf dem Zeltplatz begegnen. Ob diese Träger der Symbole wissen, dass Simson vor der Arisierung durch die Nazis einst ein jüdisches Unternehmen war? Warum die Hinweise jedenfalls, neben Waffen-, Rucksack- und Flaschenverbot, nicht auch auf ein Verbot rechter Symbole hinweisen, weiß wohl nur Würfel selbst.

Das männerlastige Treiben lässt man seinen Gang gehen. Frauen findet man hier wenige. Viele sind die Partnerinnen der Helden auf ihren heißen Öfen. Die, die man fragt, warum sie hier sind, antworten mit: „Na, weil's geil ist.“ Am Samstag werden via Instagram „Mädels“ für Fotos gesucht, beim Kurbelwellen-Weitwurf „nette Anblicke“ durch den Moderator kommentiert.

Neben den Youtubern, die Tipps bei Tuning und Optik geben, gibt es auch einen Star-gast. Auf ihn scheint man an diesem Samstag sehnlich zu warten: den Anzeigenhauptmeister. Niclas Matthei lässt auf sich warten, steht wohl im Stau. Während das Schärfe-Wettessen mit Wurststücken in Soße mit 2 Mio. Scoville angekommen ist, betritt Matthei das Gelände, gefolgt von einem Pulk aus 50 Menschen. „Anzeigenhauptmeister“ des Rappers Finch dröhnt aus den Boxen der Bühne. Matthei läuft bei annähernd 35 Grad in seiner vollen Anzeigenhauptmeister-Uniform über den Platz, stoischer Blick, rotes, schweißsnasses Gesicht. Wenige Minuten später gibt er Autogramme, lächelt nicht, ist einfach nur da, während die Besucher des STZ Fotos mit ihm machen, ihn mit einer Flasche bewerfen oder „Hau ab!“ brüllen. Die Stimmung ist aufgeheizt. Dominik Würfel steht daneben. Es ist eine triste Szene, sie tut beim Zusehen weh. Polizei? Keine da. Die kommt erst nachts, nach Einbruch der Dunkelheit. Nach dem Sexy-Moped-Wash mit Frauen in Netzstrümpfen und vor der Böhse-Onkelz-Coverband.

GUTE SEITEN

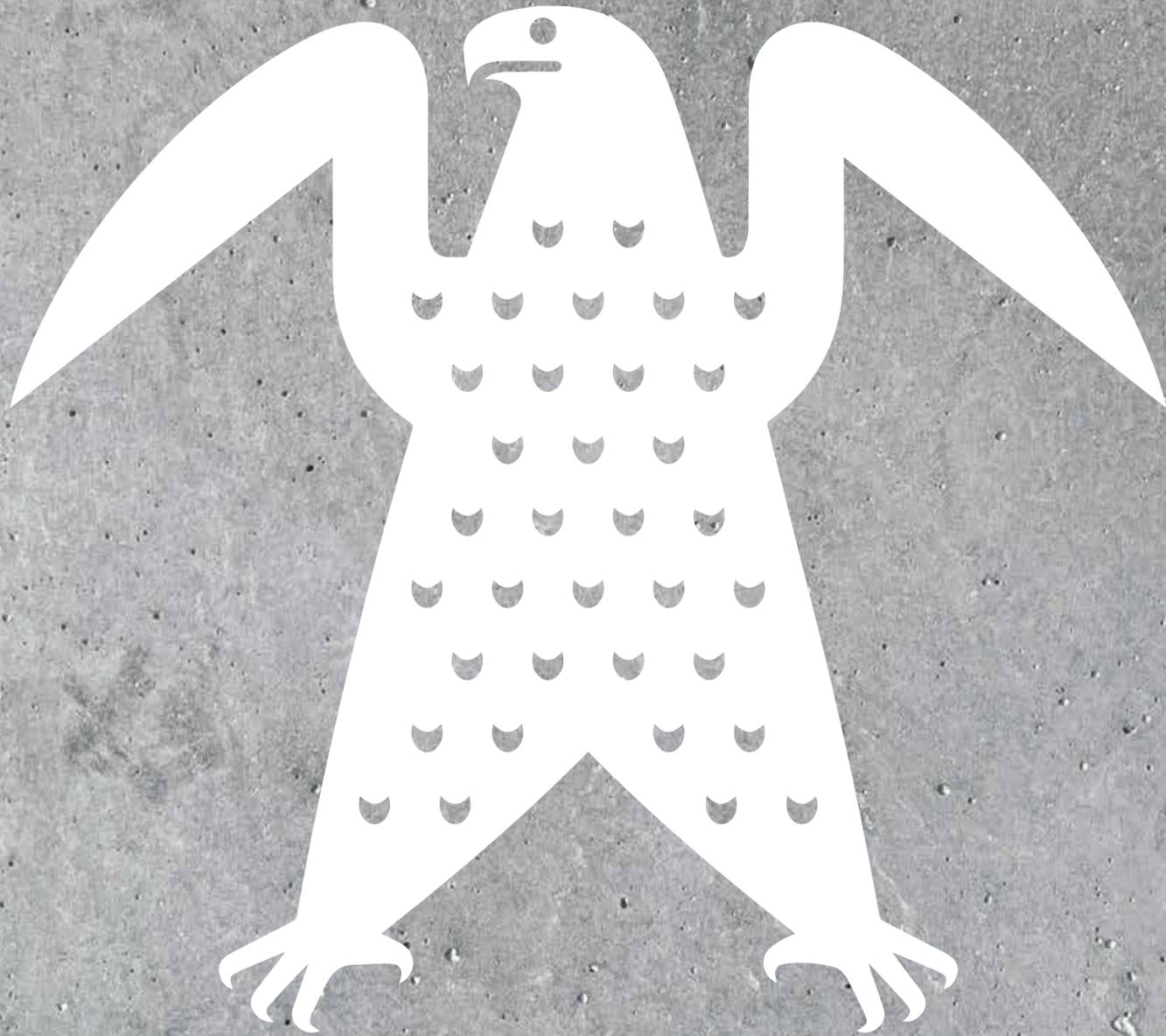


ECHTE SEITEN

10 WOCHEN
NUR 10 EURO
TAZ.DE/ABO

taz zeitung für morgen

bundes **talk** 



bundestalk

Ist die Bahn noch zu retten?

Die Deutsche Bahn will mit der Grundsaniierung bis 2030 wieder gut aufgestellt sein. Ist das möglich? Darüber spricht **Bernd Pickert** mit **Nanja Boehnisch**, **Anja Krüger** und **Pascal Beucker**.

Jetzt hören!

Zwölf Jahre Gulag und Verbannung nach Sibirien



„Nach der Befreiung“ durch die Rote Armee 1944 und 1945 wurde die Philosophin Barbara Skarga in russisch-sowjetische Arbeitslager gebracht und gefoltert. Ihr Bericht liegt nun auf Deutsch vor und zeigt Parallelen zur heutigen Zeit auf

Schuffen bis zur Apathie: Strafgefängnisse in einem sowjetischen Arbeitslager zur Zeit Stalins
Foto: akg-images/picture alliance

Von Gabriele Lesser

Barbara zog ein luftiges Sommerkleid an. Die Sonne brannte schon früh vom Himmel. Es würde ein heißer Tag werden. Am Abend wollte die polnische Philosophiestudentin auf eine Party gehen und sorglos feiern. Mitte 1944 schien der Zweite Weltkrieg schon fast zu Ende zu sein. Sie warf sich noch eine Handtasche über die Schultern und machte sich auf den Weg zu ihrem Bekannten, mit dem gemeinsam sie im polnischen Untergrund gegen die deutschen Besatzer kämpfte. Doch dort warteten schon die „Befreier“ auf sie.

Stunden später fand sie sich in einem Gefängnis des russisch-sowjetischen Geheimdienstes NKWD wieder. Der Vorwurf: Als polnische Faschistin habe sie mit den Deutschen kollaboriert. Dass ihr ein Jahr Gefängnis, zehn Jahre Haft im sowjetischen Gulag und ein weiteres Jahr Zwangsarbeit in einer sibirischen Kolchose bevorstehen würden, ahnte sie damals noch nicht. Erst 1956 durfte sie zurück nach Hause, doch nicht ins litauische Vilnius – das lag inzwischen in der Sowjetunion –, sondern nach Warschau in Polen, das es als Satellitenstaat Moskaus hinter dem Eisernen Vorhang auch nicht viel besser getroffen hatte.

Erst drei Jahrzehnte später wagt es die inzwischen renommierte Philosophieprofessorin Barbara Skarga, ihre Erinnerungen an die russisch-sowjetischen Gefängnisse, die Straflager für politische Gefangene und die wirtschaftlich völlig ineffiziente Kolchose aufzuschreiben. Aber auch nach dem Tod Stalins herrscht noch lange Jahre die „Zeit der großen Angst“. In Polen gibt es auch 1985, 40 Jahre nach Kriegsende, noch keine Presse- und Meinungsfreiheit. Wer gegen die Zensur verstößt, landet im Gefängnis.

Über den russischen Sowjet-Verbrechen gegen Hunderttau-

sende Polen, Litauer, Letten, Esten und Ukrainer lastet ein erzwungenes Schweigen. Daher verändert Skarga 1985 viele Ortsnamen und Details, die sie verraten und erneut ins Gefängnis bringen könnten. Sie publiziert ihre Erinnerungen vorsichtshalber unter Pseudonym und in einem polnischen Exilverlag in Paris. Das elende Leben in russisch-sowjetischen Gefangenschaft überschreibt sie bitter-sarkastisch mit dem offiziellen Propagandaslogan des Regimes: „Nach der Befreiung“.

Über den konspirativen „zweiten Umlauf“, den es neben dem offiziellen Buchmarkt in der kommunistischen Volksrepublik Polen gab, kommt ihr Buch nach Polen zurück und wird in intellektuellen Kreisen diskutiert. Nach dem „Archipel Gulag“ des russischen Schriftstellers Alexander Solschenizyn von 1973 und dem bereits zuvor erschienenen Zeitzeugnis „Welt ohne Erbarmen“ (1953) des exilpolnischen Journalisten Gustaw Herling-Grudziński ist das Buch „Nach der Befreiung“ das erste große Werk einer Frau, die zehn Jahre im Gulag und in der sibirischen Verbannung überlebt hat.

Nach der politischen Wende in Polen 1989 und den ersten noch halbfreien Wahlen im damaligen Ostblock im Juni 1990 erscheint ihr Buch in mehreren Auflagen unter ihrem wirklichen Namen Skarga und ohne die einst notwendige Ortsnamen-Camouflage. Nur die Kolchose heißt nach wie vor „Budjonowka“ – vielleicht als Schutz gegenüber den Menschen, die dort noch immer leben müssen.

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 sind Skargas Erinnerungen wieder hochaktuell. Sie zeigen auf, was den Ukrainerinnen und Ukrainern „nach der Befreiung vom Faschismus“ drohen würde.

Nun kann man ihr Buch auch auf Deutsch lesen. Der Hamburger Verlag Hoffmann und

Campe hat es auf Anregung der polnisch-belgischen Philosophin Alicja Gescinska ins Programm genommen. „Vieles von dem, was Skarga beschrieben hatte, ist auf schmerzliche Weise wiedererkennbar geworden“, schreibt Gescinska im Vorwort. „Die russische Rhetorik über die Notwendigkeit, das Nachbarland vom Faschismus zu befreien.“ Außerdem: Hunger als Waffe, Deportationen, die Evakuierungen genannt werden. Scheinreferenden und -wahlen. „Skarga schrieb, wie es früher war, und die Parallelen zur heutigen Zeit sind nicht zu verkennen“, so Gescinska.

Vilnius im Jahr 1944: Das Schlimmste für die 25-jährige Philosophiestudentin Barbara Skarga ist die im Gefängnis all-

Der Körper nimmt den für Sowjetgefängnisse typischen Geruch von Exkrementen, stinkendem Schweiß und sich zersetzendem Menstruationsblut von über 20 Frauen in einer Zelle an

gegenwärtige Angst vor Vergewaltigung, Folter, Schmerzen, Hunger und der fortschreitenden emotionalen Abstumpfung. Entsetzlich ist für sie aber auch der Gestank von Menschen, die sich nicht regelmäßig waschen können. Der eigene Körper nimmt den für Sowjetgefängnisse typischen Geruch von Exkrementen, stinkendem Schweiß und dem sich zersetzenden Menstruationsblut von über 20 Frauen in einer Zelle an. Ein ganzes Jahr lang gibt es keine Watte, kein Toilettenpapier, keine Seife. Immerhin gelingt es den Frauen, sich einen Bottich Wasser pro Tag zu erkämpfen.

Das Essen besteht meist aus einer dünnen Suppe mit ein paar Kohlblättern oder Möhrenstückchen, aber ohne jedes Fett. Nach nur wenigen Monaten sind die Frauen nur noch Ge-

rippe und durch die stundenlangen Verhöre, zu denen sie meist nachts gerufen werden, apathisch oder hysterisch. Immerhin: nach und nach setzt bei allen die Menstruation aus – ein Gestank weniger.

Skarga ist 37 Jahre alt, als sie endlich – zwölf Jahre nach der „Befreiung durch die Rote Armee“ – zurück nach Hause darf. Sie ist 65 Jahre alt, als sie ihre Erinnerungen aufschreibt. Die Grande Dame der polnischen Philosophie, die sich normalerweise mit französischem und deutschem Positivismus auseinandersetzt, schildert Extremsituationen. Gestank und verweigerter Hygiene seien ein Mittel der Folter. Mit der Zeit lösten sich menschliche Würde und Selbstachtung auf. Die stin-

Die assoziative Methode Skargas irritiert zu Beginn der Lektüre etwas, da nur Anfang und Ende des Buches auch der tatsächlichen Chronik der Ereignisse entsprechen, die Autorin sich aber ansonsten bemüht, ihre Erinnerungen thematisch zu ordnen. So heißen die Kapitel: „Der Alltag – das Gefängnis; Das Hospital; Die Arbeit; Der Alltag – das Lager; Die Liebe; Theater und Schauspieler; Budjonowka; Die Grenze.“ Dadurch gibt es kaum Wiederholungen, obwohl Skarga in zwei Gefängnissen und mehreren Strafgefangenenlagern des gigantischen Gulag-Systems einsitzt und am Ende noch ihr Leben in einer sibirischen Kolchose fristen muss.

Im Laufe der Lektüre baut sich wie bei einem großen Puzzle die

verbotten war, die Sowjetverbrechen zu erforschen und aufzuarbeiten.“

Gluzza zeigt auf eine lange Reihe weiß eingebundener Bände: „Das ist der Index der Repressionierten.“ Seit dem politischen Wandel in Polen 1989/1990 konnten die Gluzas legal arbeiten, später auch Kontakt zur russischen Stiftung Memorial aufnehmen und Zehntausende Einzelschicksale von „im Osten verschollenen Polen“ klären. „Natürlich ist der Index inzwischen auch digitalisiert und für jeden Interessierten zugänglich“, so Gluzza.

„Wir hatten auch mit Barbara Skarga Kontakt.“ Sie geht eine steile Wendeltreppe runter und zieht zielsicher ein Buch aus einem der Regale: „Hier! Das ist die Erstausgabe von ‚Nach der Befreiung‘.“ Sie macht eine weite Armbewegung: „Das hier sind alles Erinnerungen, Memoiren, Tagebücher, Briefe und Fotos aus dem Osten. Nicht alle hatten das Glück, den Gulag oder die Verbannung nach Sibirien zu überleben.“ Insgesamt seien es 20 Millionen Menschen gewesen. Viele seien gestorben. „Wir bewahren hier das Andenken an die polnischen Opfer auf“, so Gluzza. „Auch das von Barbara Skarga.“

Barbara Skarga: „Nach der Befreiung. Aufzeichnungen aus dem Gulag 1944–1956“. Übersetzt aus dem Niederländischen von Bärbel Jänicke. Hoffmann und Campe, Hamburg 2024, 516 Seiten, 28 Euro

berichtigung

In der App-Version des Wochentaz-Interviews zur ukrainischen Clubkultur sah man weder Fragen noch Antworten. Immerhin auf taz.de steht der ganze Text.



Isolde Charim
Knapp überm
Boulevard

Der Unterschied zwischen realer und gefühlter Partizipation

Steffen Mau brachte sie kürzlich wieder in die Diskussion ein: Bürgerräte. Vor allem im Osten könnten sie politisch sinnvoll sein. Aber nicht nur dort – überall, wo die grundlegende Unzufriedenheit mit der Demokratie, die Entfremdung von den Institutionen, die soziale Wut bekämpft werden sollen, werden sie aus dem Hut gezaubert: Bürgerräte als neues politische Mittel gegen jenes Unbehagen, das den Rechten Aufwind verleiht.

Obwohl – so neu ist diese Vorstellung gar nicht. Seit der „partizipatorischen Revolution“ in den 1970er Jahren gilt diese Art der politischen Beteiligung als demokratisches Allheilmittel. Immer wenn es früher in Diskussionen um demokratische Teilhabe ging, erzählte jemand mit leuchtenden Augen von kommunikativen Partizipationsmodellen in Südamerika. Da würde ein ganzer Ort zusammenkommen und gemeinsam entscheiden. Die Vorstellung einer Vollversammlung aller Bürger, die gemeinsam über ihre kollektiven Angelegenheiten entscheiden, in der jeder zu Wort kommt ist zweifellos eine schöne Vorstellung. Aber sie geht an der Realität einer Massendemokratie vorbei. Man muss also die Frage stellen: Ist Partizipation unter den Bedingungen einer Massengesellschaft überhaupt möglich?

Entscheidend für diese Frage ist, dass nie klar unterschieden wird: Geht es bei Bürgerräten um eine reale Partizipation oder eine bloß gefühlte? Geht es um die objektive Realität der Entscheidungen, der harten Fakten, der messbaren Resultate? Oder geht es um die subjektive Realität der Partizipation – also das Gefühl, gehört und anerkannt zu werden?

Es ist kein Zufall, dass diese Unterscheidung vernachlässigt wird. Denn sowohl eine tatsächlich kollektive Entscheidungsfindung (vor allem auf lokaler Ebene) als auch die bloße „Befriedigung jenes prickelnden Triebes, seine eigene Meinung zu sagen“, wie Hegel es sehr anschaulich nannte – beides wird rein instrumentell verstanden: als Mittel, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. „Bürgerräte erhöhen nachweislich die Zufriedenheit mit der Demokratie“, wie etwa der Politologe Marcel Lewandowsky kürzlich in der taz ungewollt verräterisch meinte. Verräterisch, denn damit wird allein die subjektive Zufriedenheit zum Ziel.

Genau in diese Kerbe schlug auch Emmanuel Macron anfangs mit seinem Konzept zur Erneuerung der Demokratie: Diese sollte an einer Neugestaltung der politischen Kommunikation mit den Bürgern genesen. Dazu dienten seine vielen Treffen überall im Land. Bürgerversammlungen im wahrsten Sinne, um die Leute vor Ort zu Wort kommen zu lassen.

Der Effekt dieses Konzepts ist nicht die tatsächliche Teilhabe an Entscheidungen, sondern etwas anderes: Diese Vorstellung einer massentauglichen direkten Demokratie bedarf einer Art von Räumen, die in klassischen Parteien nicht vorgesehen sind. Sie braucht Foren, wo Leute gehört werden, wo sie zu Wort kommen – das bedeutet immerhin eine gewisse Öffnung. Aber ohne dass damit eine reale Teilhabe an Entscheidungen einherginge. Dieser neue Resonanzraum erschöpft sich also nicht in dem subjektiven Gefühl zu partizipieren – es ist auch ein neuer Ort der Begegnung. Denn anders als in Bezirksgruppen oder Parteisektionen treffen sich da nicht einfach Parteigenossen, um sich als Gleiche zu bestätigen – sondern vielmehr ganz verschiedene Einzelne. Und genau an solchen Orten für die Verschiedenheit mangelt es. Und dennoch haftet solchen Bürgerräten etwas Therapeutisches an. Dass das nicht reicht, zeigt das Beispiel Macron.

Der Aufstand der „Gelbwesten“ hatte ihm seine Botschaft in verkehrter Form zurückgeschleudert. Denn die „Gelbwesten“ hatten Partizipation ganz anders buchstabiert: nicht als Dialog, sondern als vehementes Aufbegehren. Und selbst darauf reagierte Macron mit einem „grand débat national“, einer nationalen Debatte: Leute sollten landesweit ihre Beschwerden artikulieren und deponieren. In Gesprächskreisen, Beschwerdeheften und Wunschzetteln. Eine nationale Gesprächstherapie – die ganz offensichtlich fehlgeschlagen ist.

Die Autorin ist Publizistin in Wien.

Jeder Ton ein As: Nur durch Anspielen wird erkennbar, wie Ari Benjamin Meyers diesen Flügel manipuliert hat. Installationsansicht Kunsthalle Mainz: „The New Empirical“, 2013
Foto: Kunsthalle Mainz/Norbert Miguletz



Aus dem Äther in den Takt

Komponist und Künstler Ari Benjamin Meyers verwandelt in der Kunsthalle Mainz Versuchsanordnungen zu klassischer Musik in Momente sozialer Zeichen

Von Katharina J. Cichosch

Anfassen darf man die Metallplatten zwar, doch folgt rasch der Warnhinweis einer Aufsicht: „Sie müssen sich danach aber die Hände waschen!“ Ari Benjamin Meyers ist in der Kunsthalle Mainz zu Gast und hat ihr vorübergehend eine Bleiwüste in den Boden gesetzt. Tonnenschwer erscheint die Musikgeschichte dem Komponisten und Künstler bisweilen, hier liegt sie dem Ausstellungspublikum zu Füßen – in Gestalt von 2.500 Metallgravurplatten aus dem Archiv von Schott Music, dem berühmten Musikverlag, der seit 1770 im rheinland-pfälzischen Mainz angesiedelt ist.

Generationen an Klavierschülerinnen oder Gesangsstudenten sind mit den gedruckten Partituren von Schott sozialisiert. Auch Meyers, 1972 in New York geboren und seit Langem in Berlin zu Hause. Ab seinem vierten Lebensjahr lernte er Klavier, später studierte er Komposition und arbeitete als Operndirigent. Irgendwann kam die bildende Kunst hinzu. Seitdem arbeitet Ari Benjamin Meyers zwischen oder eher mit beiden Systemen, die keineswegs so ohne Weiteres kompatibel sind.

Meyers Soloschau „Always Rehearsing Never Performing“ umfasst nun zum einen Gele-

genheiten, mit anderen gemeinsam zu singen oder zuzuhören – zum Beispiel in einem eigens initiierten Chor, der über die gesamte Ausstellungsdauer regelmäßig proben wird. Zum anderen zeigt die Schau Versuchsanordnungen, die skulpturalen, grafischen oder installativen Spezifika des Komponierens, Probens und Musikmachens begrifflich zu machen.

Um Elemente der Musik, die entgegen landläufiger Vorstellung überhaupt nicht ephemere sind, geht es Meyers in seiner Installation „Heavy Metal“. Dem

Ari Benjamin Meyers arbeitet zwischen oder eher mit beiden Systemen

Bleiplattenboden gegenübergestellt ist eine aktualisierte Partitur des Künstlers: Metallplatten, die Meyers mit allerlei Werkzeug „wie beim Zahnarzt“ grob durchlöchert und malträtiert hat. Schon ergeben sich ganz unterschiedliche Antworten auf die Frage, wie diese Kompositionen wohl klingen mögen – die tatsächliche musikalische Interpretation, doch

auch das Herstellern jener metallenen Notenblätter. Damit ist man schon bei einer Kernfrage angelangt, um die der Künstler, Musiker, Dirigent kreist: Welche Partituren, welche Lieder denn überhaupt möglich sind. Und hiervon hinausgehend wohl, wie die Ideen überhaupt in die materielle Welt kommen.

Nur auf den oberflächlichen Blick erscheinen Ari Benjamin Meyers Ausstellungen wie kühle White-Cube-Ware. Tatsächlich versteckt sich in jedem Werk mindestens ein Scharnier, das direkt ans menschliche Publikum anknüpft – gedanklich allemal, oft aber auch ganz praktisch. Meyers Arbeiten werden auf der ganzen Welt aufgeführt, wodurch sie aus den sozial angelegten Interaktionen oder „Aktivierungen“, wie der Künstler sie nennt, höchst orts- wie zugleich zeitgeistspezifische Situationen ergeben. Wie das Duett, eine Anleitung zum gemeinsamen Singen, die hier im White Cube und sonst auch schon auf der Straße aufgeführt wird. In Kairo, erzählt Meyers, wurde die Arbeit plötzlich sehr politisch: „Kann ein Mann mit einer Frau singen? Kann eine verschleierte mit einer unverschleierten Frau singen?“ Fast gewaltvoll seien manche Reaktionen ausgefallen. Im Kosovo, dem letzten europäischen Land unter interna-

tionaler Polizeimission, trug das Werk indes kurzzeitig zur Verständigung bei: „Weil das Stück keine Sprache hat, können Menschen miteinander singen, ohne sich zu erschießen.“ Ob wir uns aus diesem Schlamassel herausproben können, eher singend denn sprechend? Eine utopische Frage, die der Künstler später gar nicht naiv gemeint stellt.

Ari Benjamin Meyers hat die Systeme, in denen er arbeitet, gedanklich durchdrungen. Und trotzdem kommt seine Arbeit leicht und zugänglich daher. Im schönsten Falle sogar geradeheraus albern, wie in „Requiem (Ouija)“: An einem kleinen Tischchen kann, wer mag, eine eigene Partitur komponieren. Freilich vorausgesetzt, man mag sich auf den Schaffensprozess einlassen. Hilfe leistet ein Ouija-Bord, bekannt aus US-Horrorstreifen, in denen Teenager damit gern vermeintliche Geister beschwören. Statt Fragen beantworten die hier alles, was man für eine eigene Komposition benötigt – nicht nur Dur und Moll, auch Tempi, Takt und ganze Melodielinien werden aus dem Äther in den Ausstellungsraum gechannelt.

„Ari Benjamin Meyers. Always Rehearsing Never Performing“: Kunsthalle Mainz, bis 20. Oktober

unterm strich

Der Käthe-Kollwitz-Preis 2024 geht an Candida Höfer. Anlässlich der Preisvergabe wird die Akademie der Künste am Pariser Platz in Berlin eine Ausstellung mit aktuellen Arbeiten der in Köln lebenden Fotografin zeigen. Zu sehen sein werden großformatige Fotografien aus den Werkkomplexen Weimar und Berlin. Der Preis wird am 13. September 2024 im Rahmen

der Ausstellungseröffnung offiziell verliehen.

Die Rabbinerschule Abraham Geiger Kolleg will gegen das Bundesinnenministerium klagen. Das Kolleg will bisherige Förderungen erzwingen. Die Zahlung jener Förderungen wurde dieses Jahr mit Hinweis auf dessen unklare Lage eingestellt. Hintergrund war

ein Streit um die Neuausrichtung der Rabbinerschule. Nach dem Bekanntwerden von Vorwürfen von Machtmissbrauch und sexueller Belästigung am Abraham Geiger Kolleg hatte die Jüdische Gemeinde zu Berlin die Trägerschaft übernommen. Der Zentralrat der Juden lehnte diese Lösung ab. Das Abraham Geiger Kolleg in Potsdam ist die einzige Ausbildungsstätte

für liberale Rabbinerinnen und Rabbiner in Deutschland.

Die Disco-Sängerin Evelyn Thomas ist gestorben. 1953 in Chicago geboren, wurde sie international erfolgreich durch Hi-NRG-Songs wie „High Energy“ (1984). Wie die BBC berichtet, verstarb Thomas am Sonntag im Alter von 70 Jahren in Port Charlotte, Florida.

Ist es der gesellschaftliche Wendepunkt oder der Petrodollar-Berg?

Der deutsche Kunsthistoriker und Ex-Direktor des British Museum, Hartwig Fischer, ist einer von vielen aus dem europäischen Kulturbetrieb, die nun in Saudi-Arabien hohe Museumsposten bekleiden

Von Ingo Arend

Elf Jahre Gefängnis. Zu dieser Strafe verurteilte ein saudisches Gericht Anfang Januar Manahel al-Otaibi. Das „Verbrechen“ der 29-jährigen Fitnesstrainerin und Aktivistin für Frauenrechte: Auf Snapchat hatte sie 2022 das saudische Männervormundchaftsgesetz und dasjenige zum Hidschab kritisiert und sich beim Shopping ohne den obligaten Schleier gezeigt. Prompt folgte eine Anklage wegen „terroristischer Straftaten“.

Der Fall der Saudi-Frau offenbart, wie ernst es das Land mit dem „womens empowerment“ meint, das zu den erklärten Zielen der „Vision 2030“ gehört, mit der Kronprinz Mohammed bin Salman, der De-facto-Monarch des arabischen Königreichs, seine Heimat seit 2016 zu „modernisieren“ sucht.

Wer gegen den 38-jährigen Thronfolger, dem bis heute das Ketensäge-Massaker an dem Blogger Jamal Kashoggi 2018 in Istanbul zur Last gelegt wird, opponiert, wird bestraft. Die Tragik des Falls: Al-Otaibi gehörte zunächst zu den überzeugten Anhängerinnen der royalen Vision.

Ihre Strafe ist freilich nicht die einzige. In den letzten zwei Jahren haben saudische Gerichte nach Angaben von Amnesty International und saudischer Menschenrechtsorganisationen Dutzende Personen wegen ähnlicher Äußerungen in den sozialen Medien verurteilt. Einhundert Menschen wurden 2024 in dem Land hingerichtet, eine/r fast jeden zweiten Tag.

Diese düstere Bilanz hindert die internationale Kulturwelt jedoch nicht, dem Ruf der saudischen Regierung scharenweise zu folgen. Wo viel Geld vorhanden ist, da treten die in der Kulturszene gern lautstark bemühten moralischen Werte in den Hintergrund.

Für ihre „Vision 2030“ macht die saudische Regierung Milliarden Dollar locker, um die auslaufende Erdölwirtschaft durch die Kreativindustrie zu ersetzen und überzieht das Land mit immer neuen Sportereignissen, Musikfestivals, Megastädten und neuen Museen.

2022 war Iwona Blazwick, bis dahin Chefin der renommierten Londoner Whitechapel Gallery, zur neuen Chefin der Königlichen Kommission für Public Art in der prähistorischen Wüstenoase AlUla berufen worden. Zu ihren Aufgaben gehört auch der Aufbau einer Zweigstelle des Pariser Centre Pompidou ebenda. Dann ließ sich die deutsche Kuratorin Ute Meta Bauer zur künstlerischen Leiterin der zweiten Ausgabe der Diriyah-Biennale ernennen, die das saudische Kulturministerium in der Hauptstadt veranstaltet.

Dass die Bereitschaft groß ist, sich zum kulturellen Feigenblatt der kompromittierten saudischen Regierung zu machen, beweist mit Hartwig Fischer nun der jüngste Fall. Der 62 Jahre alte deutsche Kunsthistoriker soll Direktor des Museum of World Cultures werden. Sein zukünftiges Haus ist Teil eines Ensembles von Kulturinstitutionen, das als Royal Art Complex nach Plänen des 2022 verstorbenen spanischen Architekten Ricardo Bofill in Riad entsteht. 2026 soll es eröffnet werden. Die Aussicht, beim Aufbau der gigantischen Prestigeobjekte aus dem Vollen der Erdöldollars schöpfen zu können, dürften eine ausschlaggebende Rolle für die Annahme des Jobs gespielt haben.

Der global vernetzte Museums- mann Fischer kann auf eine erfolgreiche Karriere an der Spitze der Kunstsammlungen in Hamburg und Dresden zurückblicken. Von seinem letzten Job als Direktor des renommierten British Museum in London musste er allerdings zurücktreten. Während seiner Zeit waren dort rund 2.000 Objekte aus dem Archiv verschwunden und illegal verkauft worden. Fischer wird in Saudi-Arabien der neu eingerichteten Museums Commission unterstehen, eines von elf königlichen Gremien, die Verbindungen zu internationalen Spezialisten aufbauen sollen – vom Theater bis zur Performance-Kunst. Ihr Chef ist der italienische Museums- mann Stefano Carboni.

Fragt man die Protagonist:innen des Saudi-Rushs nach ihren Motiven, antworten sie meist mit



Wo viel Geld vorhanden ist, da treten die in der Kulturszene gern lautstark bemühten moralischen Werte in den Hintergrund

historischem Euphemismus: „Ich möchte mich lieber dort engagieren, wo ich zur Meinungsfreiheit und zur Förderung der Kunst beitragen kann“, beschied Iwona Blazwick. „Ich habe mich immer für diesen kurzen Moment des Vakuums interessiert, in dem etwas Neues geformt werden kann“, begründet Ute Meta Bauer ihre Faszination für Saudi-Arabien. Schaut man jedoch auf die Menschenrechtslage im Land, dann mag die Kunst in der Gesellschaft vielleicht etwas in Bewegung gebracht haben, nicht aber bei der Regierung.

„Einige der Künstler und Kurator:innen glauben vielleicht, dass Saudi-Arabien ein aufgeklärtes Land ist und eine demokratische Vision bis 2030 hat. Wir, die in der islamischen Soziogeografie leben, wissen sehr gut, dass dieses Ziel

zu weit entfernt ist“, erinnert Beral Madra, die Doyenne der türkischen Kunstszene an die historischen Rahmenbedingungen in Nahost. „Wenn man bedenkt, dass die Türkei das erste Land ist, das sich dem Laizismus und der Moderne verschrieben hat, waren 100 Jahre immer noch nicht genug.“

Was Hartwig Fischer anbetrifft: Noch ist nicht klar, was in dem von ihm geleiteten Museum gezeigt werden soll. Trotzdem interessiert sich die Stiftung Preussischer Kulturbesitz schon für eine Zusammenarbeit. Noch-SPK-Chef Hermann Parzinger bestätigte Gespräche mit dessen designiertem Chef. Eine Anfrage der taz zur Art der kulturellen Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien und zur moralischen Verantwortung der SPK ließ die Stiftung bislang unbeantwortet.

Eine von vielen neuen Locations für die Kunst in Saudi-Arabien: Ausstellungshalle der Diriyah Contemporary Art Biennale. Foto: Courtesy Diriyah Biennale Foundation

taz shop

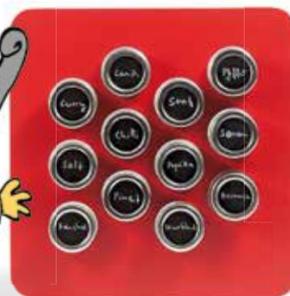
Räumung in Kreuzberg!



Auflaufform mit Wellengriff. Dank des geschwungenen Rands lassen sich Brathähnchen, Lasagne oder Kuchen unfallfrei aus dem Ofen holen. Auch zum Einsatz auf dem Herd (egal welchem) geeignet. Maximal empfohlene Betriebstemperatur: 220 °C. Aus Emaille. Von Riess. Maße: L 36 x B 26 x H 10 cm. Artikel-Nr. 12556, statt 63,00 € nur noch € 50,00



Schneidebrett mit Knick. Um die Ecke gedacht: Dank Eselsohr landet das Schnittgut zielsicher im Topf, in der Pfanne, in der Schüssel oder auf dem Teller. Gefertigt in den Wendelstein Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Aus unbehandeltem Esche. Maße: L 33 x B 23 x H 4,5 cm. Artikel-Nr. 12959, statt 42,00 € nur noch € 30,00



Gewürzregal. Im Wandregal aus beschichteter Birke finden Gewürze ihren verdienten Ehrenplatz: Die Gläser können in beide Richtungen hineingesteckt werden – und falls mal eins kaputtgeht, ersetzen Sie es einfach durch ein leeres Aufstrichglas. Gefertigt in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung in Münster. Von Nest Gestaltung. Inklusive 12 Gläser à 143 ml, 2 Schrauben und 2 Dübel. Maße: B 30,5 x H 40,5 x T 5,0 cm. Gewürze sind nicht im Lieferumfang enthalten. Artikel-Nr. 12884, statt jeweils 82,50 € nur noch € 69,00



Schnabeltopf. Für Milch, Eier, Soßen – oder ein Sträußchen Blumen. Nostalgisches Modell aus Emaille mit praktischem Ausguss. Von Riess. Maße: Ø 12,5 cm, H 12 cm. Volumen: 1 l. Artikel-Nr. 12004, statt 17,90 € nur noch € 15,00

Glastrinkhalme (4er-Set). Mojito trinken und dabei die Welt meere retten? Die bruchstärkeren Glastrinkhalme sind zumindest ein Anfang – und im Gegensatz zu den Plastikkollegen geschmacksneutral und wiederverwendbar. Inklusive einer plastikfreien Reinigungsbürste. Von Halm. Artikel-Nr. 12235 **Gerade.** Länge: 20 cm. Statt 17,90 € nur noch **10,00 €** 12389 **Gebogen** (ohne Abbildung). Länge: 23 cm. Statt 19,90 € nur noch € **12,00**

10 % Rabatt für taz-Unterstützer*innen taz.de/shop | taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | T (0 30) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de

Ausgenommen sind bereits reduzierte Waren, Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und Soli-Artikel.

Kampf um die Kunst

Selten waren Urheberrechtsverletzungen so einfach zu begehen wie mit Künstlicher Intelligenz. Die Programme „Glaze“ und „Nightshade“ wollen KI aktiv daran hindern

Von Martin Seng



Die Künstlerin Kelly McKernan klagt gegen ein KI-Unternehmen wegen Urheberrechtsverletzung. Hier im Studio, Nashville, Tennessee
Foto: George Walker IV/ picture alliance

Früher war Kunststraub noch anstrengend. Verbrecher:innen mussten Museen auskundschaften, Alarmanlagen ausschalten, auf Zehenspitzen durch die Dunkelheit schleichen. Wertvolle Gemälde mussten heimlich abgehängt und später auf dem Schwarzmarkt verkauft werden. Inzwischen geht Kunststraub anders. Es braucht keine Handschuhe oder Masken mehr, keine Taschenlampen oder Bestechungen des Wachpersonals. Nun reichen die rechteckigen Eingabefelder von Programmen wie DALL-E oder Midjourney, durch die man die Kunst anderer stiehlt.

Das alles geht dank künstlicher Intelligenz. Diese kann Kunst zwar imitieren, aber niemals selbst erschaffen. Eine KI speichert lediglich die Gemälde und Zeichnungen von anderen als Datensätze ab, um aus den Versatzstücken ein neues Bild zu generieren. Die Bildgeneratoren ignorieren dabei jegliche Urheber:innenrechte und geistiges Eigentum, was bei vielen Künstler:innen auf Kritik stößt. Auch ihre Auftragslage verschlechtert sich dadurch. Aber es gibt Gegenwehr: „The Glaze Project“, selbst ein KI-Programm, soll aktiv verhindern, dass Generatoren fremde Kunst als Datensatz nutzen. Und mehr noch, die

KI soll sogar sabotiert und gestört werden. Im Einsatz gegen KI greift man also auf sie selbst zurück.

Seit März 2023 entwickelt die University of Chicago mit einem mehrköpfigen Team „The Glaze Project.“ Das nicht profitorientierte Projekt umfasst mehrere Programme, von denen insbesondere „Glaze“ und „Nightshade“ genutzt werden. Mit unterschiedlichen Funktionsweisen sollen beide Programme Kunstschaffende vor

Im Einsatz gegen KI greift man auf sie selbst zurück

dem KI-Raub schützen. „Glaze“ legt einen Filter über das jeweilige Bild, der die Anordnung der Pixel minimal verändert. Während das menschliche Auge das kaum erkennt, ist es umso deutlicher für die KI. Das Motiv des Kunstwerkes erkennt die KI zwar weiterhin, dafür schützt „Glaze“ den Stil der jeweiligen Künstler:in, indem es eine Art Glasur über das Werk legt. Nach der Bearbeitung wird ein Bild in Comic-Optik von der KI nur noch als Ölgemälde oder Pop-Art aus-
gelesen. Künstler:innen sollten

„Glaze“ verwenden, bevor sie ein Bild potenziell einer KI ausliefern und auf Plattformen wie Instagram oder Pinterest hochladen. Das Team hinter „Glaze“ nennt es auf ihrer Website ein „Instrument zur Verteidigung“.

„Nightshade“ hingegen geht in die Offensive – die Entwickler:innen verschleiern ihr „Angriffswerkzeug“ nicht. Auch hier wird mit einem kaum sichtbaren Filter gearbeitet, den Betrachter:innen nur im Detail erkennen. Dafür sieht die KI in einem „shaded“ Bild etwas vollkommen Fremdes. Ähnlich wie „Glaze“ wird auch dafür die Anordnung der Pixel im jeweiligen Bild minimal verändert. Doch der technische Prozess ist bei „Nightshade“ deutlich umfangreicher, sodass sich nicht nur der Stil des Bildes, sondern ganze Motive abändern. Dadurch wird die KI am Auslesen des jeweiligen Bildes gehindert. Die Entwickler:innen beschreiben es so: „Eine Eingabe, die nach dem Bild einer im Welt- raum fliegenden Kuh fragt, könnte stattdessen das Bild einer im Weltraum schwebenden Handtasche ergeben.“ Ein Problem bleibt: KI-Programme können auf riesige Datensätze zurückgreifen, die sie bereits gesammelt haben. „Nightshade“ sabotiert nur Bilder, die die KI

nun zum ersten Mal erfasst. Auf bereits erfasste Bilder hat das Programm keine Wirkung. Zudem müssen es möglichst viele Künstler:innen verwenden, damit die KI wirklich darauf trainiert wird, in der Kuh eine Handtasche zu sehen. „Nightshade“ entfaltet seine Wirkung also nur im Kollektiv. Tatsächlich erfreut sich „The Glaze Project“ in der Kunstszene bisher großer Beliebtheit und sie begrüßt die Programme, mit denen sie sich verteidigen kann.

Doch nicht alle sind durch KI verschreckt. Die deutsche Malerin Annton Beate Schmidt etwa versucht der Entwicklung gelassen zu begegnen: „Ich bin da relativ entspannt. Vielleicht ist das auch naiv. Es wurde schon oft gesagt, dass wir durch technische Entwicklungen unsere Individualität verlieren. Aber am Ende habe immer noch ich die Macht, eine Geschichte zu erzählen. Und die kennt die KI nicht.“ Außerdem sei KI schlichtweg teil unseres Alltags: „Wir werden also mit ihr umgehen müssen. Sie zu bekämpfen, würde ich nicht begrüßen. Aber ihnen mit Glaze und Nightshade ein Schnippchen zu schlagen, finde ich trotzdem richtig.“

Schmidt arbeitet hauptsächlich mit Aquarell und erstellt unter anderem Porträts von la-

chenden Frauen. Die 56-Jährige stellt ihre Kunstwerke auch bedenkenlos online. Mit der KI hatte sie bisher keine Probleme. Dass die Malerei langfristig durch die Technik ersetzt wird, glaubt sie nicht. Dafür aber, „dass sich die Aufgabefelder von Künstler:innen verschieben werden. Aber wir können noch nicht absehen, wohin. Wir hatten ähnliche Diskussionen, als Kunstgalerien immer weiter in den Hintergrund traten und Künstler:innen sich stärker im Internet vermarkten. Wir lernen mit diesen Entwicklungen umzugehen.“

Deutlich weniger gelassen sieht es die italienische Künstlerin Francesca Baerald. Sie wünscht sich mehr Interesse an den Urheber:innenrechtsverletzungen und weniger Einsatz von Generatoren. Der taz sagt sie: „Programme wie ‚Glaze‘ sind äußerst willkommen. Sie tragen dazu bei, das Bewusstsein für das Problem zu schärfen.“ Wissen sei das mächtigste Werkzeug, fügt Baerald hinzu: „Erst wenn die Menschen verstehen, wie verachtenswert es ist, die harte Arbeit von Tausenden von Künstlern zu stehlen, erst dann wird die Kunst wirklich sicher sein.“

Baerald malt mit Wasserfarben Gemälde und Landkarten

von Fantasy-Welten, zum Beispiel für die Verlagsgruppe Penguin Random House. Für ihre Kunst lehnt sie jede Art der KI strikt ab. „Ich verwende keine KI und im Moment sehe ich KI nicht einmal als echte künstliche Intelligenz, sondern als ein cleveres und hochentwickeltes Instrument, um Kunst kostenlos auszunutzen“, so die 42-jährige Malerin.

Noch nie war das öffentliche und wirtschaftliche Interesse an KI größer als heute. Microsoft, Apple und Amazon sehen in der KI-Forschung längst die Zukunft und richten ihre Unternehmensziele entsprechend aus. Nicht umsonst investierte Microsoft 13 Milliarden US-Dollar in OpenAI, das Unternehmen hinter ChatGPT. KI zu regulieren, ist bei diesem riesen Wachstum eine schwierige Aufgabe.

„The Glaze Project“ möchte zumindest den malenden und zeichnenden Künstler:innen helfen. Das Programm ist über die Website der University of Chicago frei zugänglich, kostenlos nutzbar und eines der wenigen Werkzeuge, das Kunstschaffende im Kampf gegen KI haben. Und wenn ihre Kritik an den scheinbar übermächtigen Bildgeneratoren nicht gehört wird, müssen sich Künstler:innen mit allen Mitteln zur Wehr setzen.

ARD

- 12.00 Tagesschau
- 12.10 Mittagmagazin
- 14.03 Der Winzerkönig
- 14.45 Der Winzerkönig
- 15.30 Pfarrer Braun: Das Skelett in den Dünen. D 2003
- 17.00 Tagesschau
- 17.15 Brisant
- 18.00 Gefragt – Gejagt
- 18.50 WaPo Bodensee: Paleo Girl. D 2022
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Die Kanzlei
- 21.00 In aller Freundschaft
- 21.45 Erdbeben: Die Papierflut – Von Bürokratiemonstern, Überregulierungen und Schnappatmung
- 22.15 Tagesthemen
- 22.50 Olympische Spiele Paris 2024
- 23.35 Sofia, ihr Vater und ihre Pflege-WG
- 0.05 Tagesschau
- 0.15 Die Kanzlei
- 1.00 In aller Freundschaft

ZDF

- 12.00 heute
- 12.10 Mittagmagazin
- 14.00 heute – in Deutschland
- 14.15 Die Küchenschlacht
- 15.05 Bares für Rares
- 16.00 heute – in Europa
- 16.10 Die Rosenheim-Cops: Der Bart muss weg. D 2020
- 17.00 heute
- 17.10 hallo deutschland
- 18.00 SOKO Köln: Make Dünwald Great Again. D 2023
- 19.00 heute
- 19.25 Die Rosenheim-Cops: Ein anonymes Anruf. D 2021
- 20.15 Dänemarks KönigsKinder: Aufbruch und Vermächtnis
- 21.00 frontal
- 21.45 heute-journal
- 22.15 Arbeitskräfte weltweit gesucht!
- 22.45 Terra X Harald Lesch
- 23.15 Markus Lanz
- 0.30 heute journal update
- 0.45 The Good Neighbor – Das Böse wohnt nebenan. Thriller, USA/ 2022

RTL

- 12.00 Punkt 12
- 15.00 Barbara Salesch – Das Strafgericht
- 16.00 Ulrich Wetzl – Das Strafgericht
- 17.00 Verlag mich doch!
- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv – Das Magazin
- 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin
- 18.45 RTL Aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 Raue – Der Restaurantretter
- 22.15 RTL Direkt
- 22.35 Extra – Das RTL Magazin
- 0.00 RTL Nachjournal
- 0.25 RTL Nachjournal Spezial: Weleida-Chefin Tina Müller im Interview

SAT.1

- 12.00 Auf Streife
- 13.00 Auf Streife – Die Spezialisten
- 15.00 Auf Streife
- 17.00 Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt
- 18.00 Notruf
- 19.00 Die Landarztpraxis
- 19.45 SAT.1 newstime
- 20.15 Navy CIS: Zehn Millionen Gründe. USA 2023
- 21.15 Navy CIS: Hawaii: Letzter Ausweg. USA 2023
- 22.15 FBI: Special Crime Unit: One-Night-Stand. USA 2022
- 23.15 FBI: Most Wanted: Gesegnet. USA 2022
- 0.10 Navy CIS: Zehn Millionen Gründe. USA 2023

Pro 7

- 12.20 Two and a Half Men
- 14.10 The Middle
- 15.10 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 ProSieben: newstime
- 18.10 Die Simpsons
- 18.40 Die Simpsons
- 19.05 Galileo
- 20.15 Darüber staunt die Welt

tagestipp

Eine Medaille um jeden Preis? Jedes Land will seine Athlet*innen auf dem Treppchen sehen. Dabei sprechen immer mehr Sportler*innen über traumatische Erlebnisse in ihrer Kindheit. Die Doku deckt auf, wie Kinder weltweit unter Missbrauch, Doping und psychischen Problemen leiden.

„Kinder im Spitzensport“, 20.15 Uhr, Arte



KI.KA

- 7.45 Sesamstraße
- 8.10 Zacki und die Zoobande
- 8.30 Grisu – Der kleine Drache
- 9.00 Heidi
- 9.45 Löwenzahn
- 10.10 Robin Hood – Schlitzohr von Sherwood
- 10.55 Arthur und die Freunde der Tafelrunde
- 11.40 Das Rätsel der Runen
- 12.45 Mia und me – Abenteuer in Centopia
- 13.30 logo!
- 13.40 Tiere bis unters Dach
- 14.10 Schloss Einstein
- 15.00 H2O – Plötzlich Meerjungfrau
- 15.45 Lenas Ranch
- 16.30 Hexe Lilly
- 17.00 Tashil
- 17.25 Yakari
- 17.50 Der kleine Nick und die Ferien
- 18.10 Die Biene Maja
- 18.35 Pip und Posy
- 18.50 Unser Sandmännchen
- 19.00 Die Schlümpfe
- 19.25 pur+
- 19.50 logo!

20.00 KiKA Live
20.10 Durch die Wildnis – Das Abenteuer deines Lebens

ARTE

- 8.10 Stadt Land Kunst
- 9.00 Die Adria (1–3/6)
- 11.10 Phänomenale Natur
- 12.00 Süchtig nach Muskeln – Junge Männer und ihr Körperkult
- 12.35 Stadt Land Kunst
- 14.10 Million Dollar Baby. Boxerdrama, USA 2004. Regie: Clint Eastwood. Mit Clint Eastwood, Hilary Swank
- 16.20 Kate Superstar – Die perfekte Prinzessin
- 18.35 Naturparks in Portugal
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Irlands geraubte Kinder: Zwangsadoption im Namen der Kirche
- 20.15 Kinder im Spitzensport – Siegen um jeden Preis
- 21.45 Die schnellsten Beine der Welt
- 22.40 Venezuela – Maduros Machtkampf
- 23.35 Bruder und Schwester. Drama, F 2022. Regie: Arnaud Desplechin. Mit Marion Cotillard, Melvil Poupaud
- 1.25 Pracht und Prunk an der Loire – Schloss Chambord

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Marktcheck check ...
- 21.00 Voss & Team
- 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 22.00 Hannes und der Bürgermeister
- 22.30 Richtig! #2024
- 23.15 kabarett.com
- 0.00 Babel! Net!
- 0.30 Das große Kleinkunstfestival 2023

3SAT

- 18.15 Die wunderbare Welt des Weingartens
- 19.00 heute
- 19.20 Kaminer inside
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Im Abgrund
- 21.45 Südfrankreich: Die Côte d'Azur neu entdeckt
- 22.00 ZIB 2
- 22.25 Brokenwood – Mord in Neuseeland
- 23.55 Alles finster
- 0.40 Giltzerminaler Mica – Kinderarbeit für unsere Autos, Handys und Kosmetik
- 1.15 10vor10
- 1.45 Im Abgrund
- 3.15 Die wunderbare Welt des Weingartens

BAYERN

- 18.00 Abendschau – Das bewegt Bayern heute
- 18.30 BR24
- 19.00 Gesundheit!
- 19.30 Dahoam is Dahoam
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Irgendwie und Sowieso
- 21.00 Irgendwie und Sowieso
- 21.50 BR24
- 22.05 Mord in bester Gesellschaft: Die Lüge hinter der Wahrheit. D/A 2011
- 23.35 Totenfrau (1–2/6)
- 0.55 Schlachthof

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Marktcheck check ...
- 21.00 Voss & Team
- 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 22.00 Hannes und der Bürgermeister
- 22.30 Richtig! #2024
- 23.15 kabarett.com
- 0.00 Babel! Net!
- 0.30 Das große Kleinkunstfestival 2023

HESSEN

- 18.00 Maintower – News & Boulevard
- 18.25 Brisant
- 18.45 Die Ratgeber
- 19.15 alle wetter
- 19.30 hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Kochs anders
- 21.00 Der Camping-Check
- 21.45 Tobis Städtrip
- 22.15 hessenschau
- 22.30 Das Netz – Prometheus
- 0.00 Die Flucht von Alcatraz. Gefängnisdrama, USA 1979. Regie: Don Siegel. Mit Clint Eastwood, Patrick McGowan
- 1.45 Ich liebe meine Familie, ehrlich

WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
- 18.15 Hogräfer & Binkenstein
- 18.45 Aktuelle Stunde
- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Tatort: 3x schwarzer Kater. D/A/CH 2003
- 21.45 WDR aktuell
- 22.15 Polizeiruf 110: Der Tag wird kommen. D 2020
- 23.40 Tatort: Schimanskis Waffe. D 1990
- 1.10 In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte
- 2.00 Lokalzeit aus Köln

NDR

- 18.00 Ländermagazine
- 18.15 Ökologisch bauen – Der Händler von Lehm, Kalk und Hanf
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Visite
- 21.00 Abenteuer Diagnose
- 21.45 NDR Info
- 22.00 Tatort: Murot und das Murrelter. D 2017
- 23.30 Tatort: Der hundertste Affe. D 2016
- 1.00 Markt
- 1.45 Abenteuer Diagnose

RBB

- 18.00 rbb24
- 18.15 Raus aufs Land
- 18.45 Brisant
- 19.30 rbb24 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Die schnellsten Beine der Welt – Ein Bahnratier für Olympiagold
- 20.45 Generation F
- 21.15 Die Braunschweig-Brüder – Zwei Welten, ein Ziel
- 21.45 rbb24
- 22.00 Blue Moon
- 0.00 Ohja! Sex lieben
- 0.30 Planet der Liebe
- 1.15 Planet der Liebe
- 2.00 Gartenzeit
- 2.30 Heimatjournal
- 2.55 Luzycya

MDR

- 18.10 Brisant
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Mit Herz und Land – Mitteldeutsche Hofgeschichten
- 20.15 Umschau
- 21.00 Medaillenschmiede des Ostens – Die DHfK in Leipzig
- 21.45 MDR aktuell
- 22.10 Aus der Traum: Der Olympia-Boykott 1984 – Wie DDR-Stars um die Spiele in Los Angeles gebracht wurden
- 22.55 Polizeiruf 110: Der Teufel hat den Schnaps gemacht. DDR 1981
- 0.15 Rentnercops: Geschmackssache. D 2023
- 1.05 Wataha – Einsatz an der Grenze Europas: Die Rückkehr. PL 2014

PHOENIX

- 12.30 phoenix plus
- 13.00 phoenix plus
- 13.15 phoenix plus
- 14.00 phoenix vor ort
- 14.15 Traumschiffe des Sozialismus – Kreuzfahrten in der DDR
- 14.30 Küken-Schreddern verboten! Wo sind die Hähne jetzt?
- 15.00 Geheime DDR – Verbotene Orte der Macht
- 15.45 Drei Blicke auf Deutschland – Was bedeutet die Staatsbürgerschaft?
- 16.00 Natur macht Geschichte
- 16.45 Natur macht Geschichte
- 17.30 phoenix der tag
- 18.00 Rechts Russland und links die Ostsee – Das Baltikum in der Nato
- 18.30 Traumziele Südostasiens
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Abenteuer Spanien
- 21.45 heute-journal
- 22.15 Songs of Gastarbeiter – Liebe, D-Mark und Tod
- 23.45 Drei Generationen Almania
- 0.30 Abenteuer Spanien

Olympia auf Irisch

Nach Jahrhunderten der britischen Kolonisierung feierten die Iren vor genau 100 Jahren das weltweit größte Sportevent des Jahres: die Tailteann Games



Originalaufnahme der Tailteann Games vor genau 100 Jahren
Foto: Hulton Archive/Getty images

Aus Dublin **Ralf Sotscheck**

Es war das größte Sportereignis des Jahres 1924, größer noch als die Olympischen Spiele in Paris. Die Tailteann Games, wie sie hießen, waren die erste große internationale Veranstaltung, die im neu gegründeten Freistaat Irland stattfand. Es traten rund 6.500 Teilnehmer und Teilnehmerinnen in einer großen Bandbreite von Wettbewerben an.

Der Legende nach wurden die Tailteann-Spiele erstmals im Jahr 632 v. Chr. am Hügel von Tara ausgetragen, dem früheren Sitz der Hochkönige. Das letzte Mal fanden sie 1168 statt. Kurz darauf fielen die Engländer in Irland ein und eroberten weite Teile der Insel im Osten. Deshalb hatte die Neuauflage 1924 symbolische Bedeutung: Nach fast 800 Jahren der Kolonisierung hatten die Iren endlich einen eigenen Staat.

Die Bevölkerung war begeistert. Die Feiern begannen schon Mitte Juli, Militärkapellen spielten Open-Air-Konzerte, Theater und Opern sorgten für die Abendunterhaltung. Der Auftritt von John McCormack, dem großen irischen Tenor, war einer der Höhepunkte. Es herrschte eine Karnevalsatmosphäre. Hotels und Eisenbahngesellschaften trafen Vorkehrungen, um den Ansturm von Besuchern zu bewältigen. Dublins Straßen waren mit Bannern, Plakaten und Lampen geschmückt, Bäume wurden in grünen Kübeln gepflanzt und Blumenkörbe an Laternenpfähle gehängt. Die Trikolore und die Farben der anderen teilnehmenden Nationen wehten über der Stadt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus Irland, Wales, England, Schottland, Australien, Neuseeland, Kanada und den Vereinigten Staaten. Die Spiele umfassten ein Leichtathletikprogramm sowie Schwimm-

men, Golf, Tennis, Pferderennen, Boxen und Billard, aber auch Auto- und Flugzeugrennen.

Außerdem gab es eine Reihe kultureller Wettbewerbe mit Poesie, Musik, Tanz und Geschichtenerzählen. Für Fußball, Rugby oder Hockey – die vom konservativen Verband für traditionelle irische Sportarten verbotenen „ausländischen Spiele“ – war hingegen kein Platz.

Für die verbotenen „ausländischen Spiele“ wie Fußball, Rugby, Hockey war kein Platz

Eigentlich mussten die Wettkämpfer irischer Herkunft sein oder wenigstens irische Vorfahren haben. Ein Abgeordneter der Labour Party verlangte sogar, dass die Teilnehmer die irische Sprache beherrschen mussten, aber das wurde abgelehnt, denn sonst wäre das Teilnehmerfeld stark geschrumpft. Die Organisatoren erlaubten stattdessen einigen internationalen Stars die Teilnahme, obwohl sie zwar nicht irischer Abstammung waren, aber die Spiele aufwerteten.

23 Medaillengewinner der Olympischen Spiele von Paris nahmen an den Tailteann Games teil. Einer der größten Stars war der US-Amerikaner Johnny Weissmüller, ein dreifacher Goldmedaillengewinner im Schwimmen. Er gewann auch in Irland den Wettkampf, der im Teich des Zoos im Dubliner Phoenix Park ausgetragen wurde. Weissmüller wurde später als Tarzan in einer Reihe von Hollywoodfilmen berühmt. Seine Jane wurde übrigens von der Irin Maureen O'Sullivan dargestellt, der Mutter von Mia Farrow.

Es waren aber vor allem die Motorrad-, Schnellboot- und Flugzeugrennen, die riesige Zuschauermengen anzogen. Mehr als 40.000 Menschen verfolgten die Motorradrennen auf einem 4,5 Meilen langen Rundkurs im Phoenix Park. Eine Neuheit war ein Luftrennen zwischen Piloten des neuen Air Corps der irischen Armee. Die Flugzeuge erreichten Geschwindigkeiten von mehr als 200 Kilometern pro Stunde.

Das Fliegerkorps inszenierte sogar eine Schlacht. In einer Ecke des Phoenix Parks war ein Holzstapel zu einer Festung umgebaut worden, die von mehreren Jägern und Flugabwehrkanonen verteidigt werden sollte, während zwei Bomber versuchten, Bombenattrappen aus Gips auf die Festung abzuwerfen. Und es gab ein Schachturnier, das der Schriftsteller Lord Dunsany gewann, der noch heute für seine mystischen Fantasygeschichten berühmt ist.

Insgesamt kamen 250.000 Menschen zu den Veranstaltungen. Der irische Olympische Verband (OFI) feiert in diesem Jahr aber nicht den 100. Jahrestag der Tailteann Games, sondern Irlands erste Teilnahme bei Olympia. Irland gewann in Paris zwei Medaillen: Silber ging an den Maler Jack B. Yeats, Bruder des Literaturnobelpreisträgers William Butler Yeats, für sein Gemälde „The Liffey Swim“ in der Sparte Kunst und Kultur. Eine Bronzemedaille gewann Oliver St. John Gogarty, ein Hals-Nasen-Ohren-Arzt, Sportler, Mitbegründer der Partei Sinn Féin und vor allem ein Dichter. Er war das Vorbild für Buck Mulligan in James Joyce' Roman „Ulysses“. Sein Gedichtband „An Offering of Swans“ gewann die Goldmedaille für Poesie bei den Tailteann Games. Die Medaille in Paris hatte er für sein Gedicht „Tailteann Ode“ gewonnen, das er später als „ziemliche Kacke“ bezeichnete.

Viel Feind, viel Ehr und vor allem viel Sieg

Der Slowene Tadej Pogačar gewinnt die Tour de France. Dominant und unerbittlich

Aus Nizza **Tom Mustroph**

Historie ist geschrieben, das Double ist vollbracht. 26 Jahre nach Marco Pantani gelang Tadej Pogačar erneut eine der größten Leistungen, die im Straßensport denkbar sind. Nach dem Giro d'Italia gewann er im gleichen Jahr die Tour de France. Beeindruckend war, wie er dies vollzog. Beide Male präsentierte er sich als absoluter Dominator. Den Gesamtsiegen bei beiden Rundfahrten fügte er noch jeweils sechs Etappensiege hinzu. Dabei gewann er auf jedem Gelände und bei jedem Profil, seien es kleine Berge, große Schotterstrecken oder glatter Asphalt, der im Zeitfahren bezwungen werden muss. Nein, nicht bezwungen, überflogen. Denn der Slowene erwies sich als wahrer Überflieger seines Sports. „Es gibt kein Etappenprofil und keinen Untergrund, auf dem Tadej besonders bevorzugt ist. Er ist einfach gut auf allem. Er ist der Beste der Welt“, frohlockte Matxin Fernandez, Sportdirektor beim siegreichen Rennstall UAE Emirates, gegenüber der taz.

Vor allem in den Bergen herrschte er. Sechs neue Kletterrekorde stellte er auf, entthronte dabei vergangene Größen des Sports wie Marco Pantani und Miguel Indurain. Auch der große Eddy Merckx hat einen Rekord weniger. Keinen Kletter-, nur einen Statistikrekord. 37 Tage lang trug der Belgier bei seinem Double-Unternehmen 1970 das rosa Trikot des Giro und das gelbe Leibchen der Tour. Pogačar brachte es auf 39 Tage, auch das: eine Zahl für die Ewigkeit. Der erst 25-Jährige war derart dominant, dass Mark Cavendish, frischgebackener Rekordhalter mit 35 Tagessiegen bei der Tour, halb fröhlich, aber auch halb besorgt nachfragte: „Tadej, hast du schon meinen Rekord im Blick?“ Pogačar lachte und betonte auf der Abschlusspressekonferenz: „Vielleicht in 30 Jahren, wenn ich mich zurücklehne und in den Annalen blättere. Jetzt will ich aber vor allem gewinnen.“ Im Gewinn hat er tatsächlich Übung: 21 Siege, inklusive der beiden Gesamtsiege bei Giro und Tour hat er in diesem Jahr bei nur 52 Renntagen erzielt. In einem Sport, in dem es jeden Tag, bei

jedem Rennen mehr als 100 Verlierer gibt, ist das enorm.

Neu ist die Unerbittlichkeit des Slowenen. Vor allem in der dritten Woche zeigte er diebische Freude darin, seinen Haupttrivalen vom Rennstall Visma-Lease a Bike Etappensiege zu verwehren. Auf der 19. Etappe holte er den per Fluchtgruppe enteilteten Helfer von Jonas Vingegaard, den danach enttäuschten US-Amerikaner Matteo Jorgenson, ein. Am Folgetag sprintete er Vingegaard selbst nieder. „Ich hatte gehofft, Tadej würde mir den Etappensieg überlassen“, meinte der Däne geknickt. Um das Demütigungstriple vollzumachen, holte er noch einen überlegenen Sieg im Zeitfahren. Wieder war Vingegaard der erste Geschlagene. Auch Remco Evenepoel, Weltmeister in der Disziplin und Sieger des ersten Tourzeitfahrens, musste erkennen: Selbst seine Bäume wachsen nicht in den Himmel, wenn ein Pogačar an der Startlinie steht.

Auf die Frage, wie er es mit den pharmazeutischen Hilfen hielt, äußerte der Übersieger dieser Saison zunächst Verständnis. Für die Zweifel und das Misstrauen, was er angesichts der langen Betrugsgeschichte für vollkommen gerechtfertigt hielt. Dann aber drehte er den Diskurs auf Dominatorenmodus: „Wer keine Leute hat, die einen hassen, der hat auch keinen Erfolg.“ Von jedermanns Liebling, der gemocht wurde, weil er den Radsport so leidenschaftlich offensiv interpretiert, niemals zaudert oder zögert, sondern ein großes Spektakel liefert, wurde er zu einem, dem es gefällt, wenn ihm nicht Zuneigung, sondern Ablehnung entgegengebracht wird. „Viel Feind, viel Ehr“, sagte vor etwa 500 Jahren Landsknechtführer Georg von Frundsberg, Pogačar, vor Kurzem noch der zauberhafte Prinz des Straßensports, hat sich zum Erwachsenenwerden einen harten Weg gewählt: Herrscher sein.

Man kann nur wünschen, dass ihm jemand wieder die Grenzen aufzeigt. „Wir werden uns etwas einfallen lassen, um Pogačar im nächsten Jahr zu bezwingen“, nahm zumindest Grisca Niermann, sportlicher Leiter von Visma-Lease a Bike, die Herausforderung an.

Anzeige

„Stellen Sie sich vor, was es bedeutet ...

... von einem Tag auf den anderen von Handy, Internet und Laptop, abgeschnitten zu sein, dann ist eine Tageszeitung wie die Wasserquelle in der Wüste.“ Gefangener JVA Mannheim

Bitte spenden Sie die »taz« zum Preis von 41,80 € monatlich, 250,80 € halbjährlich, 501,60 € jährlich oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:
Freiabonnements für Gefangene e.V.
IBAN: DE06 3702 0500 0003 0854 00
Kennwort: »taz«
www.freibos.de

Freiabonnements für Gefangene e.V.

was alles nicht fehlt

Ein Abschied: Timo Boll ist seit mehr als 20 Jahren ein Teil der Tischtennisweltklasse. In Paris wird seine internationale Karriere enden. Die diesjährigen Olympischen Spiele werden Bolls siebten und auch letzten Spiele sein. Der 43-Jährige war 2016 deutscher Fahnenträger, vier Mal Weltranglistenbeste, acht Mal Europameister im Einzel und sieben Mal Champions-League-Sieger. Bei den Olympischen Spielen 2021 in Tokio holte er im Einzel die Silbermedaille. In Paris wird er nur am Mannschafts-

wettbewerb teilnehmen. Ziel ist laut Boll das Finale gegen China.

Ein Hoffnungsträger: Marko Grgić (Rückraum links) wird für die deutschen Handballer in Paris antreten. Sein Nationaltrainer Alfred Gíslason beschreibt den 20-Jährigen als Spieler, der sehr weit für sein Alter sei. „Das habe ich alles aus meiner Handballerfamilie. Vielleicht bin ich nicht so wie andere 20-Jährige. Ich bin etwas ruhiger, nicht so emotional geladen“, sagt Grgić über sich

selbst. Am Samstag geht es im ersten Spiel mit Schweden gegen den Fünftplatzierten der letzten Olympischen Spiele.

Schutz für Sportler: Während der Olympischen Spiele in Paris werden die israelischen Athleten rund um die Uhr geschützt. Das kündigte Innenminister Gérald Darmanin an und reagierte damit auf linksgerichtete Abgeordnete. Diese hatten zu Protesten gegen israelische Sportler aufgerufen.

Weltgeist setzt auf Marsmännchen

Trump gegen Harris: Was hält die traditionelle Oktober-Überraschung vor der Wahl in den USA jetzt noch bereit?

Von Michael Ringel

Für die einen ist es die Entscheidung zwischen Gut und Böse. Für die anderen die Entscheidung zwischen Böse und Gut. Nachdem es jetzt bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im November 2024 auf ein Duell zwischen Donald Trump und Kamala Harris hinausläuft, fragt sich alle Welt: Was kann nun noch kommen? Die beiden großen Überraschungen im Vorfeld sind überstanden und haben wie immer die Zunft der Hellscher und Wahrsager in Verruf gebracht, wenn die In-die-Kugel-Gucker denn überhaupt einen Ruf haben.

Auf der einen Seite ein Attentat auf Trump, das ihn mindestens zu Christus macht, dessen blutig gestreiftes Ohr von seinen Jüngern inbrünstig angebetet wird. Auf der anderen Seite ein amtierender Präsident, der sich in den Seilen des Alters verfangen hat und trotz aller greisen Sturheit zurückgetreten ist, um den Weg für eine frische Kandidatin freizumachen, wobei jeder Pfirsich aus Kalifornien auf den Obstmärkten frischer wirkt als die Vizepräsidentin.

Zum einen Trump, der schon einmal das Amt innehatte und dabei derart groben Unfug veranstaltete, dass jeder Vierzehnjährige gleich in eine der berüchtigten staatlichen Besse-



Einigende globale Bedrohung von außerhalb: Alien Foto: reuters

rungsanstalten eingewiesen worden wäre. Zum anderen Harris, die während ihrer Amtszeit im Weißen Haus so blass blieb, dass ihre jamaikanischen Vorfahren sie für eine aschfahl geschminkte Voodoo-Priesterin halten, obwohl ihr es nicht gelungen ist, ihren scheinotenen Chef wieder zum Leben zu erwecken.

Und so wird das Erwartbare geschehen: Der Republikaner Trump wird im Wahlkampf seine zarten Weisen weiter trällern und die angeblich linke, woke und unnahbare Demokratin Harris mit Liebe überschütten – mit der Liebe zu sich selbst und allen daraus resultierenden

Hassgesängen gegen jeden, der ihm im Weg steht. Und die Demokratin Harris, der nicht einmal El Hotzo als Wahlkampfmanager ein neues Image verpassen könnte, wird einfach den Altersspieß umdrehen und den Stachel der Senilität in den 78-jährigen Gegner bohren, bis nur noch trübes Hirnwasser aus ihm herausfließt, falls er denn überhaupt ein Hirn hat.

Aber was für Überraschungen kann der an Sensationen bislang nicht arme Endkampf um die 47. Präsidentschaft der USA noch bereithalten? Früher, als die Brandmauern der Moral noch nicht eingerissen waren, gab es vor den traditio-

nell im November stattfindenden Wahlen stets die große sogenannte „October Surprise“ – jene überraschende Wendung, die laut Lexikon „maßgeblich zur Beeinflussung der Wahl beitragen kann“.

Gern wurde einem der zuvorderst männlichen Kandidaten ein unsittliches Verhalten nachgewiesen, er habe zum Beispiel jemandem sein Würstchen vorgezeigt. Die Kunst der „Spin Doctors“ genannten Berater bestand dann darin, die Sache kleinzureden, und die Betrachter konnten sich daran erfreuen, wie krampfhaft versucht wurde, das kleine Würstchen unter den Teppich zu kehren. Und wer schon einmal Würstchen unter einen Teppich gekehrt hat, weiß, wie schwierig das ist.

Donald Trump hat allerdings inzwischen alle traditionellen Sitten und Gebräuche außer Kraft gesetzt, und nicht einmal der Weltgeist ist momentan in der Lage, gegen ihn anzukämpfen. Es herrscht eine Art abwartender Stillstand: Trump ist sich seiner Sache sehr sicher, Harris gibt den Underdog. Und darin liegt die Hoffnung beider Seiten. Nur eben der Weltgeist erscheint erschöpft und weiß nicht mehr, wohin er die Geschichte der Menschheit lenken soll.

Selbst wenn man sich auf glatte Terrain der Hellscher und Wahrsager begibt, ist deshalb

eine mögliche Entwicklung bis zum Wahltermin am 5. November, dass nichts, rein gar nichts mehr passiert. In China fällt ein Sack Reis um, in Russland ein Oligarch aus dem Fenster. Alles wie gehabt.

Die andere Möglichkeit ist, dass der Weltgeist jetzt „All-in“ geht und auf die ultimative Steigerungsform setzt: Außerirdische landen auf der Erde! Selbstverständlich in einer Wüste im Mittleren Westen der USA. Die grünen Männchen steigen aus ihrem Raumschiff, rufen „Vertraut uns!“ und mähen mit ratternden Maschinengewehrsalven das humane Begrüßungskomitee nieder. Eine globale Bedrohung, die alle Terraner rapido eint, den US-Wahlkampf jedoch vorerst beendet.

Nur Donald Trump wird wettern und behaupten, dass es die Aliens gar nicht gibt, ihre Attacke vom Weißen Haus und vom liberalen Hollywood inszeniert wurde. Doch die Kriege in Gaza und der Ukraine, überall im Erdenrund werden sofort beendet. Die Menschheit wird die Bedrohung von außen wie die planetare durch den Klimawandel einig und geschlossen mit aller Kraft bekämpfen.

Genau so wird es kommen. Im Oktober 2024. Dem historischen Monat der großen Überraschungen. Man muss nur an Marsmännchen glauben.

Messer, Stock, Ring

Eine entwaffnende Polizeimeldung aus Sachsen

Bis an die Zähne bewaffnet war ein 24-jähriger Autofahrer, den Ordnungshüter am Samstag nahe dem sächsischen Görlitz auf dem Autobahnrastplatz An der Neißer kontrollierten. Empört betitelte die Bundespolizeiinspektion Ludwigsdorf ihre Polizeimeldung am Montag mit einer harschen rhetorischen Trias: „Messer in der Mittelkonsole, Schlagstock im Handschuhfach, Schlagring in der Hosentasche.“ Da hat sich wahrlich einiges angesammelt, und die Schnappmesseratmung der Beamten ist noch durch die entwaffnenden Worte hindurch zu spüren. Dennoch kein Grund zur Aufregung, meint die waffen-gestahlte Wahrheit. Immer-

hin hatte der Delinquent seinen Morgenstern zu Hause gelassen und die Streitaxt nicht im Auto mitgeführt. Auch die Hellebarde und die Armbrust sowie diverse Meuchelpuffer für den Kleinkrieg blieben daheim. Außerdem hatte der Nahkämpfer auch keine spitz angefeilten Zehennägel. Nur ein Gewehr, das steckte ihm ganz sicher tief im Arsch, der weit, weit offen stand. Insgesamt ein überschaubares Arsenal allenfalls für einen kleinen Nachbarschaftsstreit im Kreisverkehr. Ob der Waffennarr allerdings irgendwelche Leichen im Keller beziehungsweise Kofferraum hatte, wurde aus der waffenstarenden Meldung leider nicht ersichtlich.

Riese geht Gassi

Größter Hund der Welt kommt aus Brandenburg

Einmal im Jahr wird in den USA der hässlichste Hund der Welt gewählt. Zuletzt im Juni dieses Jahres gewann der Pekinese „Wild Thang“, dessen hervorstechendes Merkmal eine schief heraushängende Zunge war. Und jedes Mal wieder ist es traurig mitanzusehen, dass es Hartmut Engler nicht geschafft hat, den begehrten Titel zu erringen. Eines Tages wird der Pur-Sänger vielleicht doch noch den Sieg nach Hause tragen. Bis dahin könnte allerdings ein anderer Hundetitel nach Deutschland gehen. Denn wie die Vierbeiner-Agentur dpa am Montag berichtete, bahnt sich in Brandenburg Großes an: „Riese Ramses – Hund aus Zossen ist rekordverdächtig groß.“ Weil er rund 90 Kilogramm schwer ist und eine Schulterhöhe von fast einem Meter hat, könnte die Deutsche Dogge Ramses den Guinness-Titel für „den größten lebenden Hund nach Deutschland holen“, wie sein Besitzer Patrick Hein der dpa sagte. Dabei ist Ramses längst eine lokale Berühmtheit, normales Gassigehen sei kaum möglich. Meist sei das positiv, andere wechselten aus Angst vor dem Riesen die Straßenseite. „Dabei ist er ein großes Baby und lässt sich gern streicheln.“ Genau wie Hartmut Engler.



Riesenfoto: dpa

BUCKE

by @10m



Günter Flott

Das Gaunerding da

Es war an einem Freitag, als ich ihn entdeckte. Einen echten Gaunerzinken. An unserer Behausung. Im Garten sollte am Abend mit der Hausgemeinschaft gegrillt werden. Und genau vor unserem Anwesen, auf dem Betonfundament des Zauns, war nun links ein Gaunerzinken in schwarzer Farbe angebracht.

Gaunerzinken sind Symbole, via derer sich Einbrecher und ihre Auskundschafter untereinander informieren, ob und unter welchen Umständen die Immobilie ein lohnendes Objekt der Begierde wäre. Viele kleine Kreise stehen für viel Geld, ein Halbmond empfiehlt den Abend als Einbruchszeit und eine Zickzacklinie warnt vor einem bissigen Hund. Bei uns war ein Kreuz angebracht. Mein Nachbar und ich googelten das Zeichen sofort. Das Ergebnis beruhigte, Kreuz steht für: Hier ist nichts zu holen.

Groß war die Freude und be rauschend das Grillfest. Während des sommerabendlichen Bacchanals kamen wir überein, die Transparenz unserer

Lebensführung beizubehalten. Dazu gehört der Verzicht auf Jalousien und Vorhänge, womit der Blick auf Schallplatten-, Büchersammlungen und allerlei wertlosen Kram freigegeben ist. Unser gemeinschaftlicher Hang zur Unordnung signalisiert zusätzlich, es sei schon ein Einbrecher dagewesen.

Ebenso erstellten wir einen Plan, den bestehenden Gaunerzinken sorgfältig zu pflegen, auf dass die Botschaft ewig erhalten bliebe. Leider hielt nach dem Gelage die Disziplin nicht, Wind und Wetter radierten den Gaunerzinken aus. Zum Glück war bald ein neuer da. Nur diesmal war er direkt hinterm Haus unter dem Schlafzimmersfenster, wohin nur ein kleiner Weg durch den Garten führt. Der Gaunerzinkenzeichner schien uns intim nahegekommen zu sein.

Noch verstörender aber war die Dekodierung des Symbols, wirkte es doch dank der Klau des Zeichners nahezu undeutbar. Gut, an jener Stelle hinterm Haus gibt es kein Licht, das mag die Krakelei entschuldigen. Bei der Gelegenheit erschien es uns

allerdings fraglich, wer an dieser dunklen und wegen des dichten Pflanzenbewuchses schwer zugänglichen Stelle die Zinkenbotschaft überhaupt wahrnehmen sollte. Wir machten uns Sorgen um die intellektuellen Fähigkeiten des Einbrechers.

Nichtsdestotrotz blieb auch ein Unbehagen, denn die Ähnlichkeit mit Symbolen, die auf Reichtum hinweisen, waren durchaus hineininterpretierbar. Also sperrten wir des Nachts alle Fenster und Türen gut ab.

Am nächsten Tag war der Gaunerzinken weg. Einfach so. Dafür entdeckten wir an den Mülltonnen neue Bodenschmierereien. Das vollkommen verquere Gekritzel trug eindeutig die gleiche Handschrift wie die Gaunerzinken beim Schlafzimmer. Nur dass diesmal überhaupt so gar kein Symbol erkennbar war! Die Zeichnung bildete eher eine irre Linie, die hinter die Garagentür führte. Wir gingen ihr nach und sahen am Ende der Linie – den Zeichner. Er war eine Schnecke. Eine Schnecke, die ihre Schleimspur über unsere Gartenwege zog.



das wetter

Im Wortfeld

Das Stichwort und das Schlagwort lieferten sich einen epischen Kampf um das Wortfeld. Spitz, wie es war, versuchte das Stichwort alles, um seinen Gegner mit einem gezielten Ausfall niederzustrecken. Mit seiner geballten Masse hingegen drängte das Schlagwort seinen Kontrahenten Hieb um Hieb zurück. Beiden stand die äußerste Anspannung in die Bedeutung geschrieben. Wer würde gewinnen? Stich- oder Schlagwort? Wenn zwei sich streiten, dachte das Schlüsselwort und suchte schon die Formel zum Erfolgsbuch.

gurke des tages

Was Männer nachts so treiben. „Mann in Unterhose besetzt Führerhaus von Kran auf Dortmunder Baustelle“, meldete am Montag die Nacktagetur AFP. Demnach hatte „der stark betrunkene 54-Jährige“ in der Nacht zum Samstag „in 45 Metern Höhe“ das Häuschen geentert. Erst der Alkohol-, dann der Höhenrausch – logisch. Dass der Unterhosenmann aber „nach eigenen Angaben“ überzeugt war, „Kranführer auf der Baustelle“ zu sein, grenzt schon schwer an Größenwahn.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift:
Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Ulrike Winkelmann
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen: Sönke Tümmler
Berliner Lokalteil: Marie Frank | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlcke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Telefon: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführerinnen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:
Pascal Beucker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat:
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld |
Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin |
Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin

Druck: auf PALM Recyclingpapier: A. Beig
Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG,
25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck
Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg |
MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590

9.00 – 16.00 Uhr (Mo. – Fr.)

Fax: 030 | 2 59 02-680

E-Mail: abo@taz.de

Abo-Nummer nicht vergessen!

Mtl. Mindestpreis regulär

42,80 €





Schwul sind nur die Kunden

Ionel, der Protagonist aus „Boys Club“
Fotos: Agatha Powa

In Berlin bieten männliche Sexarbeiter ihre Dienste an – wie viele es genau sind, weiß allerdings niemand. Der Filmemacher Biko Julian Voigts erzählt über deren Arbeit und Probleme in seinem Kurzfilm „Boys Club“, der vielleicht bald in Serie geht

Von **Andreas Hergeth**

„Es ist ein Geschäft, das ist alles“, sagt der gut aussehende Mann und blickt selbstbewusst in die Kamera. Der junge Typ in dem gut fünf Minuten langen Film „Boys Club“ von Biko Julian Voigts heißt Ionel. Der 19-jährige bietet sexuelle Dienstleistungen in einer Schöneberger Szenekneipe im Nollendorferkiez an.

Ionel braucht Geld für sich selbst und noch mehr für seine schwangere Frau und seine Familie daheim in Rumänien. Deshalb prostituiert er sich in Berlin. „Die Leute hier“, sagt Ionel, „haben alle zu viel Geld.“

Wir sehen ihn in einer Bar mit einem älteren Herren schäkern, es werden vor allem Blicke getauscht, auch erste zaghafte Berührungen – und am Ende Geldscheine. Es gibt nur eine einzige Regel für seinen Job, wie Ionel auf Englisch erzählt: „Immer ficken. Nie gefickt werden.“

Das ist hier natürlich wörtlich gemeint, kann aber auch als Metapher verstanden werden. Und so sehen wir Ionel erst bei einem

Handjob im Auto und später, wie er sich auf einem schumrigem Innenhof einen blauen Laster lässt. Der Film zeigt ihn aber auch jenseits seiner Arbeit, bei der Körperpflege oder bei Liegestützen. Filmemacher Biko Julian Voigts thematisiert aber auch die Selbstzweifel des jungen Mannes in seinem Job.

„I’m not gay, you know“

Ionel nennt sich selbst einen „Rentboy“ – also einen Jungen, den man mieten kann, ein „Strichjunge“, wie man früher auf Deutsch gesagt hätte. Aber, und das ist wichtig für sein Selbstverständnis: „I’m not gay, you know.“ Denn schwul sind die anderen, seine Kunden.

Seine Geschichte, das macht der Film klar, steht beispielhaft für viele rumänische Jugendliche und junge Männer – oft Roma –, die in Schöneberg und anderswo ihre sexuellen Dienste anbieten. Es sind meist Migranten ohne deutsche Papiere, wie es im Abspann zum Film heißt. Die wenigsten von ihnen haben

Zugang zu Hilfsangeboten – obwohl es diese gibt in Berlin. Gegen Ende wird auf Subway (siehe Interview) und Gangway hingewiesen, zwei Projekte, die Hilfen für Jugendliche und junge Männer wie Ionel anbieten.

Der 32-jährige Biko Julian Voigts studiert Werbung an der Filmakademie Ludwigsburg. „Boys Club“ entstand im Rahmen seines dritten Studienjahres mit einem Budget von 6.000 Euro. Voigts ist in Schöneberg aufgewachsen. „Ich liebe meinen Bezirk“, sagt er, „und bin gleichzeitig sehr dankbar für meine multikulturelle Erziehung, die sich aus Deutschland, Südafrika und Namibia speist. In Schöneberg ist viel Multikulti.“

Die Idee für seinen „Social Spot“ hatte Voigts bei einem Barbesuch im Nollendorferkiez. „Dort gingen männliche Sexarbeiter ihrem Job nach“, erzählt Voigts. „Es war überraschend, dass ich nichts von der Szene wusste, die quasi vor meiner Haustür stattfindet.“

Recherche und Drehbuchschreiben nahmen rund fünf Monate in Anspruch. Voigts führte Interviews mit Sexarbeitern, aus den Gesprächen generierte er die Sätze, die Ionel im



Biko Julian Voigts

Film sagt. Außerdem arbeitete Voigts mit dem Projekt Subway und einem Sozialarbeiter zusammen. „Diese Treffen ermöglichten mir einen tieferen Einblick in die Welt der männlichen Sexarbeit“, sagt er. „Die Tabasco-Bar, die oft als Drehkulisse diente, wurde zu meinem

zweiten Zuhause, und die Interviews mit den Jungs vor Ort lieferten wertvolle Perspektiven.“ Der gesamte Dreh erstreckte sich über fünf Tage.

Der Filmemacher war von den Widersprüchen im Männerbild der Sexarbeiter fasziniert: „Es ist interessant, dass sich der Protagonist des Films als Macho versteht, aber einen Beruf ausübt, der unter Machos geächtet ist“, sagt er. Aber weil er den Job nur mache, um seine Familie zu unterstützen, sei er „der Ernährer“ – was wiederum als männlich angesehen wird. „Das ist die Dualität des Lebens: Geld regiert. Und die Mittellosesten leiden darunter am meisten.“

Diese Spannung reizt den Filmemacher. „Für mich sind viele Dinge im Leben sehr viel komplexer, als sie auf den ersten Blick erscheinen“, sagt Voigts. Das gilt natürlich auch und vor allem im Bereich der Sexarbeit. Deshalb hat er sich auf die Perspektive der Sexarbeiter fokussiert. Natürlich gebe es sexuelle Ausbeutung und Men-

schenhandel in dieser Branche. Aber er will niemanden kriminalisieren.

Nur ein Zwischenstopp

Und der Satz mit dem „sich nicht ficken lassen“ kommt aus der Perspektive einer Person, die sich von der Gesellschaft verletzt und übergangen sieht. So gesehen fühlt sich der ausgebeutete Migrant Ionel ohnehin schon „gefickt“, um im Jargon zu bleiben. Am Ende des Films kehrt er per Anhalter zurück zu seiner Frau – der Job zum Geldverdienen war nur ein Zwischenstopp in ihrem gemeinsamen Leben.

„Boys Club“ ist damit ein wertvoller Beitrag zu einer längst fälligen Debatte über männliche Sexarbeit. Der Film bewegt sich im Spannungsfeld von Selbstbild, Gesellschaftsnormen und Parallelwelten.

Gut, dass Biko Julian Voigts aus seinem Kurzfilm eine Serie machen möchte. Dafür sucht er momentan Geldgeber und eine Produktionsfirma.

„Wir brauchen keine Scheindebatte über Moral“

Der Geschäftsführer des Berliner Vereins Hilfe für Jungs, Lukas Weber, rät dazu, genau hinzusehen, wenn es um Sex gegen Geld zwischen Männern geht: Es gebe sexuelle Ausbeutung und Menschenhandel – aber eben auch Sexarbeit, die aus freien Stücken ausgeübt werde

Interview **Andreas Hergeth**

taz: Herr Weber, wie viele männliche Sexarbeiter, wie der junge Mann aus dem Film „Boys Club“, gibt es in Berlin und in Deutschland?

Lukas Weber: Wir haben leider kein Zahlenmaterial, schon gar nicht deutschlandweit. Für Berlin geben unsere Jahresstatistiken Auskunft, mit wie vielen Menschen wir Kontakt in der Szene hatten. Unsere Mitarbeiter:innen treffen regelmäßig ein paar hundert Menschen, wir haben über 2.000 Kontakte im Jahr.

Hilfe-für-Jungs e. V. bietet Hilfe in verschiedenen Projekten an. Welche sind das?

Wir haben Subway als Anlaufstelle in der Kirchbachstraße in Schöneberg. Die wird von der Senatsjugendverwaltung gefördert, weil wir hier im Bereich des Kinderschutzes arbei-

ten, also mit Jungs und jungen Männern* unter 18 Jahren. Denn kein Minderjähriger darf oder soll oder muss sich prostituieren. Alles unter 18 gilt ohnehin als Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung. Wir werden auch im Bereich der Gesundheit gefördert, da geht es um HIV und sexuell übertragbare Krankheiten; wir sind zum Beispiel mit Ärzten in der Szene präsent.

Sie haben also einen guten Einblick in die Szene?

Wir haben einen guten Überblick darüber, was die offene mann-männliche Szene angeht, wie sie auch im Film dargestellt wird und wie sie im Schöneberger Norden und im Tiergarten stattfindet. Dort arbeiten hauptsächlich Roma aus Bulgarien oder Rumänien – diese Menschen würden wir aber nicht als Sexarbeiter bezeichnen, das würden die meisten von ihnen selbst auch nicht tun. Sie ha-

ben keine Eigenbezeichnung. Von Freiern werden sie Stricher genannt, das adaptieren sie ab und an, ohne die Bedeutung zu kennen.

Die Bezeichnung ist eine schwierige Angelegenheit. Sexarbeit ist nicht gleich Sexarbeit?

Ja, es wird ohnehin immer alles in einen Topf geschmissen. Aber gerade wir haben den Auftrag, zu differenzieren und zu sagen: Stopp! Es gibt Unterschiede zwischen Menschenhandel und sexueller Ausbeutung, Prostitution und Sexarbeit. Will man einen wirklichen Diskurs über das Thema führen, muss man definieren und vorab klären, wie man den Begriff meint. Nur dann können wir miteinander sprechen. Ansonsten hat jeder sofort irgendwelche Bilder im Kopf über die Jungs auf der Straße, über Zuhälter ...

Mit welchen Problemen hat Ihre Klientel zu kämpfen?

Die Menschen, die wir treffen, sind oft mehrfach marginalisiert. Sie sind von Obdachlosigkeit, von Armut, von Migration und Flucht betroffen. Viele haben eine Drogenproblematik, wo schwierig zu erkennen ist, welches Problem zuerst da war. Verkaufe ich meinen Körper nur ab und an oder permanent? In diesen Spannungsfeldern bewegen wir uns mit unserem Projekt Subway.

Ein weiteres Projekt richtet sich gezielt an über 21-Jährige.

Es heißt Smart Berlin – und bei diesen über 21-Jährigen würde ich tatsächlich von Sexarbeitern sprechen. Das sind in der Mehrzahl Menschen, die freiwillig ihren Körper anbieten, denn das gibt es ja auch. Sexarbeiter stehen nicht immer nur auf der Straße und warten darauf, dass ein Auto anhält – das ist ein

Lukas Weber
37 Jahre alt, ist seit 2020 Geschäftsführer des Hilfe für Jungs e. V.

Gewalt macht keine Ferien

Die Initiative gegen Gewalt an Frauen stellt einen enormen Anstieg Hilfesuchender fest. Der Großteil bekommt keinen Schutzplatz im Frauenhaus

Von Marie Frank

Die Sommerferien sind für die meisten eine Zeit der Erholung. Für viele Frauen sind sie jedoch eine Zeit des Grauens. Zum Ferienstart in Berlin schlägt daher die Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen (BIG) Alarm und zeigt sich besorgt über den massiven Anstieg der Hilfesuchenden: Mit insgesamt 895 Anrufen im Mai und 814 im Juni erreichte die BIG-Hotline die höchsten Anrufrufen außerhalb der Coronazeit, teilte die Initiative am Montag mit.

In den Vorjahren habe das Anrufaufkommen im Schnitt bei rund 750 pro Monat gelegen und sei dann nach den Sommerferien angestiegen, sagt BIG-Koordinatorin Nua Ursprung der taz. Die Referentin bei der Anti-Gewalt-Initiative erklärt das damit, dass die Familien in den Ferien mehr Zeit miteinander verbringen. Dadurch steigen auch die Gewaltvorfälle. Wenn die Ferien vorbei und die Frauen aus der Bedrohungssituation raus seien und wieder ungestörter telefonieren könnten, suchten sie sich Hilfe. „Dass die Zahlen jetzt schon so hoch sind, ist neu und macht uns Sorgen“, so Ursprung. Sie führt den dramatischen Anstieg auch auf die aufgeheizte Stimmung in der Gesellschaft zurück.

Besonders besorgniserregend: An mehr als drei Viertel der Anruferinnen, die sich in akuter Gefahr befanden, konnte kein Frauenhausplatz in Berlin vermittelt werden. Im Jahr zuvor waren es noch rund zwei Drittel gewesen. „Dass keine Schutzplätze frei werden, ist in Berlin seit Jahren ein gewaltiges Problem“, sagt Nua Ursprung. Mit der gestiegenen Anzahl an hilfesuchenden Frauen spitzt sich die Situation weiter zu.

Dabei gibt es eigentlich ein Gesetz, das die Versorgung mit Frauenhausplätzen sicherstellen soll: Seit 2018 gilt in Deutschland die Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen. Die schreibt 2,5 Schutzplätze für Frauen und deren Kinder pro 10.000 Einwohner*innen vor. Für die Hauptstadt wären das rund 920 Schutzplätze. In den acht Frauenhäusern in Berlin gibt es insgesamt jedoch nur 462 Plätze – also gerade einmal die Hälfte.

Wie ist das möglich? Ines Schmidt, frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, erklärt das mit einem Taschenspielertrick. Denn neben Frauenhausplätzen, die sich durch eine intensive Betreuung und Bewachung und einen niedrigschwelligeren Zugang auszeichnen, gibt es noch sogenannte 2.-Stufe-Wohnungen sowie Zufluchtswohnungen. Die haben aber niedrigere Sicherheitsstandards und sind für die Betroffenen nicht so leicht zugänglich. „Die Senatsverwaltung schmeißt alles in einen Topf, um die Istanbul-Konvention zu erfüllen“, kritisiert Schmidt.

Im Herbst vergangenen Jahres hat der schwarz-rote Senat einen Landesaktionsplan zur Umsetzung der Konvention beschlossen. Der sei jedoch nicht wie in anderen Bundesländern mit konkreten Zahlen für die Umsetzung hinterlegt, kritisiert die Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen. Zusätzlich werde im Bereich der Prävention gespart, also etwa bei Projekten in Schulen über Gewalt und alternative Lösungsstrategien für Schüler*innen, ihre Eltern und Lehrer*innen.

Doch was passiert mit den 427 Frauen, die in Berlin allein im Mai keinen Schutzplatz bekommen haben? „Wir beraten sie über mögliche Alternativen“, sagt Nua Ursprung von BIG. In akuten Gewaltsituationen könnten – und sollten – Frauen die Polizei rufen. Die kann den Täter zur Gefahrenabwehr für zwei Wochen aus der gemeinsamen Wohnung verweisen. Ansonsten müssten die Betroffenen bei Freund*innen oder Verwandten unterkommen und hoffen, dass am nächsten Tag ein Platz im Frauenhaus frei wird.

Um den Schutz von Frauen vor Gewalt künftig zu verbessern, wollen die Grünen nach der Sommerpause einen Gesetzentwurf vorlegen. Ihr 5-Punkte-Plan sieht gesetzliche Verschärfungen, Geldbußen und Präventionsarbeit vor. Die Erfolgsaussichten sind angesichts der Sparvorgaben des Senats jedoch fraglich. So wurden im Gewaltschutz-Etat bereits in diesem Jahr 1,7 von 8 Millionen Euro gekürzt.

Und das, obwohl sich die Situation verschärft: „Während wir letztes Jahr noch davon sprachen, dass jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet wird, stirbt inzwischen jeden zweiten Tag eine Frau“, sagt Sama Zavaree von der BIG-Hotline.

Schwarz-rote Prioritäten: Bescheidene 10,6 Kilometer neue Radwege sind bislang 2024 fertiggestellt worden
Foto: Seeliger/ imago



Spätfolgen eines Bremsmanövers

Nach wie vor arbeiten die Bezirke die Radinfrastruktur-Projekte ab, die Schwarz-Rot im vergangenen Jahr vorübergehend auf Eis legte. Besserung ist nicht in Sicht

Von Rainer Rutz

Berlin kommt weiter nur schleppend voran beim Bau neuer Radwege. In den Bezirken schlägt dabei bis heute der im vergangenen Jahr vom schwarz-roten Senat verhängte temporäre Planungsstopp für Radverkehrsprojekte durch. Das geht aus einer noch unveröffentlichten Antwort der Verkehrsverwaltung auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen-Abgeordneten Oda Hassepaß hervor.

Demnach entfallen von den 75 Finanzierungsbescheiden für Radverkehrsprojekte der Bezirke, die im ersten Halbjahr 2024 vom Senat bewilligt wurden, ganze 68 auf sogenannte Erneuerungsbescheide – für Maßnahmen, die bereits im Vorjahr angeleiert worden waren. Das heißt im Gegenzug: Es kommen kaum neue Projektanmeldungen nach. Manche Bezirke wie Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf oder Reinickendorf haben bis Ende Juni keinen einzigen Finanzierungsantrag für neue Radinfrastruktur gestellt.

„Es ist jetzt genau das eingetreten, wovon wir beim Radwe-

gestopp 2023 immer gewarnt haben“, sagt Oda Hassepaß zur taz. Zahlreiche Projekte, die im vergangenen Jahr aufgrund des von der damaligen Verkehrsministerin Manja Schreiner (CDU) durchgedrückten Planungsstopps liegen geblieben seien,

„Es ist jetzt eingetreten, wovon wir 2023 immer gewarnt haben“

Oda Hassepaß, Grüne

würden nun nachgezogen. Für das Anschließen neuer Projekte wiederum fehle in den Bezirken häufig das Personal. Das Fazit der grünen Radverkehrsexpertin Hassepaß: „Wer stoppt, kommt nicht voran.“

Tatsächlich bestätigt Lichtenbergs Verkehrsstadträtin Filiz Keküllüoğlu (Grüne) auf taz-Nachfrage, dass die Kapazitäten in ihrer Verwaltung überwiegend „mit Projekten aus den Vorjahren gebunden“ seien. Schreiners Radwegestopp, die

geforderten Einsparungen, die Infragestellung von Finanzierungszusagen: das alles Sorge dafür, dass ihre Mitarbeiter:innen nach wie vor damit beschäftigt seien, „die teilweise bereits fertig geplanten Projekte zu überarbeiten“.

Beispiel Siegfriedstraße, unweit des S-Bahnhofs Lichtenberg: Auch den hier geplanten Radweg stellte die Verkehrsverwaltung 2023 in Sorge um wegfallende Parkplätze auf den Prüfstand. Nach der Aufhebung des Radwegestopps folgten zusätzliche Auflagen, die Mitarbeiter:innen mussten umplanen, das fraß Zeit. „Diese personellen Ressourcen fehlen dann natürlich an anderen Stellen“, sagt Keküllüoğlu. Immerhin: „Ab Mitte August wird der Bau der lang ersehnten Radverkehrsanlage in der Siegfriedstraße starten.“ Noch 2024 könnte sie eröffnet werden. Sie dürfte dann eines von nicht sonderlich vielen fertig gestellten Projekten in diesem Jahr bleiben.

Der noch vom rot-grün-roten Vorgängersensat 2021 aufgestellte Radverkehrsplan ist inzwischen jedenfalls Makulatur.

Schon 2023 wurden von den in dem Plan angepeilten 60 Kilometer neuen Radwegen nur 22,3 Kilometer fertig. Längst kein Thema mehr ist das ursprüngliche Ausbauziel von 100 Kilometern für das laufende Jahr. Im April verkündete die Verkehrsverwaltung, dass man derzeit mit 38,7 neuen Radwegkilometern plane. „Ob die sich realisieren lassen, hängt von vielen Faktoren ab“, dämpfte die neue Verkehrsministerin Ute Bonde (CDU) vor gut einem Monat im *Tagespiegel* die ohnehin nicht hohen Erwartungen.

Tatsächlich sind im ersten Halbjahr 2024 erst bescheidene 10,6 Kilometer fertiggestellt worden, wie der aktuelle „Radnetz-Monitor“ des Verkehrsvereins Changing Cities zeigt. Die neuen Zahlen zu den Finanzierungszusagen für die Bezirke passen für Changing-Cities-Sprecherin Ragnild Sørensen da ins trostlose Gesamtbild. „Wenn heute aber nichts geplant wird, können 2025 und 2026 keine neuen Radwege gebaut werden. Das kann sich Berlin nicht erlauben“, so Sørensen zur taz.

Schlamperei im Hause Gaebler

Jetzt fällt auf: Der Eigentümer der Heidestraße hatte lange angekündigt, keine Sozialwohnungen zu bauen

Von Erik Peter

Anstatt 215 Sozialwohnungen zu bauen, wozu er laut einem städtebaulichen Vertrag verpflichtet ist, errichtet ein privater Eigentümer im Quartier Heidestraße nördlich des Hauptbahnhofs möblierte und sündhaft teure Apartments. Bekannt wurde das Mitte Juni nach Hinweisen aus der Nachbarschaft. Der Senat zeigte sich alarmiert – und schrieb der Eigentümergesellschaft einen Brief.

Nun aber muss die Verwaltung von Bausenator Christian Gaebler (SPD) einräumen, dass sie bereits im Oktober über die Absicht des Eigentümers infor-

miert wurde, keine Sozialwohnungen zu errichten. In einer E-Mail argumentierte der Bauherr damals, aufgrund nicht abgerufener Förderung für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen bestehe auch keine Verpflichtung zu deren Bau. Das Schreiben, das laut Eigentümer an die Leiterin der Wohnungsbauleitstelle ging, sei zwar angekommen, aber nicht entsprechend weitergeleitet worden, heißt es. Zuerst hatte der RBB berichtet.

Die Senatsverwaltung will jetzt gegen die ehemalige Grundstückseigentümerin, mit der 2016 der städtebauliche Vertrag geschlossen worden war,

und den heutigen Eigentümer, das Unternehmen QH Development 2, klagen. Inwiefern der Vertrag – der erste überhaupt, der nach dem Modell der kooperativen Baulandentwicklung geschlossen wurde – wasserdicht ist, ist unklar. Senator Gaebler hatte bereits im Abgeordnetenhaus verlautbart, man würde den Vertrag so heute nicht mehr abschließen. Rechtlich angreifbar ist aber wohl die Übertragung des Grundstücks 2021: Die hätte vertragsgemäß nicht ohne Zustimmung des Landes erfolgen dürfen.

Scharfe Kritik kommt aus der Opposition: Niklas Schenker, baupolitischer Sprecher

der Linksfraktion, sagt, die Senatsverwaltung habe „offenkundig ein Dreivierteljahr tatenlos zusehen, wie der Investor den Bau der dringend benötigten Sozialwohnungen in der Heidestraße verweigert“. Berlin sei „vorgeführt“ worden.

Schenker fordert „schnellstmögliche Aufklärung darüber, welche Stelle in der Senatsverwaltung wann über welche Informationen zu dem Fall verfügte und warum erst jetzt rechtliche Schritte gegen den Investor geprüft werden“. Der städtebauliche Vertrag, den die Verwaltung bislang unter Verschluss hält, müsse offengelegt werden.

Fortsetzung von Seite 21

Minimalausschnitt. Alle, die beispielsweise Escortdienste anbieten, die Tabledance machen, die vor der Kamera agieren, die Massagen offerieren oder Telefonsex – den gibt es immer noch –, das alles ist Sexarbeit. Natürlich unterliegen auch diese Menschen dem Zwang der Ökonomie, des Geldverdienens. Zumal wir in schwierigen Zeiten leben, weil viele Leute in diesem Thema rühren, aus politischen Gründen.

Warum ist das so?

Momentan reden viel zu viele Gruppierungen, und zwar aus allen politischen Lagern, vor allem aber dem konservativen, über dieses Thema. Weil es zieht. Man ist schnell an dem Punkt zu sagen: Alles ist Menschenhandel, alles sexuelle Ausbeutung, der Ruf nach Law and Order wird laut. Da gibt es immer wieder Forderungen nach dem sogenannten Nordischen Modell: Verboten wird dabei vordergründig nicht die Sexarbeit an sich. Der Freier macht sich aber strafbar, wenn er Sexarbeit kauft. Alle Sozialarbeiter wären dafür, sagt die Bundestagsabgeordnete Dorothee Bär (CDU/CSU). Aber ich bin Sozial-

arbeiter und ich bin gegen das Nordische Modell.

Was stört Sie an diesen Debatten besonders?

Es ist eine verlogene, scheinheilige Debatte. Will man Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung wirklich verhindern, braucht es Geld für soziale Arbeit, für Armutsbekämpfung, für Wohnraum, für Polizei und Justiz. Egal ob Nordisches Modell oder nicht. Das ist nichts, was die Politik gerne hört. Da ist es leichter, eine Gesetzesverschärfung oder Strafen zu fordern. Das bringt vielleicht Publicity auf dem Rücken der Betroffenen, wird aber an deren Problemen nichts ändern. Mit der Moral-Debatte kann man derzeit überall punkten. Es geht um 10-Sekunden-Clips und eine Headline wie „Sexarbeit verbieten!“ oder „Wir retten unsere Frauen“. So was zieht, weil man nicht in den Diskurs einsteigen muss. Wir müssen die sein, die die Fahne hochhalten und differenzieren. Nicht überall stecken Menschenhändler dahinter. Aber wenn, dann brauchen wir gute Systeme, nicht nur Verbote.

Aber was braucht es dann neben Geld?

Aufklärungsarbeit, sichere Arbeitsplätze oder auch Ausstiegsmodelle zum Beispiel. Aber wir haben zu wenig Möglichkeiten, Menschen andere Perspektiven aufzuzeigen. Bevor wir das nicht schaffen, müssen wir keine Scheindebatte über Moral führen. Ob es okay ist, ein Freier zu sein oder seinen Körper zu verkaufen. Egal, ob es dabei um Frauen geht, die viel stärker davon betroffen sind, oder queere Sexarbeit. Es gibt in Berlin zum Beispiel nicht einmal eine Ausstiegswohnung für männlich gelesene Sexarbeiter.

Dafür bräuchte es eine weitere Finanzierung und mehr Personal?

Ja, und eine große Wohnung mit mehreren Zimmern oder mehrere Wohnungen. Es braucht psychische Betreuung und am Ende unterschiedliche Angebote für unterschiedliche Personen. Und wenn wir es wirklich mit Menschenhandel zu tun haben, sind das organisierte Strukturen, dann dürfen die nicht wissen, wo es solche Ausstiegswohnungen gibt. Also bräuchte es Polizeischutz und ganz andere Strukturen. Das sind aber Dinge, die in diesen Scheindebatten nie vorkommen.

Hilfe für Jungs

Seit 1994 unterstützt „Hilfe für Jungs e. V.“ Jungen* und junge Männer*, die von sexueller Ausbeutung und sexualisierter Gewalt bedroht oder betroffen sind. Der Verein beschäftigt über fünf Projekte verteilt insgesamt 29 Festangestellte. Das Projekt Subway ist das Gründungsprojekt, dieses Jahr wird es 30 Jahre alt.

Mit Verboten wird also nicht alles gut.

Genau. Wir müssen gegen Ausbeutung vorgehen, aber nicht auf Kosten derer, die es freiwillig machen. Es wird zu viel pauschalisiert. Und es gibt viel weniger Aufmerksamkeit für queere oder männlich gelesene als für weibliche Sexarbeit – die wird prominenter wahrgenommen.

Wenn wir die Figur aus dem Film nehmen: Wie sehen konkrete Hilfen aus? Was können Sie tun?

Wenn wir mehr Geld hätten, könnten wir viel mehr

tun. Die zwei großen Aufgaben vom Senat an uns sind: Wir betreiben Kinderschutz und Gesundheitsfürsorge. Unsere Anlaufstelle ist vier Tage die Woche geöffnet. An diesen Tagen können Menschen ihre basalen Bedürfnisse stillen. Es gibt einen Ort, wo weder Szene noch Milieu hineinkommt, es gibt keine Freier, sondern einen freien Raum.

Sie meinen einen sogenannten Safe Place?

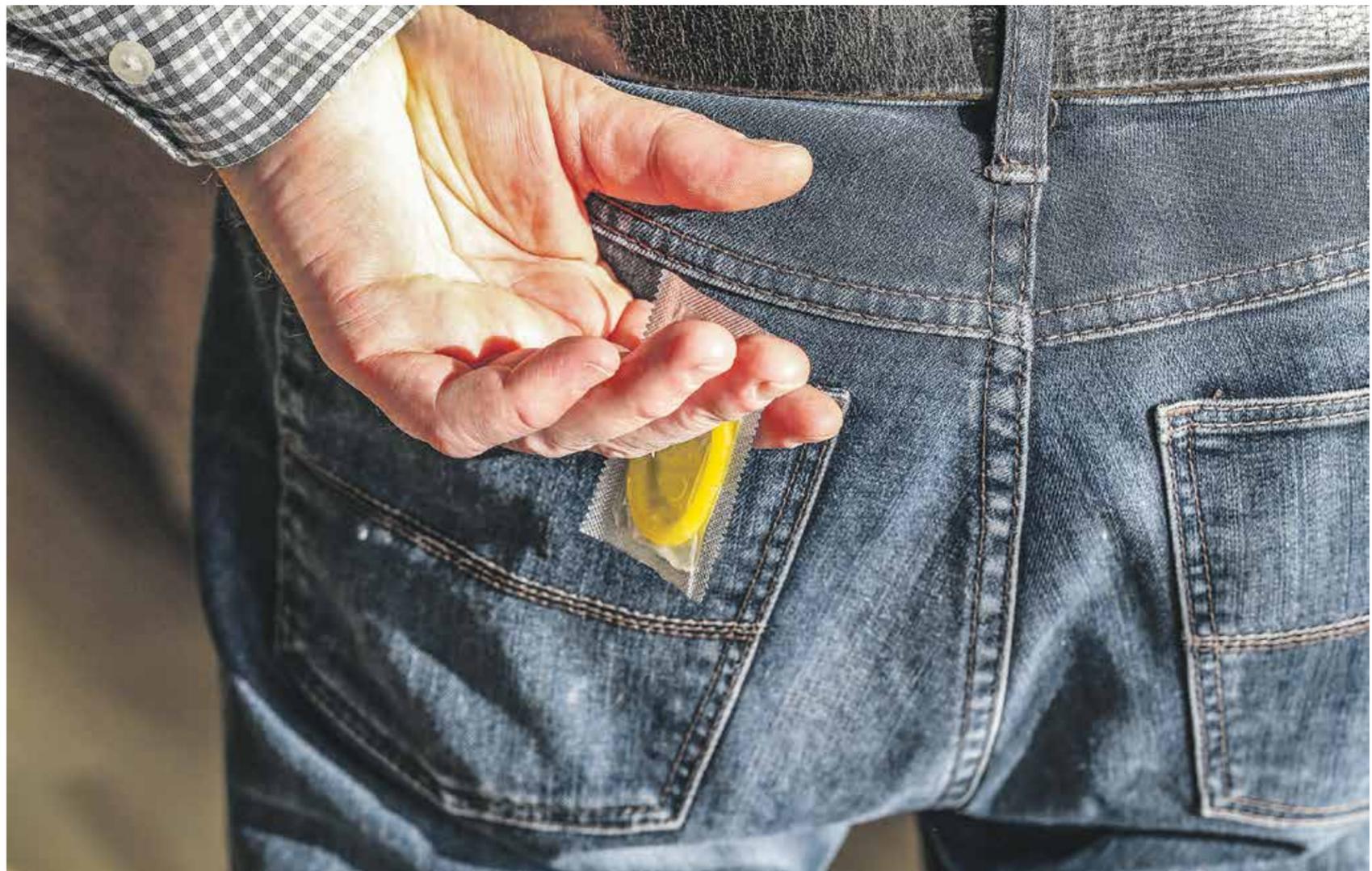
Ganz genau. Hier bei Subway gibt es Essen, Getränke, tagsüber auch einen Schlafplatz. Es gibt die Möglichkeit, Dinge einzuschließen, wir haben eine Kleiderkammer. Diese basalen Bedürfnisse zu stillen klappt mal besser und mal eher nicht, wenn etwa psychische Probleme dazukommen, da muss man realistisch sein. Da fehlen uns Psychologen. Bei Subway landen Jungs* und junge Männer*, die auch andere Arbeiten verrichten würden, wenn sie dafür Geld bekämen. Viele unserer Klienten sind den Sommer über für Erntearbeit in Spanien oder wo auch immer, die ja oft genug mit Zwangsarbeit tun hat. Es geht darum, Geld für die Familie zu verdienen.

Stichwort Armut, Obdachlosigkeit, Drogen: Die Gesundheitsfürsorge ist umfassend?

Neben dem Ändern von Lebensumständen schauen wir, wie wir die Gesundheit schützen können. Im Fokus stehen vor allem sexuell übertragbare Krankheiten wie HIV. Obdachlosigkeit und Armut setzen einem Menschen zu, deshalb ist die umfassende Gesundheitsfürsorge so wichtig. Die meisten, die zu uns kommen, sind cis-Jungen und cis-Männer. Aber auch nonbinäre und trans* Personen suchen Hilfe bei uns und sind sehr willkommen, auch beim unserem Projekt Smart, wo es um Aufklärung, Community, Vernetzung, Einstiegs- und Ausstiegsberatung und Austausch über Dinge wie Schutz vor Ansteckungen bis hin zu Steuertipps geht.

Kommen die Leute auf Sie zu oder sind Sie auch vor Ort unterwegs?

Wir sind zweimal die Woche nachts in der Szene unterwegs, ab 20 Uhr, meistens bis 0 oder 1 Uhr, je nachdem, was los ist, im Tiergarten und im Schöneberger Norden in den Kneipen. Man kennt uns und unser Logo, unsere Teams.



Für queere oder männlich gelesene Sexarbeit gibt es viel weniger Aufmerksamkeit als für weibliche, sagt Lukas Weber
Foto: imago

Masketragen ist Privatsache

Das Abwasser wird regelmäßig auf die Konzentration von Coronaviren überprüft: Berlin befindet sich derzeit wieder in einer Corona-Welle – aber auf niedrigem Niveau. Noch werden sehr wenige Corona-Patienten im Krankenhaus behandelt, wenn es auch einen leichten Anstieg gibt

Von **Marina Mai**

Habe ich noch genug Masken im Schrank? Ist deren Haltbarkeitsdatum möglicherweise schon abgelaufen? Muss ich meinen Impfstatus gegen Covid-19 auffrischen? Sollte ich mich am Wochenende mit meinem 49-Euro-Ticket wirklich in einen übervollen Regionalexpress an die Ostsee quetschen?

Für Menschen, die älter als 60 Jahre alt sind oder einer Risikogruppe angehören, oder auch für alle anderen, die gesund bleiben wollen, macht es Sinn, sich diese Fragen zu stellen. Denn

nach Einschätzung des Landesamtes für Gesundheit und Soziales befindet sich Berlin derzeit wieder in einer Corona-Welle. In einer Welle auf noch niedrigem Niveau, die aber exponentiell ansteigt, im Vergleich zur Vorwoche allein um 31 Prozent. Das ergibt die regelmäßige Auswertung der Konzentration von Coronaviren im Abwasser.

Die Zahlen sind mit früheren Coronawellen nicht vergleichbar, weil das Abwasser während der Pandemie noch nicht auf Coronaviren gemessen wurde. Auch die 7-Tage-Inzidenz ist wenig vergleichbar, weil

heute deutlich weniger getestet wird als in den Jahren 2020/21.

Vergleichen kann man diese Werte heute allerdings geografisch: Dabei gehört Berlin zu den am stärksten betroffenen Bundesländern. Innerhalb der Stadt weisen Treptow-Köpenick (9,9) und Steglitz-Zehlendorf (8,9) die höchsten Werte auf, Reinickendorf (3,1) den niedrigsten.

Sechs Patienten auf der Intensivstation

Noch werden sehr wenige Coronapatienten im Krankenhaus behandelt, wenn es auch einen leichten Anstieg gibt. Derzeit

müssen sechs Covid-Patienten auf einer Berliner Intensivstation behandelt werden, zwei von ihnen werden beatmet.

Anfang 2021, in der schlimmsten Phase der Pandemie, lagen mehr als 450 Menschen mit einer Covid-Erkrankung auf einer Intensivstation. Die Senatsverwaltung für Gesundheit weist allerdings darauf hin, dass eine Hospitalisierungsinzidenz und die Auslastung der Intensivstationen erst zeitlich versetzt zum Anstieg der Coronawerte im Abwasser steigen. Derzeit ergebe sich kein Handlungsbedarf, sagt Sprecher Oliver Fey.

Ob man Maske trägt, entscheidet also jeder selbst.

„Aktuell entstehen im SARS-CoV-2-Virusgenom eine Vielzahl verschiedener Kombinationen und Mutationen“, sagt Fey weiter. US-Behörden weisen darauf hin, dass die aktuellen Mutationen hoch ansteckend sind, aber keinen gefährlicheren Verlauf verursachen als ihre Vorgänger.

Die Ständige Impfkommission rät zu einer Auffrischung des Impfschutzes für Menschen ab 60 Jahren, Personen mit Vorerkrankungen sowie für Beschäftigte im Gesundheitsbereich, wenn die letzte Impfung

oder Infektion zwölf Monate oder länger zurückliegt.

Das RKI empfiehlt keine besonderen Infektionsschutzmaßnahmen wie Isolierungen von Kontaktpersonen. Erkrankte sollten allerdings mindestens drei bis fünf Tage bis zu einer deutlichen Verbesserung der Symptome zu Hause bleiben und Kontakte vermeiden, heißt es auf der Website des Institutes. „Bei Bedarf sollte eine hausärztliche Praxis kontaktiert werden. Insbesondere der Kontakt zu älteren Personen und Personen mit Vorerkrankungen sollte vermieden werden.“

berliner szenen

Der Kapitän ist gegangen

Weil die Temperaturen steigen und die Götter im Waldorfkindergarten nebenan nonstop „Come As You Are“ grölen, als wär's 1993, fliehen wir raus ins Grüne, wo es kühl ist und still. Im gräflichen Forst, dessen sanfte Hügel und Täler die Wechsel-Kaltzeit geformt hat, steht der Waldmeister in voller Pracht.

Der Stammsitz der märkischen Linie derer von Redern lag im Harz. Das Berliner Stadtpalais wich 1906 dem Bau des Adlon. 1826 erwarb Friedrich Wilhelm von Redern Gut Lanke samt Forsten und Seen. Zum Besitz gehörte auch der Große Werder im Liepnitzsee. Hier gab es bronze- und eisenzeitliche Besiedlung und später den Bauernhof der Familie Nikolaus, die auf den Zuruf „Holt über!“ die Seilzugfähre bediente. Die Fährmannsrau hieß Frieda. Die Fähre ist blau und heißt heute noch so. Angeblich half Opa Nikolaus dem Grafen Redern und seinem Gaul einmal aus dem Sumpf heraus, dafür überließ ihm der Graf die Insel zur Bewirtschaftung.

1914 wurde der Redern'sche Besitz Eigentum der Stadt Berlin. 1981 übernahm der Lkw-Fahrer Dieter Heymann den Fährbetrieb für die Gemeinde Lanke. Honecker suchte hier nach einer sagenhaften Lagune mit nackten Mädchen und ließ sich das saubere Nass bis in die Waldsiedlung pumpen. Letzten Monat hat Heymann, den alle nur „den Kapitän“ nannten, mit fast 90 der große Fährmann geholt. Bis zuletzt saß er unterm Faltpavillon auf dem Steg und schaute auf den See. Ungezählte Male sind wir mit der Fähre übersetzt. Manchmal haben wir uns eins der Ruderboote ausgeliehen und sind um die Insel gepaddelt. Einmal scheuchte uns ein aufziehendes Gewitter gleich wieder an Land. Draußen auf dem grünen See blickten wir zurück zur Kapitänsbude. Klein war da der Kapitän zu erkennen. In seinem Sessel auf dem Anleger. *Sascha Josuweit*

verweis

Utopisches im Lufts Schloss

In einer knappen Woche, am 29. Juli, jährt sich der Todestag Erich Kästners zum 50. Mal. Vielleicht eine gute Gelegenheit, der musikalisch-animalischen Theaterfassung seines Romans „Die Konferenz der Tiere“ (erschienen 1949) des Atze Musiktheaters in der Open-Air-Spielstätte Lufts Schloss Tempelhofer Feld einen Besuch abzustatten. Kästners Parabel, in der die Tiere aufbegehren und sich für ein friedliches und umweltgerechtes Zusammenleben einsetzen, wird in der Inszenierung ins Hier und Jetzt verfrachtet. An Aktualität haben deren Themen aber ohnehin nichts verloren. Um 16.30 Uhr beginnt das Stück, das für Kinder ab acht Jahren empfohlen ist. Tickets kosten 10,50 Euro.



Mit Maske und Laserstrahlen: Liz Kosacks Performance beim NNOI Festival
Foto: Daniel Pepper

Im Echo der Bäume

Produktive Reibung in lauschig-idyllischem Ambiente: Eindrücke vom experimentellen NNOI Festival, das am Wochenende rund um eine Mühle im brandenburgischen Zernikow stattfand

Von **Stephanie Grimm**

Was man in Sachen Alltagsphysik alles lernen kann! Nicht nur Felswände oder Bauwerke erzeugen ein Echo, sondern auch Bäume. Zumindest wenn sie dicht an dicht stehen wie nahe der Zernikower Mühle, wo von Freitag bis Sonntag die neunte Ausgabe des avantgardistischen NNOI Festivals stattfand. Wenn ihnen ein Klangbrett entgegenschallt, schleudern die Bäume ein paar Fetzen zurück: Am frühen Freitagabend, die Waliserin Elvin Brandhi spielt ihr knirschend dissonantes Live-Set, kommt es zum eindrucksvollen Pingpong „Disintegrated from nature“ nennen die Veranstalter:innen die Konzerte, Filme, Soundinstallationen und Ausstellungen, die in diesen Tagen um die Mühle herum und im fußläufig erreichbaren Dorf zu erleben sind. Und sind mit dieser Selbstbeziehung wohl um einiges ehrlicher als die vielen Kulturschaffenden, die ihr Tun gern als gelebten Gleichklang mit der Natur anpreisen.

Zernikow ist ein Dorf mit 152 Einwohnern (Stand 2022), nördlich von Berlin im Ruppiner Seenland gelegen. Vom Bahnhof muss man noch ein ganzes Stück Rad fahren oder den Rufbus vorbestellen. Zumindest gefühlt ist man weit weg von Berliner Projekträumen. Und doch kann man sich diese experimentellen, oft obskuren Performances in ei-

nem solchen Setting vorstellen – nur dass dort allzu oft die produktive Reibung fehlt, die sich in diesem lauschig-idyllischen Ambiente fast automatisch einstellt. Zwischendurch gibt es immer mal Durchsagen. Etwa, dass Autos umgeparkt werden müssen, der Harvester komme nicht durch. Und wenn diese monströsen Holzerntemaschinen von ihrer Arbeit abgehalten werden, sei die Polizei bald da. „Disintegration from nature“ allerorten.

Der Polzowkanal taugt als erfrischende Badewanne

Programmatisch beschreibt sich das NNOI Festival als Ort für „12756 Tonmusik, Obskure Lehren & Organ der Weltbauchrednerloge“. Auf die Beine gestellt haben es der zwischen Klangforschung und bildender Kunst arbeitende Robert Schalinski (der unter anderem Anfang der Nullerjahre mit der „Sibirischen Zelle“ einen Club für experimentelle Kunst betrieb und mit dem Kollektiv Column One Musik machte) und seiner Frau Ulrike Grittner, die seit 2006 in der Mühle leben. Und natürlich die vielen Helfer: Die sorgen un-

ter anderem dafür, dass die gut 200 Gäste verpflegt sind. Essen ist im Ticketpreis enthalten.

Unterstützt wurde Schalinski in diesem Jahr von zwei Co-Kuratorinnen, Ute Waldhausen und Xenia Helms. Zwischendurch sind dann auch Kurzfilme zu sehen, die man ebenfalls eher im Galerie-Setting erwarten würde, die hier aber auf ein bemerkenswert fokussiertes Publikum treffen. Vor allem die surrealen gefilmten Experimente des Schweizer Bildhauers Roman Signer sorgen für Vergnügen.

Am Samstag dann zaubert der britische Improvisationsmusiker Hilary Jeffery, der am Freitagabend schon einen Auftritt mit seiner Posaune hatte, ein Alphorn auf die Bühne. Er tritt als ein Teil von Organza Ray auf – dem Duo, das er mit Eleni Poulou (vormals Keyboarderin bei The Fall) vor zwei Jahren gegründet hat. Auch Elvin Brandhi tritt am folgenden Nachmittag in der kleinen Zernikower Kirche noch mal auf, diesmal mit ihrem Vater Gustav Thomas – und lässt ihre mal gutturale, mal schrille Stimme über harsche Perkussion mäandern. Ihr Vater ist übrigens Dozent für Musik in Newcastle: Zusammen sind sie Yeah You.

Christian Gierden aka Karl Marx Stadt sorgt im Anschluss mit Flummiartigkeit, die er der Kirchenorgel entlockt, für einen schönen Kontra-

punkt. Ein Highlight ist am Abend die retrofuturistisch anmutende Performance von Liz Kosack, die – wie immer eine selbst gebastelte Maske tragend – inmitten des Publikums sitzt und ihre Synthesizer bearbeitet, während Laserstrahlen aus ihrer Brust in die Dämmerung schießen.

Offenbar sind in dem bunt gemischten All-ages-Publikum viele Wiederkehrer, die genau wissen, wo man auf der Wiese sein Zelt aufschlägt, um morgens auszuschlafen. Die anderen werden schon früh von der knallenden Sonne durchgebrütelt. Immerhin gibt es ein paar Meter weiter den Polzowkanal – an dieser Stelle eher ein lauschiges Bächlein, das als erfrischende Badewanne taugt. Nach einem Spaziergang mit dem Wildkräuter-Experten ist man dann endgültig wach. Und zumindest ein bisschen in die Natur integriert.

Der Spaziergang fungierte übrigens als Ersatz für den Programmpunkt Dadærobics, der ja schon die Neugierde der Autorin geweckt hatte. Sich mit Fremden bei motorischen Herausforderungen zum Affen machen hat ja eigentlich immer Unterhaltungswert. Und danach klang es zumindest. Schade, aber nun gut: Dass manche Dinge hier ungelöst bleiben, ist Teil des Konzepts. Ein Lob der praktizierten, produktiven Verwirrung.



Foto: privat

Ausgehen und rumstehen von Jens Winter

Nicht lesen unterm Wasserpilz

Es war das vierte heiße Wochenende des Jahres und ich wollte ins Prinzenbad. Am Alexanderplatz stieg ich in die U8. Im gleißend hellen Sonnenschein funkelte das sonst große blaue Schild der U-Bahn wegen des Pride Days noch immer regenbogenfarben. Menschen trugen Shorts, Röcke und kurze Oberteile. Ältere Damen auf Fahrrädern grinsten mir zu.

Patrick trug wie immer seine orangefarbene Mütze des Motorsägenherstellers Stihl, als ich ihn vor dem Eingang des Schwimmbads traf. Bärtige Männer kontrollierten unsere Ausweise. Über den Umkleidekabinen flimmerte Stacheldraht.

Auf unseren Badetüchern erzählte ich Patrick, dass auch Max Czollek nun eine Mütze von Stihl tragen würde und deshalb nicht mehr ständig die Cap vom

City Lights Bookstore in San Francisco aufhätte. Wir diskutierten darüber, dass Hengameh auf Instagram vom Ende der Vermausung der Linken gesprochen habe und dass nun ihre Verrattung beginnen werde. Patrick sagte, dass er vor der Europawahl jemanden überzeugen konnte zu wählen.

Neben uns lagen ein paar sehr weiße, sehr tätowierte Menschen. Ich sah ein Anker-Tattoo, einer von ihnen trug ein „Feine Sahne Fischfilet“-Shirt. Etwas weiter weg lagen Expats mit einer großen Wassermelone, die immer viel lachten. Ein paar Kids spielten Fußball.

Ich nahm mein Buch heraus. Es war „Marx von rechts“ von Benedikt Kaiser, zu dem ich gerade recherchierte. Währenddessen hörte Patrick auf seinen EarPods „Anti-Hero“ von Taylor Swift: „It's me, hi, I'm the problem, it's me“.

Wie immer wollte Patrick irgendwann schwimmen gehen. Ich kam nicht mit, denn ich fühlte mich sowieso schon schwach und ich wusste, dass Patrick mindestens eine Stunde lang kraulen würde. Und das ist sinnlos, jemandem dabei zuzusehen, wie er ernsthaft Sport treibt.

Als Patrick weg war, kamen die Kids mit jedem Spielzug näher und irgendwann rief einer ganz laut: „Student!“ Alle lachten. Ich nahm meine Hornbrille ab und legte das Buch zur Seite. Natürlich sagte ich nichts, denn das führt ja zu nichts. Stattdessen ging ich zum Kiosk und kaufte mir eine Packung Haribo Quaxi, die Frösche

mit den weißen Schaumzuckerbäuchen. Ich dachte daran, dass Patrick die Quaxis immer Grüpfer nennt und dass ich aber gar nicht weiß, warum eigentlich.

Ich aß auf dem Weg zum Platz fast die ganze Packung zu Ende. Wie immer war mir danach schrecklich schlecht. Ich sah schon von Weitem Patrick, dessen große nasse Oberarme im Sonnenlicht funkelten. Zu meiner Überraschung stellte ich fest, dass das Buch verschwunden war.

Natürlich verdächtigte ich sofort die Kids, von denen aber keines mehr da war. Ich fragte die Expats, aber sie hatten nichts gesehen. Stattdessen schenkten sie mir ein Stück Wassermelone. Auch der Typ mit dem „Feine Sahne Fischfilet“-Shirt hatte nichts gesehen. Währenddessen aß Patrick die letzten Grüpfer zu Ende und sagte in breitem Münchnerisch: „Ens lecker.“

Ich ging mit vollem Bauch ins Nichtschwimmerbecken, wo ich mich unter den Wasserfallpilz setzte. Ich lehnte mich mit dem Rücken an den stählernen Stiel, alles war schrecklich laut und gleichzeitig ruhig, wie das immer ist unter dem Wasserfallpilz. Langsam rutschte ich immer tiefer und plötzlich war da der Junge, der „Student“ gerufen hatte. Ich rief ihm zu, ob er das Buch gesehen habe, aber er verstand mich nicht. Ich deutete ihm an, aus dem Pilz hervorzutreten, und fragte ihn noch einmal. Und er sagte: „Klar, Brudi. Das hat der Typ mit dem Anker-Tattoo.“



Nachdem der Bremer Senat sich aus der Preisverleihung zurückgezogen hatte, war der Arendt-Preis 2023 in einer beengten Hinterhofgalerie verliehen worden. Foto: Focke Strangmann/dpa

Viel zu viele ausgezeichnete Antisemiten

Mit neuen Jury-Mitgliedern versucht der neue Vorstand des Hannah-Arendt-Preis-Vereins keine Israelhasser mehr zu ehren. Bei der Jüdischen Gemeinde überwiegt die Skepsis, ob das gelingen kann

Von Benno Schirrmeister

Im Jahr 2024 muss der Bremer Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken aussetzen. Das bestätigte die neue Vorstandsvorsitzende des 1994 gegründeten Arendt-Preis-Vereins, Waltraud Meints-Stender. Die Pause ist eine Folge, aber keine Reaktion auf den Eklat des vergangenen Jahres, in dem der Preis an Mascha Gessen verliehen worden war.

„Ich bedauere die Unterbrechung sehr“, so die Politik-Professorin, die in Mönchengladbach lehrt und zu Arendts Begriff der politischen Urteilskraft geforscht hat. Gleichzeitig wolle man die Zwangspause nutzen, „um Sicherungen einzubauen“, wie Meints-Stenders Stellvertreter, der Bremer Politikwissenschaftler Lothar Probst klarstellt, „damit sich so eine Katastrophe wie im vergangenen Herbst nicht wiederholt“.

Ursache der Zwangspause ist der Rücktritt des Altvorstands unter Leitung der Gründungsvorsitzenden Antonia Grunenberg. Das vierköpfige Team hatte bei der Vereinssitzung im April hingeschmissen, weil es für seine Rolle im weltweit wahrgenommenen Gessen-Skandal teils scharf angegriffen worden war. Es hatte zuvor aber nicht die nötigen Mittel für eine Neuauflage der Ehrung bei den Preisgebern beantragt, der örtlichen Heinrich Böll-Stiftung und dem Bremer Senat. Als im Juni eine neue Vereinsführung gefunden und gewählt wurde, war es zu spät, um noch Geld zu beantragen.

„Wir danken dem bisherigen Vorstand für seine Arbeit“, sagt Meints-Stender im Gespräch mit der taz. Für die Zukunft des Preises müsse darüber nachgedacht werden, wie sich politisches Denken auszeich-

nen lässt, zu dem es ausdrücklich gehöre, „in der Öffentlichkeit streitbare Positionen zu beziehen“. Diese müssten sich „auf die reale Welt beziehen – aber im Sinne der Menschlichkeit des Menschen“. Die nimmt allerdings, nach einem Bonmot aus Arendts Hamburger Lessingpreis-Rede (1959) in dem Maße ab, in dem auf das Denken überhaupt verzichtet und stattdessen auf Gemeinplätze gesetzt wird.

Als inhaltliches Kriterium ist das freilich schwer fassbar. Und es ist unwahrscheinlich, dass es im Fall Gessen etwas ausgerichtet hätte: Gessen ist durch mutige Bücher übers Putin-Regime und LGBTI*-Aktivismus in den USA bekannt geworden. Die – ab 2019 einsetzende Anti-Israel-Publizistik – hatte wenig Resonanz gefunden und war unterm Radar geblieben. Bis Gessen dann in einem Essay im New Yorker Magazine, das wenige Tage vor dem geplanten Festakt im Bremer Rathaus erschien, den Gaza-Streifen mit den jüdischen Zwangsghettos in den von den Nazis besetzten osteuropäischen Städten nicht verglichen, sondern gleich gesetzt hatte, um die Gegenwehr Israels gegen den Angriff der Hamas am 7. Oktober zu skandalisieren.

Daraufhin hatten der Senat und auch die Böll-Stiftung die Veranstaltung abgeblasen. Statt im festlichen Rahmen der Halle des Bremer Welterbe-Rathauses wurde die Auszeichnung in einer Hinterhofgalerie im Bremer Viertel überreicht – bei der laut Gessen „seltsamsten Preisverleihung, an der ich je teilgenommen habe“. Für Diskussionen oder gar kritische Nachfragen war da kein Platz. Und zu einem klärenden Wort hatte sich der Vorstand auch nicht bereit gefunden. Dabei war aus sei-

nen Reihen der Vorschlag Gessen der Jury ohne Vorwarnung kurzfristig vor den Latz geknallt worden. Um überhaupt eine Entscheidung zu fällen, hatte eine neue Sitzung einberaumt werden müssen, bestätigt Lothar Probst. Die mit der Entscheidung betrauten Fachleute hatten insofern Zeit, um sich einen oberflächlichen Eindruck vom Oeuvre zu verschaffen, das sie ehren sollten – nicht aber, um auch dessen Dreckecken auszuleuchten.

„Wenn das der Neuanfang gewesen sein soll, dann will ich Hannah heißen“

Grigori Pantijelew, stellvertretender Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde

Solche Übertreibungsvorschläge soll es unter Meints-Stenders Führung nicht geben. „Die Kommunikation zwischen Vorstand und Jury müssen wir unbedingt verbessern“, sagt sie. Auch die zwischen Jury und Öffentlichkeit: „Wir haben in der Satzung jetzt festgelegt, dass die einen Sprecher wählen muss“. Auch durch die Berufung neuer Jury-Mitglieder habe man versucht, für mehr Breite und zugleich eine höhere Sensibilität zu sorgen – gerade im Hinblick auf Antisemitismus.

Tatsächlich war Gessen keineswegs die erste Person, die den Arendt-Preis trotz oder sogar wegen Dämonisierung des Staates Israel erhalten hatte. Judenhass bis hin zu Vernichtungsfantasien hatte der 2023 gestorbene italienische Buchschreiber Gianni Vattimo, Preisträger 2002, artikuliert, allerdings in exzes-

siver Form erst Jahre nach seiner Auszeichnung. Tony Judt, Historiker, der geradezu obsessiv Kritik an der Existenz Israels übte, erhielt ihn 2007. Étienne Balibar, BDS-Unterstützer, 2017. Dagegen nimmt sich die Preisträgerin von 2006, Julia Kristeva, die zuletzt zur EU-Wahl Europa zur Geschlossenheit gegen Antisemitismus aufrief, fast wie ein Ausrutscher aus.

Grigori Pantijelew, Stellvertretender Vorsitzender der Bremer Jüdischen Gemeinde setzt jedenfalls kein Vertrauen in die bisherigen Reformbemühungen des Arendt-Preis-Vereins: „Wenn das schon der Neuanfang gewesen sein soll, dann will ich Hannah heißen“, sagt er. Auch der Verweis auf andere Preisträger, die keine antizionistischen und jüdenfeindlichen Ressentiments artikuliert haben, heile das nicht: „Das bedeutet ja, dass es in Ordnung ist, wenn jeder dritte Preisträger Antisemit ist.“ Er befürchte, dass trotz einiger neuer Gesichter die Beteiligten „weiter machen wie bisher“.

Diese Skepsis nehme man ernst, sagt Waltraud Meints-Stender. „Wir werden uns im August mit dem Vorstand der Jüdischen Gemeinde treffen“, kündigt sie an. Auch die Terminfrage werde man angehen: Arendt selbst war 1906 in Hannover Linden in eine jüdische Familie geboren, die jüdische Tradition ist zentral für ihr denkerisches Werk. Der Festakt zum nach ihr benannten Preis findet jedoch alljährlich Anfang Dezember an einem Freitagnachmittag statt – zu Beginn des Shabbat. Religiösen Juden ist es damit unmöglich, an der Veranstaltung teilzunehmen. „Ich denke, der Preis sollte an einem Sonntag verliehen werden“, sagt Meints-Stender. „Wie fast alle bedeutenden Preise.“

südwest

Sterbehilfe für Pflanzen

„Kirchenasyl für Zimmerpflanzen“ betitelt die Deutsche Presseagentur dpa einen Artikel über ein Kunstprojekt in einer Bremerhavener Kirche – und diverse Medien drucken es nach. Einige immerhin setzen „Asyl“ in Anführungszeichen. Eigentlich geht es bei dem Projekt darum, wie Kirchen gestaltet sein müssen, um „Menschen zum Kommen und Bleiben einzuladen“. Es beginnt damit, dass Bremerhavener:innen in den Sommerferien ihre Pflanzen zur Pflege in der Großen Kirche abgeben können. Mit Kirchenasyl, also dem letzten Strohhalm für Menschen, die sonst das Land verlassen müssen, hat das also nichts zu tun. Witzisch sein kann der südwest auch! Er betreibt im Bremer Redaktionsbüro Sterbehilfe für Zimmerpflanzen.



Nadine Conti
Provinzhauptstadt

Der Betrüger ist immer der Gärtner

Der Nachbar fuchtel mit seinem Stock einem Kleinlaster hinterher: „Da!“, schnauft er. „Auch so Kleptomanen!“ „Die vom Grünflächenamt?“, frage ich. „Ja! Haste auch gelesen, ne?“ Vor ein paar Tagen hatte die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* berichtet, dass es beim Grünflächenamt der Stadt Hannover offenbar ein Problem gibt: An mehreren Standorten sollen sich Mitarbeiter großzügig an Tankkarten, Fahrzeugen, Gerätschaften und Materialien bedient haben. Das gab dann wohl eine Krisensitzung auf Leitungsebene, in der über das weitere Vorgehen und bessere Kontrollen beratschlagt wurde. Letztere wiederum finden nun einzelne Mitarbeiter unangenehm, die sich selbst gar nichts zuschulden kommen lassen haben. Und zwar so unangenehm, dass sie sich – so steht es jedenfalls in dem Bericht – mit dem Protokoll dieser Krisensitzung an die Zeitung gewandt und die Sache damit erst öffentlich gemacht haben. Eine zumindest mal interessante Strategie.

Die SPD-Ratsfraktion hat dazu jedenfalls gleich eine Pressemitteilung rausgeschoben, in der sie fordert, die – höchstwahrscheinlich auch strafrechtlich relevanten – Vorwürfe konsequent aufzuklären, aber bitte ohne städtische Beschäftigte unter Generalverdacht zu stellen. Aber in der Partei weiß man natürlich auch ziemlich genau, wie sich das anfühlt. Ohne die Selbstbedienungsmentalität unter gewissen Spitzenkräften würde man ja vielleicht immer noch den Oberbürgermeister stellen.

Jetzt sind ja noch gar nicht genug Details bekannt, um sich ein klares Bild zu machen, das wird wohl noch ein Weilchen dauern. Was ich faszinierend finde: Es gibt solche Geschichten ja tausendfach. Bauhöfe und Grünflächenämter sind dafür anfällig, aber mit dem Problem längst nicht allein. Das ist doch organisationspsychologisch hochinteressant. Was brauchen eigentlich um so ein System zum Kippen zu bringen? Es fängt ja meist ganz harmlos an:

Wie viele Gierschlünde braucht man, damit das System kippt?

Klar, kannst du dir den Laster für den Umzug deiner Tochter ausleihen. Oder den Rüttler, um daheim die Garagenauffahrt zu machen. Steht doch am Wochenende eh nur herum, das Zeug. Und irgendwann zieht es dann Kreise. Aus Gefälligkeiten für Nachbarn, Freunde und Bekannte wird ein kleiner Nebenerwerb, aus Tätigkeiten am Wochenende welche, die Arbeitszeit in Anspruch nehmen, aus den Bestellungen für den Betrieb fallen ein paar in den eigenen Kofferraum ...

Irgendwann kommt immer mindestens einer, der den Hals nie voll kriegt. Merkt doch keiner, machen die anderen doch auch, tut doch keinem weh, dieser Laden hat es ja. Und dann nimmt das Ganze Ausmaße an, die zu Krisensitzungen führen. Und zu umständlichen Kontrollmaßnahmen, die Dutzende von Arbeitsstunden kosten. Wie viele Gierschlünde braucht man, bis es kippt? Wie muss ein Laden ticken, dass die soziale Kontrolle versagt, dass Kollegen sich gegenseitig hochschaukeln, statt sich im Zaum zu halten? Oder frage ich mich das bloß, weil es in meinem Job allenfalls Kugelschreiber und Druckerpapier zu klauen gibt, die Versuchung also nicht so wahnsinnig groß ist?

Mein Nachbar hat allerdings noch ein anderes Problem. In dem durchgestochenen Protokoll ist von einer „Kronzeugenregelung“ die Rede. „Mann, das ist das Grünflächenamt und nicht die Mafia!“, echauffiert er sich, „das ist doch deren verdammte Pflicht, das anzuzeigen, wenn das nicht korrekt läuft!“

Mir ist da ja etwas anderes sauer aufgestoßen. Da wird über eine neue Aufsichtsebene „in Anlehnung an ‚Blockwarte‘ der neuen Bundesländer“ nachgedacht, heißt es in dem Text. Das soll wohl ein Zitat aus dem Sitzungsprotokoll sein. Rätselhaft. Kommen Blockwarte nicht eigentlich aus der Nazi-Zeit? Oder ist hier gar nicht die DDR gemeint, sondern eher die nicht mehr ganz so neuen Bundesländer, in die wir die Alt-Nazis verklappt haben? Seltsam alles. Da wird wohl noch eine Menge aufzuklären sein.

Nadine Conti ist Niedersachsensachsen-Korrespondentin in Hannover – und darüber viel glücklicher, als sie es für möglich gehalten hätte

Beschädigte Wahlplakate, wie hier in Hamburg St. Pauli, sind nichts Ungewöhnliches: In Harburg riefen sie aber die Polizei auf den Plan. Foto: Hanno Bode/dpa

Hausdurchsuchung wegen Wahlplakat

Die Hamburger Polizei dringt in Wohnungen von SPD-Mitgliedern ein, weil sie Wahlplakate parteiinterner Gegner abgerissen haben sollen. Dahinter steckt ein interner Machtkampf

Von **Gernot Knödler**

Die Hamburger Polizei hat die Wohnungen mehrerer SPD-Parteimitglieder durchsucht, die die Wahlplakate einer Partei genossen abgerissen haben sollen. Einer der Beschuldigten, K., war laut Staatsanwaltschaft für die Wahl zur Bezirksversammlung angetreten, die zusammen mit der Europawahl am 9. Juni stattfand. K. soll vier jugendliche Parteimitglieder angestiftet haben, Wahlplakate seiner Konkurrentin S. abzureißen, die ebenfalls für die Bezirksversammlung kandidierte. Hintergrund könnte ein schon länger schwelender Streit in der Harburger SPD sein.

Mathias Frommann, der Anwalt eines Beschuldigten, kritisiert das Vorgehen der Polizei. Am Bett eines der jugendlichen Beschuldigten hätten frühmorgens acht Polizisten gestanden, berichtet er. „Die Mutter durfte nicht aufs Klo.“ Im Zuge der Durchsuchung hätten die Ermittler Handys beschlagnahmt.

Frommann sagt, er habe ein derart drastisches Vorgehen „nicht für vorstellbar gehalten“. Schließlich werde den jungen Leuten – von den Beschuldigten sei keiner älter als 30 – nur geringfügige Sachbeschädigung vorgeworfen. Und der Anwalt fragt sich auch, was die Polizei mit der Beschlagnahme der Mobiltelefone bezwecke. Dass Parteimitglieder miteinander te-

lefonierten sei ja nicht gerade ungewöhnlich. „Ob der Grundrechtseingriff vor diesem Hintergrund gerechtfertigt ist, daran habe ich erhebliche Zweifel“, sagt er mit Blick auf die Unverletzlichkeit der Wohnung.

Zu den Voraussetzungen einer Hausdurchsuchung gehört, dass sie verhältnismäßig ist und dass Beweismittel gefunden werden, die zur Aufklä-

„Hier möchte offenbar jemand verhindern, dass türkischstämmige erfolgreiche Mitglieder der SPD Harburg auf gute Listenplätze kommen“

Mathias Frommann, Anwalt

rung der Tat beitragen können. Das Hamburger Amtsgericht jedenfalls hat das so gesehen, so dass es den Durchsuchungsbeschluss erließ.

Möglicherweise interessant sein könnten die Handy-Verbindungsdaten, weil die Staatsanwaltschaft ja dem SPD-Kandidaten K. vorwirft, seine jugendlichen Parteigenossen angeworben zu haben, um mindestens acht Plakate seiner mutmaßlichen Konkurrentin abzu-

reißen und wegzuworfen.

Nach Darstellung des Anwalts Frommann, handelt es sich bei den insgesamt sechs Beschuldigten um türkischstämmige Parteimitglieder, die von einem deutschstämmigen Parteimitglied angezeigt worden seien. Dieses behauptete, gesehen zu haben, wie die Plakate der deutschstämmigen Genossin entfernt wurden und es wolle auch gehört haben, wie die Jugendlichen mit Hintermännern telefonierten.

Weder die Kreisvorsitzende noch der Fraktionsvorsitzende der Harburger SPD wollten sich gegenüber der taz äußern. Stattdessen wies der Sprecher des SPD-Landesverbandes, Manuel Preuten, „Behauptungen zurück, wonach es innerhalb des Kreisverbandes Harburg Diskriminierung gegenüber einzelnen Mitgliedern mit Migrationshintergrund gäbe“. Das Verfahren zur Vergabe der Listenplätze sei gemäß den SPD-Statuten offen, transparent und fair.

Anwalt Mathias Frommann vermutet, dass der Migrationshintergrund der Beschuldigten sehr wohl eine Rolle in dem Fall spielen könnte. „Hier möchte offenbar jemand verhindern, dass türkischstämmige erfolgreiche Mitglieder der SPD Harburg auf gute Listenplätze kommen“, sagt er.

Die Harburger SPD leistet sich hier einen Machtkampf

zwischen ihrem alten Vorstand um den ehemaligen Kreisvorsitzenden und jetzigen Fraktionschef Frank Richter auf der einen Seite und dem seit zwei Jahren amtierenden neuen Kreisvorsitzenden Oksan Karakus. Dabei geht es offenbar auch darum, welche Ortsverbände im Kreisverband das Sagen haben und welche Möglichkeiten Genossen mit Migrationshintergrund offen stehen.

Vor einem Jahr erklärte der SPD-Bezirksabgeordnete Torssten Fuß laut *Hamburger Abendblatt* seinen Parteiaustritt, weil Teile des Kreisverbandes die Arbeit des Vorstandes torpedierten. Einige Ortsverbände lehnten Mitgliedsanträge ab, wenn sie vermuteten, dass die Neumitglieder zum neuen Vorstand tendierten, behauptete Fuß damals. Die Aspiranten hätten alle einen Migrationshintergrund gehabt.

Die Polizei hat bis zum 31. Mai, neun Tage vor der Wahl, landesweit 63 Ermittlungsverfahren wegen beschädigter Wahlplakate eingeleitet, wobei jeweils auch mehrere Plakate zerstört worden sein konnten. Bei den meisten Verfahren (20) geht es um Plakate der SPD, dann folgten die Grünen mit 15 und die AfD mit zwölf. „Unsere Kandidierenden sind gehalten, Beschädigungen an Wahlplakaten zur Anzeige zu bringen“, sagt SPD-Sprecher Preuten.



nachrichten

Meyer Werft sieht Chancen

Die Leitung der kriselnden Pappenburger Meyer Werft sieht angesichts eines vorgelegten Sanierungskonzeptes Zukunftschancen für das Unternehmen. „Auch wenn noch eine Wegstrecke vor uns liegt, sind wir überzeugt, dass das Unternehmen die Substanz, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch den Willen zu einem gemeinsamen Kraftakt hat, um die Werft wieder auf Wach-

tumskurs zu bringen“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung vom Werftchef und Sanierungsexperten. Die für ihre Kreuzfahrtschiffe bekannte Werft steckt in ihrer schwersten Krise ihrer mehr als 200-jährigen Existenz. Anfang Juli einigte sich die Geschäftsführung mit dem Betriebsrat und der IG Metall auf ein Restrukturierungskonzept. 340 der mehr als 3.000 Stellen sollen demnach abgebaut werden. (dpa)

Landstrom verschmäht

Die Kreuzfahrtbranche nutzt im Hamburger Hafen weniger Landstrom als erwartet: Von den landstromfähigen Schiffen wurden im vergangenen Halbjahr knapp 44 Prozent mit Landstrom versorgt, hieß es in der Antwort des Senats auf eine Anfrage der Linken. Noch im Dezember hatte der Senat angekündigt, dass drei Viertel der Anläufe mit Landstrom versorgt wer-

den sollten, wie die Linksfraktion gestern mitteilte. Nur eine Landstrompflicht würde hier einen Riegel vorschieben. Es sei enttäuschend, dass der Senat mit einer Landstrompflicht bis 2030 warten wolle, hieß es. (epd)

Homophob beleidigt

Vier Männer haben auf der Hamburger Reeperbahn drei Männer homophob beleidigt, geschlagen und ge-



Sieht trist aus und ist dazu noch überfüllt: Die Justizvollzugsanstalt in Bremen Foto: Sina Schuldt/dpa

Bremen will jugendliche Häftlinge verlegen

Die Bremer JVA ist ausgelastet. Nun sollen Ersatzfreiheitsstrafen ausgesetzt und der Jugendstrafvollzug soll nach Niedersachsen verlegt werden. Dafür gibt es nun Kritik

Von **Mika Backhaus**

Die Bremer Justizvollzugsanstalt (JVA) ist voll. 717 Plätze haben das Gefängnis in Bremen und die Außenstelle in Bremerhaven insgesamt. Im Juni waren dort aber bis zu 723 Personen inhaftiert, Einzelzellen mussten doppelt belegt werden. Grund dafür könnten unter anderem vermehrte Haftstrafen im Zuge des sogenannten Encrochat-Verfahrens sein. Um wieder Kapazitäten zu schaffen, plant die Justizsenatorin verschiedene Maßnahmen, die sowohl bei der Opposition, als auch bei Interessensverbänden und ExpertInnen auf Kritik stoßen.

Wie aus einer Antwort der Bremer Justizsenatorin Claudia Schilling (SPD) auf eine Anfrage der CDU hervorgeht, soll der Jugendstrafvollzug nach Hameln in Niedersachsen verlegt werden. Zudem werden Ersatzfreiheitsstrafen vorerst ausgesetzt. Die Sanierung der Hafthäuser sowie ein Containerbau sollen 60 zusätzliche Plätze bringen.

Die Idee, den Jugendstrafvollzug nach Hameln zu verlegen, liegt nicht zum ersten Mal auf dem Tisch. Pläne dafür gab es bereits 2003. Die dortige Jugendvollzugsanstalt ist die einzige geschlossene Einrichtung für Jugendliche in Niedersachsen und mit 661 Haftplätzen die größte ihrer Art in Deutschland. Seit dem vergangenen Sommer verhandelt die Bremer Justizsenatorin mit Niedersachsen über

die mögliche Verlegung. Ein Argument dafür ist, dass es in Hameln deutlich mehr Angebote für Jugendliche gebe.

Der Bremer Landesverband der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen hatte die Idee bereits 2003 kritisiert. Martin Somlev vom Verband findet es immer noch falsch, dass Jugendliche weit entfernt von ihrem Heimatort untergebracht werden. Dass die Justizbehörde die geplante Verlegung der Jugendlichen nach Hameln mit dem besseren Angebot dort begründet, findet Somlev zwar verständlich. Aber „eine wohnortnahe Unterbringung ist aus vielen Gründen wichtig, zum Beispiel damit Besuche durch FreundInnen und Familie ohne größeren finanziellen und zeitlichen Aufwand möglich sind“, sagt er. Weite Wege bedeuteten im Zweifel einen Abbruch sozialer Beziehungen.

Außerdem würde dadurch die jahrzehntelange gut funktionierende Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Sozial- und Jugendhilfe in Bremen erschwert. Nicht zuletzt müssten zur Vorbereitung der Haftentlassung Fachleute aus Bremen nach Hameln fahren, um den Prozess der Entlassung zu begleiten.

Zwar seien laut Somlev auch Jugendliche aus dem noch weiter entfernten Ostfriesland in Hameln inhaftiert, sinnvoll sei eine Verlegung dennoch nicht,

das Geld, das Bremen für die Unterbringung an Niedersachsen zahlen muss, solle besser in den Ausbau des Angebots in Bremen investiert werden.

Christoph Nix, der bis vor kurzem Professor für Jugendstrafrecht an der Uni Bremen war, geht in seiner Kritik an den Plänen noch einen Schritt weiter. Er bemängelt, dass eine grundsätzliche Reform des Strafvoll-

„Jugendliche weit entfernt von den Eltern unterzubringen, ist äußerst fragwürdig“

Christoph Nix, Jurist

zugs kein Thema mehr sei. Minderjährige weit entfernt vom Wohnort unterzubringen, verstoße gegen Artikel 2 und 6 des Grundgesetzes, so Nix. „Die Familie steht unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung, Jugendliche weit entfernt von den Eltern unterzubringen, ist deshalb äußerst fragwürdig“, sagt er.

Das Bundesverfassungsgericht habe in einem Urteil deutlich gemacht, „dass die Bedingungen in der Haft den allgemeinen Lebensverhältnissen angeglichen werden müssen. Der Abbruch sozialer Beziehungen durch eine große Distanz zum Wohnort widerspricht die-

ser Forderung und dem Resozialisierungsprinzip“, so Nix.

Die Opposition hingegen kritisiert eine andere geplante Maßnahme: In Bremen soll vorerst bis Mitte Oktober niemand inhaftiert werden, der aufgrund nicht bezahlter Bußgelder oder Geldstrafen ersatzweise ins Gefängnis müsste. Das betrifft beispielsweise Personen, die ihre Strafe wegen Fahrens ohne Ticket nicht bezahlen wollen oder können. Den Straftatbestand für das Fahren ohne Ticket gibt es seit 1935, eingeführt durch die Nationalsozialisten. In Bremen verbüßen derzeit 46 Personen eine solche Ersatzfreiheitsstrafe.

Debatten über die grundsätzliche Aussetzung der Ersatzfreiheitsstrafe gibt es schon lange, einerseits weil der Erfolg für die Resozialisierung fraglich ist, andererseits sind die Kosten für den Staat hoch. Für Marcel Schröder von der FDP ist die Aussetzung der Ersatzfreiheitsstrafen in Bremen „ein schwerer Schlag für unser Rechtssystem“. Sie schade dem Vertrauen der BürgerInnen in den Rechtsstaat und habe „eine gefährliche Signalwirkung“.

Die zeitweise Überauslastung der Gefängnisse ist ein bundesweites Phänomen. In Schleswig-Holstein etwa wurde die Staatsanwaltschaft bereits im April gebeten, Ersatzfreiheitsstrafen wegen hoher Belegungszahlen im geschlossenen Männervollzug für einen Monat auszusetzen.

treten. Ersten Erkenntnissen zufolge hatten die vier Männer am frühen Sonntagmorgen die drei Männer im Alter von 21, 23 und 26 Jahren erst beleidigt und dann dem 21-Jährigen unvermittelt in den Po getreten, wie die Polizei gestern mitteilte. Als die drei eine Erklärung dafür wollten, sei die Situation eskaliert und einer der vier soll dem 23-Jährigen mehrfach mit der Faust gegen den Kopf geschlagen haben. Mehrere Zeugen alar-

mierten die Polizei, die Täter flüchteten. Die wenig später festgenommenen Verdächtigen im Alter von 18, 19, 20 und 24 Jahren wurden nach der Feststellung der Personalien mangels Haftgründen wieder entlassen. Der Staatsschutz des Landeskriminalamtes ermittelt. (dpa)

Parkzone unrechtmäßig

Die Einrichtung einer Bewohnerparkzone rund um das Kinderkran-

kenhaus Hamburg-Altona war unrechtmäßig. Das Verwaltungsgericht habe einer Klage des Krankenhauses gegen die im März 2022 eingerichtete Parkzone stattgegeben, teilte ein Gerichtssprecher gestern mit. Die Entscheidung sei am vergangenen Donnerstag gefallen, in dem das Gericht bereits die Einrichtung der Bewohnerparkzone Grindelhof wegen ihres Zuschnitts für unzulässig erklärt hatte. Die Entscheidung

zur Altonaer Parkzone ist noch nicht rechtskräftig. Das Gericht habe Berufung dagegen zugelassen, sagte der Sprecher. In seiner Entscheidung zum Grindelhof hatte das Gericht moniert, dass die Bewohnerparkzone die zugelassene Größe von maximal 1000 Metern Seitenlänge überschreitet – wenn auch nur um 27 Meter. Gegen das Urteil hat die Verkehrsbehörde Berufung eingelegt. (dpa)

leserInnenbriefe

Weltanschauung

„Religion hat in Bildungseinrichtungen nichts zu suchen“, taz Nord 22.7.24
Wieso sollten Bildungseinrichtungen eigentlich weltanschaulich neutral sein – was ohnehin eine verschleierte Wortwahl ist, denn der Säkularismus ist eben auch eine Weltanschauung – hier zeigt sich, im Detail, ein verbreiteter Unwillen das eigene Weltbild als solches wahrzunehmen, was umso problematischer ist, weil man sich damit der Diskussion entzieht (was, siehe Frankreich, einen Umschlag ins Autoritäre umso leichter macht). Es gibt in Deutschland einen nicht unwesentlichen Anteil an religiösen Menschen – und die haben erst einmal dasselbe Recht auf einen gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch wie Atheisten. Was die Entscheidung über die Zulässigkeit angeht: Ja, klar, wieso sollten das nicht die Jugendämter entscheiden? Man kann klare Kriterien definieren, denen Kitas gerecht werden müssen, wenn sie staatliche Finanzierung in Anspruch nehmen. Das Problem stellt sich ja auch bei nicht-religiösen Kitas. O.F., taz.de

Ideologie

„Religion hat in Bildungseinrichtungen nichts zu suchen“, taz Nord 22.7.24
Religionsfreiheit ist meines Erachtens nicht ausschließlich ein negativer Begriff (frei von Religion). Er ist auch positiv zu verstehen (frei für Religion). Gerade in einer demokratischen Gesellschaft ist es wichtig, Angebote verschiedener religiöser Träger zu haben, um ebendiese Religionsfreiheit zu wahren. Dass damit natürlich nicht andere Formen von Diskriminierungen einhergehen dürfen, sollte klar sein. Aber das gilt für jede staatlich finanzierte Einrichtung. Die gängige Kritik an Religiositäten orientiert sich häufig an deren Ideologien. Dies mag in vielen Fällen richtig sein, kann jedoch nicht verallgemeinert werden. Jede Einrichtung orientiert sich an irgendwelchen Ideologien. Es ist eine bewusste Entscheidung, seine Kita demokratisch, neoliberal, religiös oder antireligiös zu gestalten. Wenn man das nicht tut, schwimmt man blind mit dem Strom. Von daher finde ich es gut, dass es eine muslimische Kita gibt. Mzungu8, taz.de

Ansprüche

„Die Mütter kamen schlecht weg“, taz Nord 21.7.24

Endlich eine Analyse über dieses wichtige Thema, das ansonsten so tot geschwiegen wird. Was mir allerdings auffällt, dass die Gesellschaft, wie auch hier wieder, an die Frauen im 68er-Aufbruch wesentlich höhere Ansprüche gestellt hat, sowohl an ihre innerpsychische Aufarbeitung von Geschlechterrollenverständnissen als auch an ihre Wirkmacht in einer immerhin sehr stark konservativ männlich dominierten Gesellschaftsordnung, in der sie massiv unterdrückt wurden. Wobei gleichzeitig dieser Anspruch an Männer nicht gestellt wurde und wird. Bis tief in die 90er wurden körperliche Unzulänglichkeiten gesucht und vordergründig deklariert, um Frauen in ihrer Gleichwertigkeit und Leistung massiv zu degradieren. Dies hat die 68er-Männergeneration nicht geschafft, die Feministinnen hingegen schon. Privatkundig, taz.de



taz nord
Stresemannstraße 23
22769 Hamburg
briefe@taz-nord.de
www.taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Schlusslicht

„Hamburg geht den Bach runter“, taz Nord vom 17. 7. 24

Die Forderungen des Klimabeirates an den rot-grünen Senat führen in die richtige Richtung. Schließlich zählt Hamburg bei zentralen Maßnahmen, die für die Anpassung an künftige Hitzewellen von entscheidender Bedeutung sind, wie zum Beispiel bei der Begrünung von Dachterrassen oder dem Aufstellen von öffentlichen Trinkwasserbrunnen, insbesondere im City-Bereich nach wie vor zu den großen Schlusslichtern unter den europäischen Metropolen. Wobei erschwerend hinzukommt, dass selbst neue Stadtviertel, wie etwa das Gebiet an den Elbbrücken, zusätzlich noch extrem versiegelt werden, als würde es die ganze Diskussion über den Klimawandel überhaupt nicht geben. Deshalb hilft hier nur ein echtes nachhaltiges Umdenken aus der Misere, wobei ebenfalls eine deutlich bessere demokratische Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklungspolitik angesagt bleibt, wenn man wirklich mutige kreative und innovative Ideen wie nach dem Vorbild von Kopenhagen oder Barcelona fördern möchte! Rasmus Ph. Helt, Hamburg

das wird

„Ich sprach in der Küche mit Wolf Biermann über die Luftangriffe“

In Hamburg erinnern drei Veranstaltungen mit Texten, Musik und Film an die Bombenangriffe der „Operation Gomorrha“

Interview Wilfried Hippen

taz: Herr Christian Grasse, Sie sind Filmemacher, warum organisieren Sie nun eine Reihe von Veranstaltungen zu den alliierten Luftangriffen auf Hamburg im Juli 1943?

Christian Grasse: Ich hatte den Wunsch, mal über die Form des Films hinauszugehen. Ein Film ist ja immer schon fertig und abgeschlossen, aber so kann noch einmal ein neuer Raum entstehen. Die Mischung aus Wort, Musik und Film hat eine andere Wirkung. Und das an einem historischen Ort, denn St. Katharinen ist eine der Kirchen, die von der ersten Angriffswelle am 24. Juli 1943 am schwersten getroffen wurden.

Was wird dort passieren?

Der Hamburger Schauspieler Rolf Nagel wird aus seiner Autobiografie „Das Hundsauge“ lesen. Der 95-Jährige beschreibt darin sehr direkt, wie er als Kind in Hamburg den Luftkrieg in allen Facetten erlebte und wie ihn dies angesichts der heutigen Konflikte gerade jetzt wieder aufwühlt.

Wo kommt die Musik ins Spiel?

Der Komponist Jan Fabricius hat eine Filmmusik für meinen Dokumentarfilm geschrieben, und die wird an diesem Abend live von einem Orchester und einem Kammerchor aufgeführt. Mit dabei ist auch der Jazztrompeter und Echo-Preisträger Sebastian Studnitzky.

Und dazu zeigen Sie Ihren Film?

Nicht im Stück, sondern in Ausschnitten. Dafür habe ich ihn noch einmal komplett überarbeitet und einzelne Passagen im Takt dieser Veranstaltung geschnitten. So wechselt es immer zwischen Bild, Musik und Lesung.

Sie zeigen auch Teile aus einem Interview mit Wolf Biermann, die nicht im Film vorkommen.

Ich habe im vergangenen Jahr für das Hamburger Schulmuseum ein Interview mit Wolf Biermann zu den Themen Widerstand, Verfolgung und Shoah gemacht. Danach saßen wir bei ihm in der Küche und da ging das Gespräch immer mehr in die Richtung Feuersturm und Luftangriff. Er hat das ja zusammen mit seiner Mutter ganz knapp im Nordkanal von Hammerbrook stehend überlebt. Er sagte, dass das Bilder sind, die schwer zu vergessen sind. Dieser Teil des Interviews war dann aus dem eigentlichen Kontext entkoppelt, und als ich ihm erzählte, dass wir diese Veranstaltung planen, hat er genehmigt, dass wir dort Teile von diesem Interview zeigen dürfen.

Was ist bei den beiden späteren Veranstaltungen im Kino zu sehen?

Dort zeige ich eine neue Schnittfassung von meinem Film und es werden Publikumsgespräche mit Gästen und Zeitzeugen geführt. So wird im Metropolis der Traumaforscher Ulrich Lamparter dabei sein.

Sie zeigen auch den 1943 gedrehten Kurzfilm „Feuersturm über Hamburg“ von Hans Brunswig, aber in einer von Ihnen bearbeiteten Fassung. Was haben Sie an dem Film geändert?

Der kurze Dokumentarfilm ist unmittelbar nach dem Angriff entstanden, aber ohne Ton. Ich habe ein Interview mit dem britischen Historiker Richard Overy geführt und das habe ich untertitelt und auf die Tonspur gelegt. Er ordnet die ganze Thematik des Luftkriegs ein und berichtet von dessen Ursprüngen, von Militärstrategien und davon, wie man eine Stadt zum Brennen bringt. Außerdem erzählt er von den Luftkriegen in der Gegenwart, mit welchen Gefahren man bei ihnen rechnen muss und welche Lösungsansätze es gibt, um das Ganze zu verhindern.



Ermittelt wird wie in der Kasperletheater-Interaktion mit Kindern Foto: Bert Brüggemann

Landpartie ins Zwischenreich

Das Jahrmarkttheater in Bostelwiebeck in der Lüneburger Heide lädt zum Open-Air-Theater: „Rabenfutter“ ist ein fideler Krimi-Jux mit philosophischer Note

Von Jens Fischer

Hinaus zur Landpartie, hinein in den verspätet losrollenden, überfüllten, verdreckten und von Klimaanlagekühlung und benutzbarer Toilette befreiten Metronom-Wagon von Hamburg nach Bienenbüttel. Dann sind es nur noch 13 Kilometer zum Jahrmarkttheater auf einem idyllischen Gehöft im Dörfchen Bostelwiebeck. In stoischer Gemütlichkeit rotieren gleich gegenüber Windräder, der Mais des Nachbarn lugt über die Hofmauer, Hühner stolzieren übers wiesengrüne Anwesen und Katzen schnurren um das plaudernde Publikum, das an regionalem Bier oder Wein aus der Lüneburger Heide nippt und Feta-Wraps knabbert.

Schon tänzelt in schwarzem Rabengewand eine Dino-Vogel-Skulptur herbei – als mythologischer Verweis aufs Thema der Uraufführung von Thomas Matschoss' „Rabenfutter“ – ein Open-Air-Krimi mit garantiert tödlichem Ausgang. Auf der Bühne vor den ehemaligen Stallungen stellt sich eine Frau Tod vor: Endoooh kümmert sich um den Seelen-Transport – ins Nichts oder in ein wie auch immer geartetes Jenseits. Sie reicht Sterbenden die Hand, wird sie ergriffen, sei das „ein Moment des Einverständnisses“. Eine persönliche Version des unausweichlichen Endes der irdischen Existenz – und eine schöne Vorstellung vom Loslassen im Sterbeprozess.

Gestorben wird immer, darüber geredet selten, was auch im Theater schwierig ist, weil der Tod nicht zur kommunizierbaren und darstellbaren Realität gehört. Annäherungen sind nur mit Metaphern oder metaphysischen Fantasien möglich. Im gewählten Krimi-Genre wird zwar ständig gestorben, aber das sind nur dramaturgische Kunstgriffe, die Handlungen drehen sich ums Wie, Warum und Wer, nicht um das Was, den Tod. Das ist beim Jahrmarkttheater-Krimi anders.

Zum Einstieg gibt's Literaturpreis-Comedy. Matschoss spielt den Literaturnobelpreisträger B. C. Brett, „Bernd Christian. Das Brettle“, und liest aus dessen Meisterwerk „Rabenfutter“. Diese Idee hat dem Stückautor so gut gefallen, dass er im Schutze des Pseudonyms diesen

In den etwas öden Liedern geht's schlagerselig um Liebe oder ein alter, weißer Singer-Songwriter-Mann hockt mal wieder an einer Kreuzung des Lebens

Roman als autofiktionalen Text noch schnell bis zur Premiere geschrieben und im Eigenverlag herausgegeben hat, um ihn auf der Bühne gleich als „Selbstfindungsliteratur“ abwatschen zu lassen. Zur Spaßsteigerung gibt es Feuerwerk, Parodien von Show-Choreografien und Witze.

Schon kämpft ein Autor:innen-Trio um den von B. C. Brett gespendeten Preis „Das goldene Brett“. Auf dem schmalen Grat zwischen künstlerischer Eitelkeit und sozial ungesundem Narzissmus präsentiert es spontan notierte Zeilen. Literaten als „sensible Seelen können schon spüren, wenn Wesen wie ich in ihrer Nähe wandeln“, behauptet Endoooh. Und tatsächlich haben alle drei über sie geschrieben. Bald werden Gift, Schlitzermesser, Pistole und Baseballschläger als Mordwaffen ins Spiel der Literaturwelt gebracht, krimikomödiantisch einige Mordmotive artikuliert und mit der Klipp-Klapp-Dramaturgie einer rasanten Auftrittsfolge in den Fenstern des Bauernhauses zusammengeführt.

Bald ist eine blutige Leiche zu betrauern, vier Tatverdächtige müssen zur Polizei. Die Aufklärung der Kommissarin erfolgt

wie Kasperletheater-Interaktion mit Kindern: Hallo, wer hat was gesehen, was gehört? So weit so lustig der fidele Krimi-Jux mit philosophischer Note und etwas öder Liedsoße, da geht's schlagerselig um Liebe oder ein alter, weißer Singer-Songwriter-Mann hockt mal wieder an einer Kreuzung des Lebens. Für das chronisch augenzwinkernde Drama setzt die Regie von Konstantin Buchholz und Lisa Pauline Wagner auf sehr diverse Schauspieler, wobei nicht Figurenentwicklung im Mittelpunkt steht, sondern je nach Gusto mehr oder minder überbordende Typenkomik gefeiert wird.

Mehrwert nährt den Epilog. Das Publikum wandert auf eine Wiese, ins „Zwischenreich“, wo B. C. Brett versucht, von den nun konkret ihm geltenden Handreichungen Endooohs abzulenken, verwickelt sie in ein Gespräch und gibt dem Publikum den beliebten Gedanken Platons mit: Leben bedeute sterben lernen. Denn irgendwann braucht jede

Geschichte ein Ende. Das wirkt betont leicht, wiegt aber natürlich schwer.

Allerdings ignoriert „Rabenfutter“ die Trostlosigkeit der materialistischen Sicht vom Tod als endgültiger Auflösung des persönlichen Seins in der Unendlichkeit. Behandelt wird nur die idealistische Sicht vom Tod als Überführung „von eurer in eine andere Welt“, wie Endoooh sagt und auf die Chance einer Wiederauferstehung verweist. Auch verschweigt das Stück die unbequemen Dinge des höchstpersönlichen Todes, hantiert aber mit der Möglichkeit, dass ein klares Bewusstsein der Sterblichkeit die Angst davor fruchtbar machen und auf die Erwartungen an das Leben einen Sinn verleihen kann. Darauf dann gern noch ein regionales Bier.

„Rabenfutter“: wieder am 26.–28. 7., 2.–4. 8., 9. 8., 10. 8., je 19.30 Uhr, Jahrmarkttheater, Bostelwiebeck 24, Altenmedingen

Kulturabend „Stories In The End – Feuersturm Hamburg. Erlebt“: Mi, 24. 7., 19 Uhr, Hauptkirche St. Katharinen

Film „Im Gedächtnis einer Stadt – Operation Gomorrha“: Fr, 26. 7., 19 Uhr sowie Sa, 28. 7., Abaton-Kino



Christian Gasse ist Dokumentarfilmer in Hamburg.

der punk-mit-auflagen-glamour

Lieber extrem gutbetuchte Punks als reiche Nazis auf Sylt, lautet das Motto des gestern auf dem Festplatz Tinnum auf Sylt eröffneten Punk-Protestcamp. Bis zum 1. September kann punk dort zelten und der Insel ein neues Image spendieren, gegen Spende via aktion-sylt.de oder indem man sich einfach selbst sozusagen auf die Gästeliste setzt. Zu viel Punk geht da wegen Auflagen aber nicht, bleiben dürfen auf dem Platz maximal 300 reiche Punks.



Chronisch augenzwinkernd: „Rabenfutter“ Foto: Bert Brüggemann